

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

DEUTSCHLAND UND DIE BUNDESWEHR

Luca Heyer ~ Der Hannibal-Komplex: Ein militantes, rechtes Netzwerk in Bundeswehr, Geheimdiensten, Polizei, Justiz und Parlamenten – **1**

Jens Wittneben ~ Deutsche Soldaten: Am Bundestag vorbei in Afrika-Einsätze – **13**

Christoph Marischka ~ Spezialkräfte-Kriege im Sahel – **14**

Michael Schulze von Glaßer ~ Rheinmetall entrüsten! Der skandalgeplasterte Weg zum Panzer-Großkonzern – **15**

Lisa Klie ~ Militarisierung durch Spitzensport. Die Spitzensportförderung der Bundeswehr (Teil I) – **18**

Jacqueline Andres ~ Kein Tag der Bundeswehr: Gegen die Normalisierung des Militärs – **26**

EU-MILITARISIERUNG

Jürgen Wagner ~ „Total Defence“. Schwedens Mobilmachung von Militär und Gesellschaft – **28**

Jürgen Wagner ~ Konzert statt Kakophonie? Strategische Autonomie: Ein EU-Sicherheitsrat für die EU-Großmächte – **31**

WEITERE ARTIKEL

Arkadi Schelling ~ Künstliche Intelligenz als Cloud Service: Folgen für Gesellschaft, Geheimdienst und Militär – **36**

Victoria Kropp ~ Die Militarisierung Japans und das magische Jahr 2020 – **39**

IMI-Aktuell ~ (Anti-)Militaristische Kurzmeldungen – **41**



Editorial:

Kaum zu glauben: nach einem halben Jahr Recherche und mehreren schlaflosen Nächten ist die Studie von Luca Heyer zum Hannibal-Komplex, einem militanten Neonazi-Netzwerk in der Bundeswehr, endlich fertig. Mehrere Soldaten des Kommando Spezialkräfte, dessen Aufstellung 1996 den Anlass für die Gründung der IMI lieferte, sind in den Komplex verstrickt. Die schlimmsten Befürchtungen, dass hier eine Truppe geschaffen wurde, die sich jeglicher Kontrolle entzieht, scheinen wahr zu werden. Hierzu passt auch der zweite Artikel dieser Ausgabe, in dem es um Spezialkräfte der Bundeswehr geht, die ohne Mandat in Niger im Einsatz sind.

Mehrere IMIs sind momentan zudem mit der Vorbereitung der Proteste gegen den Tag der Bundeswehr in Pfullendorf beschäftigt. Wir organisieren einen Bus zu den Protesten mit Halt in Stuttgart und Tübingen. Bei Interesse, schreibt uns eine Mail oder kommt vorbei! Jacqueline Andres steuert zum Thema Tag der Bundeswehr auch einen spannenden Artikel bei.

Lisa Klie hat sich in ihrem zweimonatigen Praktikum ausführlich mit der Spitzensportförderung der Bundeswehr beschäftigt. Entstanden ist daraus eine informative Studie, deren erster Teil in dieser Ausgabe zu finden ist. Teil 2 folgt in der nächsten Ausgabe.

Anlässlich der (bis ihr diese Ausgabe in euren Händen haltet bereits über die Bühne gegangenen) Europawahl sind in der aktuellen Ausgabe auch zwei Artikel zur Militarisierung der EU von Jürgen Wagner enthalten. Victoria Kropp bietet zudem mit ihrem Artikel zur Militarisierung Japans einen Blick über den Tellerand. Wir freuen uns außerdem, dass wir mit Arkadi Schelling einen fachlich sehr kompetenten Autor zum Thema Künstliche Intelligenz für den AUSDRUCK gewinnen konnten.

Die Redaktion

Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jacqueline Andres, Martin Kirsch, Alexander Kleiß, Jürgen Wagner.

Erscheinungsweise: Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Laupp & Göbel, Robert-Bosch-Straße 42, 72810 Gomaringen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 35 € bzw. Förderabo ab 40 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten: Δ Marischka, Spezialkräfte, erschien gekürzt in der UZ (24.5.2019) erschien; Δ Glaßer, Rheinmetall, aktualisierte und erweiterte Variante, zuerst veröffentlicht in Graswurzelrevolution, Nr. 438/April 2019; Δ Wagner, Total Defence, leicht bearbeitete Variante eines zuerst bei Telepolis (15.5.2019) erschienenen Beitrags.

Bildnachweise wie angegeben außer: Ein Schulbus in der bayerischen Gemeinde Eching am Ammersee im April 2019.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Jacqueline Andres, Christoph Marischka und Jürgen Wagner sind IMI-Vorstandsmitglieder. Michael Schulze von Glaßer ist IMI-Beirat. Lisa Klie studierte Nahoststudien und Politikwissenschaft an der Universität Halle (Saale), ihr Artikel entstand im Rahmen eines IMI-Praktikums. Victoria Kropp absolviert derzeit ein Auslandssemester in Japan und veröffentlichte zuletzt bei der IMI eine Studie zur Militärseelsorge. Jens Wittneben war früher ehrenamtlich in der Kampagne „Daimler-Minen stoppen!“ aktiv; Arkadi Schelling beschäftigt sich kritisch mit KI und neuen Technologien; Luca Heyer ist freier Journalist.

Hinweise zu Internetlinks in dieser Ausgabe: Alle enthaltenen Link-Verweise wurden von den jeweiligen Autor_innen zum Zeitpunkt der Drucklegung geprüft – für eine darüberhinausgehende Aktualität können wir keine Gewähr geben.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der

Kreissparkasse Tübingen

IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32

BIC: SOLADES1TUB.

Konto des IMI-Fördervereins:

IBAN: DE54 6415 0020 0001 7669 96

BIC: SOLADES1TUB.

Kontakt: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Hechinger Str. 203 (Sudhaus)

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de



Der Hannibal-Komplex

Ein militantes, rechtes Netzwerk in Bundeswehr, Geheimdiensten, Polizei, Justiz und Parlamenten

von Luca Heyer

Seit 2017 tauchen immer neue Details über ein militantes, rechtes Netzwerk in der Bundeswehr auf, das Waffendepots anlegte, Feindeslisten anfertigte und sich auf die Ermordung politischer Gegner*innen an einem „Tag X“ vorbereitete. Der Focus berichtete von einem konspirativen „Netzwerk aus circa 200 ehemaligen und aktiven Bundeswehrsoldaten“.¹ In diesem Zusammenhang fällt immer wieder das Stichwort „Schattenarmee“² – und das wohl zu Recht. Ein ehemaliger Elitesoldat des Kommando Spezialkräfte (KSK), der für dieses Netzwerk angeworben werden sollte, schätzt, es handle sich um einen „harten Kern von 80 bis 100 Personen“,³ der Waffenlager angelegt habe. Das Netzwerk besteht aus mehreren Zellen, die durch verschiedene Chatgruppen, den Verein UNITER e.V. und dessen langjährigen Vorstand André S. (Deckname: „Hannibal“) miteinander verbunden sind. Und das ist womöglich nur die Spitze des Eisbergs.

Im Zentrum des Netzwerkes steht André S., ein ehemaliger Elitesoldat. Als Führungsperson des Vereins UNITER und Administrator diverser Chatgruppen stand André S. in direktem Kontakt zu sämtlichen Protagonisten des Netzwerks. Darunter fallen der unter Terrorverdacht stehende Soldat Franco Albrecht, eine Gruppe von rechten Preppern und Reservisten in Mecklenburg-Vorpommern und der baden-württembergische Verfassungsschützer Ringo M., ein ehemaliger Polizist, der in der selben Polizeieinheit wie das NSU-Opfer Michele Kiesewetter gearbeitet hat.

Nach Ansicht der Bundesregierung ist das rechte Netzwerk, das auch als Hannibal-Komplex bezeichnet wird, kein Netzwerk, sondern eine Serie von Einzelfällen. Im Folgenden wird gezeigt, dass es sich keineswegs um Einzelfälle handelt, sondern um ein weit verzweigtes, gut organisiertes und hochgefährliches Netzwerk.

Im Fazit werden verschiedene Theorien zu den Hintergründen des Netzwerks vorgestellt.

1. André S. und UNITER

1.1 André S.

André S. stellt die zentrale Figur dieses Netzwerks dar. Der 1985 in Halle (Saale) geborene Soldat war seit der Gründung des Vereins UNITER 2012 bis zum Frühjahr 2019 dessen stellvertretender Vorsitzender. Bis zu seiner Versetzung am 31. März 2018 war er Elitesoldat beim KSK in Calw. Während dieser Zeit lebte er im baden-württembergischen Sindelfingen. Zum April 2018 wurde er wegen der gegen ihn erhobenen Vorwürfe in eine andere Bundeswehr-Einheit versetzt und wohnt seitdem in Nordrhein-Westfalen. Im Frühling 2019 wurde gegen ihn ein Uniformtrageverbot verhängt. André S. wurde vom Militärischen Abschirmdienst (MAD), dem Militärschutzdienst, mehrmals als Auskunftsperson befragt. Im September 2017 fanden an seinem Dienstort und in privaten

Räumlichkeiten Razzien des Bundeskriminalamts (BKA) statt. Dabei wurden „Hinweise auf Verstöße gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz“⁴ gefunden, wie die Bundesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Tobias Pflüger (Die Linke) bestätigte.

1.2 Razzia-Warnung durch den MAD?

Es deutet einiges darauf hin, dass André S. vor den Razzien gewarnt wurde. So prahlte er gegenüber anderen KSK-Soldat*innen damit, bereits vorher von den Durchsuchungen gewusst zu haben und belastendes Material, u.a. einen Laptop, beiseite geschafft zu haben. Ein damaliger Vorgesetzter von ihm sagte, André S. selbst habe ihm noch vor der Razzia von der bevorstehenden Maßnahme berichtet und gesagt, man müsse sich keine Sorgen machen. Dabei habe S. auch geäußert: „Es ist alles save, weil wir wissen ja davon.“⁵

Als mögliche undichte Stelle in den Behörden gilt der MAD-Mitarbeiter Peter W., der im MAD für die Kommunikation mit dem BKA zuständig war. Arbeitsschwerpunkte von W. beim MAD waren die Beobachtung des KSK, sowie die Aufklärung des Vereins UNITER und des Falls Franco Albrecht, der weiter unten thematisiert wird. Vor seiner Anstellung beim MAD war Peter W. selbst Elitesoldat beim KSK. Zwischen Peter W. und André S. soll regelmäßig Kontakt bestanden haben. So auch zwei Tage vor der Razzia: Damals trafen sie sich in einem Hotel in Sindelfingen, weshalb polizeiliche Ermittlungen gegen W. eingeleitet wurden. Ungeachtet dieser Indizien wurde Peter W. jedoch im März 2019 in erster Instanz vom Vorwurf des Geheimnisverrats freigesprochen, da ihm nicht nachgewiesen werden konnte, André S. gewarnt zu haben. Vor Gericht gab André S. jedoch zu, von den Durchsuchungen im Vorhinein gewusst zu haben.⁶ Dennoch wurden bei ihm Verstöße gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz festgestellt. Daher stellt sich die Frage, was André S. nach der Warnung rechtzeitig beiseite schaffen konnte, wenn Waffen bzw. Sprengstoff das kleinste Übel darstellten.

1.3 UNITER

Als Mitgründer, Vorsitzender und späterer stellvertretender Vorsitzender von UNITER nahm André S. in diesem Verein eine wichtige Rolle ein. UNITER wurde 2012 in Halle von ehemaligen KSK-Soldat*innen gegründet. Den Vorsitz teilte sich André S. zunächst mit zwei weiteren Personen, die nach einem Konflikt allem Anschein nach nicht mehr für den Verein aktiv sind.

2016 wurde der Verein in Stuttgart neu gegründet, sodass sich von diesem Zeitpunkt an zwei Vereine mit dem Namen UNITER e.V. im Vereinsregister finden. Der alte Verein besteht formal weiter, ist aber soweit bekannt nicht mehr aktiv. Den Vorsitz des neuen Vereins übernahm Ringo M. aus Böblingen. Seine Stellvertreter wurden André S. und zwei weitere Personen. Damit ist André S. der einzige, von dem bekannt ist, dass er in beiden Vereinen eine Führungsfunktion inne hatte. UNITER ist lateinisch und bedeutet „in eins verbunden“. Zweck des Vereins war es, ein Netzwerk für Anschlussmöglichkeiten nach der Karriere bei der Bundeswehr zu schaffen. Der

Verein bietet jedoch auch Seminare und Fortbildungen bis hin zu paramilitärischen Trainings an. Während anfangs vor allem ehemalige KSK-Soldat*innen bei UNITER aufgenommen wurden, öffnete sich der Verein Stück für Stück auch für andere Bundeswehrgesoldat*innen, Angehörige polizeilicher Spezialeinheiten und den privaten Sicherheitsbereich. Eigenen Angaben des Vereins zufolge sind unter den Mitgliedern jedoch auch Ärzte*innen, Anwälte*innen, Handwerker*innen und Sportler*innen.⁷ Die Angaben zur Gesamtzahl der Mitglieder schwanken stark. Während Vereinsmitglieder aus Deutschland die Zahl von 1.800 Mitgliedern in Umlauf brachten, spricht ein Mitglied aus der Schweiz von einer mittleren dreistelligen Mitgliederzahl.⁸

Aufgrund der Mitgliederstruktur, bestehend aus Soldaten, Polizisten, Geheimdienstlern und Personen der Sicherheitsbranche ist davon auszugehen, dass sich dort ein durchaus konservatives Milieu zusammenfindet. Es scheint jedoch nicht angebracht, von einem explizit rechtsradikalen Verein auszuge-

hen. So distanziert sich UNITER auf seiner Homepage öffentlich von Extremismus: „UNITER e.V. schließt niemanden aufgrund seiner Abstammung, Religion oder seiner politischen Ausrichtung aus. Diskriminierung und radikale Ansichten haben bei UNITER keinen Platz. [...] UNITER steht ein für die Wahrung des Friedens, die Einhaltung der Menschenrechte und das deutsche Grundgesetz. [...] UNITER distanziert sich klar von jeder Art von Extremismus und unterstützt keine verbotenen oder extremistischen Organisationen.“⁹ Unabhängig von diesem Bekenntnis scheinen Rechte und Neonazis im Verein allerdings zumindest akzeptiert zu werden. Recherchen der taz zufolge bildete sich seit 2016 ein radikalisierte Kern heraus, der sich nicht an der zunehmend rechten, sektenartigen und militanten Ausrichtung des Vereins störte bzw. diese aktiv vorantrieb. Nachdem seit der Neugründung 2016 mehrere Mitglieder den Verein verlassen hatten, radikalisierte sich dieser harte Kern weiter.¹⁰

Rechtsextremismus beim KSK

Mit „Hannibal“ und „Petrus“ sind zwei zentrale Figuren des rechten Netzwerks (ehemalige) KSK-Soldaten. Ein weiterer KSK-Soldat, Robert K., war ebenfalls in mindestens einer der Prepper-Chatgruppen aktiv. Zahlreiche weitere aktive und ehemalige KSK-Soldaten sind zudem Mitglied bei UNITER. Auch Peter W., der MAD-Mitarbeiter, der André S. mutmaßlich warnte, war früher beim KSK. Es lohnt sich also, das KSK und mögliche rechtsextremistische Bezüge im KSK genauer zu betrachten.

Das KSK wurde 1996 gegründet und ist eine Eliteeinheit der Bundeswehr, in der nur die „besten“ Soldat*innen kämpfen. In die Kommandoeinheiten des KSK wurden bislang nur Männer aufgenommen. Frauen hingegen befinden sich nur in den sogenannten Unterstützungseinheiten des KSK. Die Aufgaben des KSK sind vor allem die Evakuierung deutscher Staatsbürger*innen im Ausland, die Auflösung von Geiselnahmen, Kommandoeinsätze im feindlichen Gebiet, Ausbildung befreundeter Streitkräfte und Aufklärung. Auch sogenannte „Capture or kill“-Missionen – gezielte Tötungen oder Festnahmen bestimmter feindlicher Schlüsselpersonen – gehören zu den Aufgaben des KSK.

Das KSK agiert streng geheim, wodurch die parlamentarische Kontrolle mangelhaft ist.¹ Auch die Identität der Soldat*innen ist streng geheim, weshalb diese öffentlich nur verumumt auftreten.

Trotz der Geheimhaltung gab es immer wieder Berichte² über rechte Vorfälle in der Truppe, von denen hier eine Auswahl vorgestellt werden soll:

Positive Bezugnahme zum Afrika-Korps der Wehrmacht

Als sich KSK-Soldat*innen im November 2001 auf der omanischen Halbinsel Masirah auf den Einsatz in Afghanistan vorbereiteten, sprühten sie auf ihre Geländewagen das nachgemachte Palmensymbol des Afrika-Korps der Wehrmacht. Fahrzeuge mit diesem Symbol seien auch in der KSK-Kaserne in Calw von einem KSK-Angehörigen gesehen worden. Dabei wurde lediglich das Hakenkreuz durch das Bundeswehremblem ersetzt – der positive Bezug auf die Wehrmacht war dennoch eindeutig.³ Auch 2018 fielen KSK-Soldat*innen durch die Glorifizierung des Afrika-Korps auf. So schrieben 15 KSK-Soldat*innen bei einem Besuch auf einem Soldatenfriedhof in Tunesien im Rahmen einer internationalen Übung von Spezialeinheiten die Sätze „In Gedenken an unsere Gefallenen des Afrika-Korps“ und „Fern ab der Heimat, doch niemals vergessen. Ruhm und Ehre dem AFRIKA KORPS“ in das dortige Gästebuch (siehe Foto rechts).⁴

Günzel: antisemitische Äußerungen

Rechte Einstellungen beim KSK ziehen sich bis in die Führungsebene durch. Der ehemalige KSK-Kommandeur Reinhard Günzel wurde 2003 entlassen, weil er eine antisemitische Rede⁵ des damaligen CDU-Abgeordneten Hohmann lobte. Günzel steht der rechtspopulistischen Partei Pro NRW nahe.⁶ Nach seiner Ent-

lassung trat er mehrfach in rechten Kreisen als Referent auf.⁷ Günzel kritisiert in dem u.a. von ihm herausgegebenen Buch „Geheime Krieger“⁸ die Umbenennung von Kasernen mit Wehrmachtbezug. Dies verhindere Traditionsbewusstsein und Korpsgeist innerhalb der Bundeswehr. Er wünscht sich einen stärkeren traditionellen Bezug auf die Wehrmacht. Deshalb begrüßt er auch die „intensive[n] Kontakte“ zum „Kameradenhilfswerk der 78. Sturm- und Infanteriedivision“ der Wehrmacht. Eine besondere Verbundenheit bestehe Günzel zufolge zur NS-Spezialeinheit „Brandenburger“, welche an Kriegsverbrechen der Wehrmacht beteiligt war und Partisanen auf dem Balkan mit besonderer Grausamkeit bekämpfte. Die Kommandosoldaten wüssten genau, wo ihre Wurzeln liegen: „Die Einsätze der ‚Brandenburger‘, der Vorläufer [...] des KSK, gelten in der Truppe als geradezu legendär. Die Operationen der Division ‚Brandenburg‘ sind Lehrbeispiele erfolgreicher Kommandoeinsätze.“ Er selbst pflege langen freundschaftlichen Kontakt mit dem „Brandenburger“ und Ritterkreuzträger Wilhelm Walther. Das Selbstverständnis der deutschen Kommandotruppen habe sich seit dem Zweiten Weltkrieg nicht geändert.⁹

Diese alarmierende Einschätzung ist womöglich nah an der Realität.

Hitlergrüße und Rechtsrock

Im April 2017 kam es bei einer Feier anlässlich der Verabschiedung des KSK-Kompaniechefs Pascal D. zu

1.4 Lazarus Union

Dieses Kapitel wird aktuell rechtlich geprüft und ist bald wieder online.

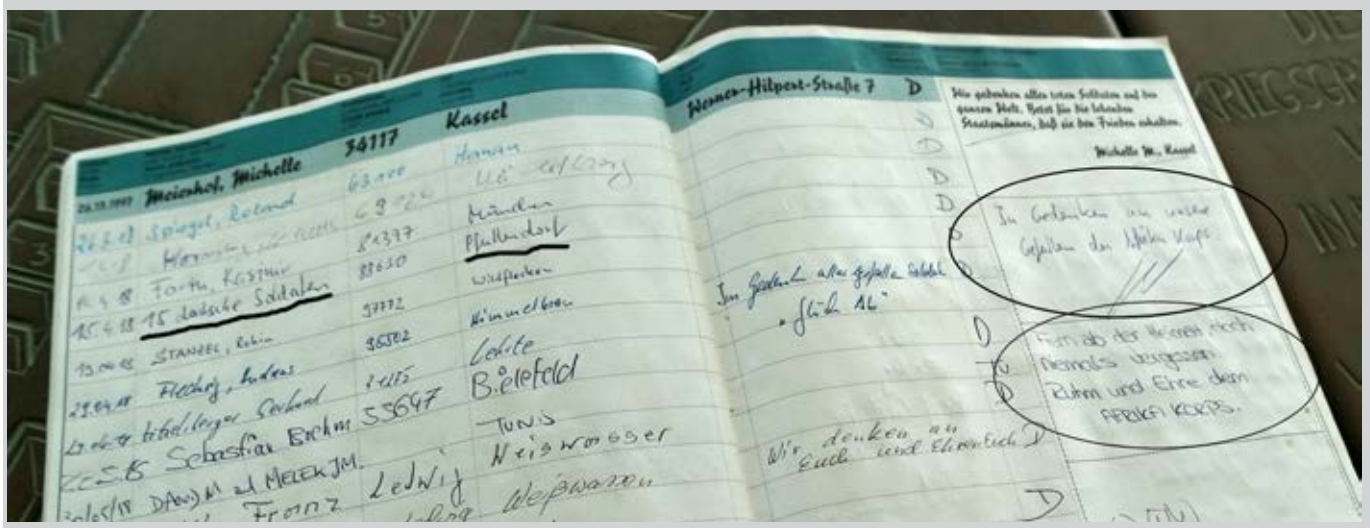
besorgniserregenden Szenen: Während Rechtsrock der neonazistischen Band Sturmwehr lief, zeigten mehrere KSK-Soldaten den Hitlergruß. Niemand unter den 58 anwesenden Personen störte sich offenbar daran. Erst Recherchen des NDR brachten den Vorfall im August 2017 ans Licht.¹⁰

Im Juni 2018 wurde auf Anfrage der Fraktion der Linke im Bundestag bekannt, dass gegen zehn Angehörige der Division Schnelle Kräfte, zu der auch das KSK gehört, wegen rechter Vorfälle ermittelt wird. Den Personen werden zum Teil einschlägig rechte Verhaltensweisen wie „Sieg Heil“-Rufe, antisemitische oder fremdenfeindliche Äußerungen, Kontakte in die rechtsextreme Szene, Konsum rechtsextremistischer Musik oder neonazistische Tätowierungen vorgeworfen. Als rechts-extremistisch wurde zum Zeitpunkt der Anfrage dennoch keine der Personen identifiziert.¹¹

Anmerkungen

- 1 IMI-Analyse 2016/36. Thomas Mickan: Unkontrollierte Gewalt. Die unerträgliche Demokratiefeindschaft des Kommando Spezialkräfte.
- 2 Vgl. IMI-Standpunkt 2017/026. Alexander Kleiß: Braune Nostalgie beim KSK – keine Überraschung!
- 3 Spiegel Online: „KSK-Soldaten sprühten Wehrmachtssymbol auf Wagen“, 1.11. 2006.
- 4 Taz: NS-Gedenken in der Bundeswehr. KSK gedenkt der Wehrmacht. 3.5. 2019; Bundestagsdrucksache 19/9594: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von Tobias Pflüger u.a.: Militärübung Flintlock 2019.
- 5 Die gesamte Rede wurde von der Tagesschau dokumentiert.
- 6 Braunzone Bundeswehr: „Günzel als Sicherheitsberater für „proNRW““, 12.5. 2009; Blick nach Rechts: „Günzel als Sicherheitsberater“, 30.4. 2009.

- 7 Braunzone Bundeswehr: „Deutsche Militärzeitschrift (DMZ) – Ausgabe Mai-Juni“, 2.8.2008.
- 8 Reinhard Günzel, Wilhelm Walther, Ulrich Wegener: Geheime Krieger. 2007. Das Buch ist im Pour-le-Mérite-Verlag des deutschen Verlegers Dietmar Munier erschienen. Dessen Verlagsgruppe publiziert seit Jahren unter anderem rechte und geschichtsrevisionistische Literatur. Er gibt darüber hinaus die Monatszeitschrift *Zuerst!* heraus, die sich an eine konservative bis rechtsextreme Leserschaft wendet. *Zuerst!* zählt mittlerweile zu den einflussreichsten Medien der Neuen Rechten.
- 9 Ebd.
- 10 Panorama: *Hitlergruß? Ermittlungen gegen Kompaniechef*. 17.8. 2017.
- 11 IMI-Standpunkt 2018/033. Alexander Kleiß: „Sieg Heil“-Rufe, aber keine Neonazis?



1.5 Paramilitärische Trainings

Etwa zur selben Zeit beginnt UNITER tatsächlich, eigene Einheiten aufzubauen: Eine Medical Response Unit (MRU) und eine Defence Unit. In diesem Rahmen fanden immer öfter militärtaktische Trainings im In- und Ausland statt, bei denen man z.B. das Schießen aus einem Helikopter lernen konnte.¹³ Häufig leitete André S. diese Trainings. Auch im baden-württembergischen Mosbach fanden auf einem ehemaligen Bundeswehrgelände, das mittlerweile hauptsächlich von Polizei und Rettungskräften genutzt wird, ein paramilitärisches Training mit 25 Personen und Aufnahmeurteile – ähnlich wie beim KSK – statt. Bei den während des Trainings verwendeten Waffen handelt es sich allem Anschein nach um scharfe Schusswaffen. Auch Expert*innen konnten allerdings nicht ausschließen, dass täuschend ähnliche Nachbauten verwendet wurden.¹⁴ Ein Teilnehmer berichtete in einem mittlerweile gelöschten Bericht auf der Homepage von UNITER von diesem Training. Die geschilderten Trainingsmethoden erinnern sehr an die sogenannte „Höllenswoche“ des KSK, einem Auswahlverfahren, bei dem die besten Kandidat*innen ausgesucht werden. Auch ein „Gespräch mit einem V-Mann“ sei in Mosbach trainiert worden. Der anonyme Autor schließt seinem Bericht mit der pathetischen Feststellung, er sei „stolz darauf, ein Teil des Wolfsrudels sein zu dürfen.“ Diese Aussage ist erhellend. Angaben der taz zufolge hatte André S. bereits zu einem früheren Zeitpunkt versucht, einen ehemaligen KSK-Soldaten für einen „Pakt der Wölfe“ anzuwerben. Damit sei der Aufbau eigener militärischer Strukturen zum Schutz der Schafherde (dem deutschen Volk?) gemeint gewesen. Wer bei UNITER die Eignungsprüfung für die Kommandoausbildung besteht, erhält ein Abzeichen mit einem Wolf, der seine Zähne fletscht.¹⁵ Fraglich bleibt, wozu ein Verein wie UNITER militärische Trainings durchführt. UNITER dementiert zwar den Aufbau einer eigenen bewaffneten Einheit; die Indizien hierfür verdichten sich jedoch.

Hilfe bei der Durchführung eines paramilitärischen Trainings erhielt UNITER durch die Sicherheitsfirma OPCON mit Sitz in Calw, wo auch das KSK stationiert ist. OPCON buchte für UNITER das Gelände in Mosbach. Auf Anfrage der taz bestätigte OPCON, dass auch die Defence-Abteilung von UNITER vor Ort gewesen sei. Die von Fabian W. betriebene Firma OPCON bietet Beratung, Ausbildung und Training an.¹⁶ Da die Firma ihren Sitz wie das KSK in Calw hat und die angebotenen Fähigkeiten denen, die während einer Ausbildung beim KSK vermittelt werden, stark ähneln, liegt der Schluss nahe, dass OPCON von ehemaligen KSK-Soldat*innen betrieben wird.

1.6 Umzug in die Schweiz

Nachdem UNITER in den vergangenen Monaten stark im Fokus der Öffentlichkeit stand, arbeitet der Verein nun daran, seinen Hauptsitz in die Schweiz zu verlegen. Die Vermutung liegt nahe, dass es sich dabei um einen Versuch handelt die Ermittlungen zu umgehen, oder gar einem Vereinsverbot zuvor zu kommen.

Mittlerweile sind zwei in der Schweiz lebende Deutsche Vorsitzende des Vereins: Erster Vorsitzender ist ein Mann aus Zug. Stellvertretender Vorsitzender ist Volker M., ein Intensiv-

krankenpfleger aus dem Kanton Luzern. André S. ist jetzt nicht mehr im Vorstand, bildet aber laut Volker M. mit beiden Vorsitzenden weiterhin das Präsidium.¹⁷

1.7 Chatgruppen

André S. nimmt allerdings nicht nur innerhalb von UNITER eine zentrale Funktion ein. Er leitete unter dem Decknamen „Hannibal“ gemeinsam mit dem KSK-Soldaten Robert P., der unter dem Decknamen „Petrus“ agierte, mehrere Chatgruppen im Smartphone-Messenger Telegram, in denen sich teils rechtsextreme sogenannte Prepper austauschten. Das Wort Prepper leitet sich vom englischen Wort to prepare (sich vorbereiten) ab. Prepper bereiten sich auf extreme Krisensituationen, wie z.B. Naturkatastrophen, Börsencrashes, Stromausfälle oder Kriege vor und legen Vorräte, Bunker, aber z.T. auch Waffenlager an. Mindestens zwölf der Mitglieder in den Chatgruppen waren auch Mitglied bei UNITER. Die Namen der Chatgruppen waren an die Unterteilung in verschiedene Distrikte (Nord, Ost, Süd, West, Österreich, Schweiz), wie sie auch UNITER pflegt, angelehnt. Die Chatgruppen mit den Namen Vier Gewinnt, Nordkreuz, Nord.Com, Nord, Ost, Süd, West, Österreich und Schweiz dienten den Mitgliedern zum Austausch über praktische Krisenvorsorge, Planungen für den Katastrophenfall, den sogenannten Tag X, der auch die Befürchtung des Ausbruchs eines Dritten Weltkriegs oder einen Bürgerkrieg durch vermeintliche Massenzuwanderung umfasste. Nach Angaben der taz unterschieden die Beteiligten „nicht zwischen den Uniter-Strukturen und den Chatgruppen; für sie ist beides eins.“ Über die Chatgruppen definierten die rechten Teilnehmer Orte für sogenannte Safe Houses, mutmaßlich sichere Rückzugsorte mit besonderen Sicherheitsvorkehrungen sowie Munitions- und Treibstoffdepots. Über die Chatgruppen verabredeten sich die Prepper zudem für Trainings, die z.T. auch militärisches Wissen vermittelten.¹⁸

Die im Zuge der Ermittlungen gegen Franco Albrecht Anfang 2017 gelöschten Chatgruppen waren männlich dominiert. Neben Personenschützern, Handwerkern und Versicherungsvertretern waren in den Chats auch aktive und ehemalige Soldaten, Reservisten, Anwälte und Polizisten aktiv. Gerade die Tatsache, dass Vertreter staatlicher Sicherheitsorgane besonders stark in die Chatgruppen eingebunden waren, ist besorgniserregend. In den Nord-Chats sollen z.B. drei Polizisten und mindestens fünf Reservisten aktiv gewesen sein, davon einer der Polizisten als Administrator. In der mit einer hohen zweistelligen Mitgliederzahl größten und aktivsten Chatgruppe, dem Chat Süd, sollen mindestens zwei Polizisten und sechs Soldaten mitgeschrieben haben. Aus den Chats Nordkreuz, Nord.Com und Süd ist bekannt, dass sich dort auch Rechtsextremisten tummeln, denen Terrorpläne vorgeworfen werden.

Neben André S. leitete auch Robert P., ebenfalls KSK-Elitesoldat, mindestens eine Chatgruppe: die Chatgruppe Nord. Er trat dabei unter dem Pseudonym „Petrus“ auf.¹⁹ 2017 wurde gegen ihn ermittelt.²⁰ Die Ermittlungen wurden jedoch ohne Anklageerhebung abgeschlossen. 2018 wurde Robert P. vom MAD als Auskunftsperson befragt. Mehr ist über „Petrus“ bislang nicht bekannt.

2. Franco Albrecht

In der Chatgruppe Süd war auch Franco Albrecht, dem rechte Terrorpläne vorgeworfen werden aktiv. Der aus Offenbach stammende Albrecht war Oberleutnant im elsässischen Illkirch

beim Jägerbataillon 291, das zur Deutsch-Französischen Brigade gehört. Bereits Ende 2013 fiel er wegen einer Masterarbeit auf, die er im Rahmen seiner Offiziersausbildung schrieb. Die Masterarbeit, die sich mit „Autogenozid“, Lobby und dem „Niedergang von Kulturen“ beschäftigt, lässt sich im Gesamten als völkisch-nationalistisch charakterisieren. Konsequenzen hatte dies für Franco Albrecht allerdings nicht. Es gab keine Disziplinarmaßnahme, weshalb auch der MAD nicht eingeschaltet wurde.²¹ Bereits hier versagte die Bundeswehr beim Ausschluss von Rechtsextremen.

2.1 Pistole am Wiener Flughafen

Als Albrecht am 3. Februar 2017 am Wiener Flughafen mit einer Waffe aufgegriffen wurde, brachte er letztendlich das rechte Netzwerk um UNITER auf den Radar der Behörden. Nachdem Albrecht in Wien den Ball der Offiziere besucht hatte, fand er – so seine Darstellung – am 21. Januar 2017 abends zufällig eine geladene Waffe in einem Gebüsch. Am darauf folgenden Tag fuhr Albrecht mit seinem deutschen Kameraden Maximilian T. zum Flughafen Wien-Schwechat. Erst vor der Sicherheitskontrolle will er sich der Waffe in seinem Mantel entsonnen haben. Er deponierte sie im Putzschacht einer Behindertentoilette am Flughafen, schickte ein Bild des Verstecks an eine Whatsapp-Gruppe und flog dann nach Zürich. Kurz darauf fand eine Putzkraft die Waffe und verständigte die Polizei. Am Abend des 3. Februar versuchte Franco Albrecht, die Waffe wieder an sich zu nehmen und tappte dabei in eine Falle der österreichischen Polizei, die ihn daraufhin festnahm und seine Fingerabdrücke erfasste.

2.2 Anschlagpläne als falscher Asylsuchender

Aufgrund der Fingerabdrücke wurde ermittelt, dass Albrecht sich unter einer falschen Identität als syrischer Asylsuchender registriert hatte. Unter Angabe des falschen Namens David Benjamin hatte er sich am 29. Dezember 2015 in Offenbach als Geflüchteter ausgegeben und daraufhin über ein Jahr lang Asylleistungen bezogen. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main leitete daraufhin ein Ermittlungsverfahren gegen Albrecht ein. Es besteht der Verdacht auf die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat, der Verdacht auf den Verstoß gegen das Waffengesetz und der Verdacht auf Betrug. Die Generalbundesanwaltschaft warf ihm später vor, unter der Identität als Geflüchteter Terroranschläge auf Personen des öffentlichen Lebens geplant zu haben, um diese dann dem fiktiven Geflüchteten in die Schuhe zu schieben. Albrecht behauptet, bei der Registrierung als falscher Asylsuchender hätte es sich um „investigativen Journalismus“ gehandelt. Im April 2017 wurde Albrecht auf dem Bundeswehrgelände in Hammelburg festgenommen. Gleichzeitig fanden Razzien an 16 Orten in Deutschland, Österreich und Frankreich statt.²²

Bei den Razzien wurden bei Albrecht neben zwei Gewehren, einer Pistole und 50 Sprengkörpern ein unter Rechtsterrorist*innen beliebtes Handbuch für Guerillatactiken und eine aus islamistischen Kreisen stammende Bombenbauanleitung gefunden. Bei den Durchsuchungen wurden auch Wehrmachtsreliquien und in Waffen eingeritzte Hakenkreuze entdeckt. Außerdem wurden bei Albrecht und seinem mutmaßlichen Komplizen Maximilian T. Listen mit Namen und Institutionen sowie Ausspähnotizen beschlagnahmt. U.a. Joachim Gauck, Heiko Maas, Claudia Roth, Bodo Ramelow,

der Zentralrat der Juden, der Zentralrat der Muslime und die Amadeu-Antonio-Stiftung, die sich für Betroffene rechter Gewalt einsetzt, fanden sich auf den Listen. Für die Amadeu-Antonio-Stiftung lagen detaillierte Ausspähnotizen und Fotos vor. Handschriftlich waren zum Teil weitere Notizen mit konkreten Anschlagplänen angebracht, z.B.: „Gruppe Antifa: Granate Asylanter werfen lassen, filmen“, „Polizeifunk abhören“ oder „Sprengung Rothschild-Stein in Frankfurt“. Es gab zudem Planungen, die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck aus dem Gefängnis zu befreien.²³

2.3 Verbindung zu UNITER

Bei den Durchsuchungen wurde bei Albrecht zudem ein UNITER-Abzeichen gefunden.

Albrecht traf sich mindestens einmal mit André S., den er aus der Chatgruppe Süd kannte. Belegt ist ein konspiratives Treffen in einem Schützenhaus in Albstadt, bei dem die Handys im Auto gelassen wurden, um eine Überwachung zu erschweren. Die auf diesem Treffen Anwesenden sollten sich nur mit Vor- oder Decknamen ansprechen. Die taz berichtet von einem weiteren Treffen der beiden.²⁴

2.4 Albrechts Komplizen

Albrecht hatte zwei mutmaßliche Komplizen, deren Wohnungen ebenfalls durchsucht wurden. Bei Albrechts langjährigem Freund Mathias F., einem Studenten aus Offenbach, wurden 1083 Schuss Munition und Zünder für Handgranaten gefunden. Mathias F. gab an, diese von Albrecht erhalten zu haben und nicht gewusst zu haben, dass es sich um Munition handle. Dass Albrecht die Munition nach seiner Verhaftung in Wien bei seinem Freund Mathias F. deponierte, ist plausibel.

Der andere mutmaßliche Komplize ist Maximilian T., der ebenfalls Offizier beim Jägerbataillon 291 in Illkirch war. Ihm wird vorgeworfen, an der Erstellung der Liste mit Anschlagzielen mitgewirkt zu haben. Außerdem deckte er Albrecht gegenüber Vorgesetzten, während dieser als falscher Asylsuchender unterwegs war. Maximilian T. ist zudem Mitglied in der AfD und der Jungen Alternative. Seit Ende 2017 ist er sieben Stunden pro Woche Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Jan Nolte. Dieser ist dem völkischen Flügel der AfD zuzuordnen und sitzt im Verteidigungsausschuss, wo er Zugang zu sensiblen Informationen zur Causa UNITER und seinem persönlichen Referenten Maximilian T. hat.²⁵ Trotz seiner Teilzeitstelle im Bundestag arbeitet Maximilian T. zugleich weiter für die Bundeswehr. Anfangs wurde ihm wegen des Terrorvorwurfs ein Bundestags-Hausausweis verweigert. Nachdem die Ermittlungen gegen ihn unerklärlicherweise eingestellt wurden, wurde ihm im November 2018 jedoch ein Hausausweis gewährt. Dieser berechtigt ihn nun, alle Liegenschaften des Bundestags selbstständig und ohne Taschenkontrollen zu betreten.²⁶

2.5 Strafverfahren in der Schwebe

Auch die Anklage gegen Albrecht wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat wurde vom Oberlandesgericht Frankfurt am Main im Juni 2018 abgewiesen. Es sei nicht erwiesen, dass Albrecht fest entschlossen gewesen sei, die geplanten Taten zu begehen. Bereits im November 2017 war Albrecht aus der Untersuchungshaft entlassen worden, weil einem Beschluss des Bundesgerichtshofs zufolge

kein dringender Tatverdacht gegen ihn bestehe. Die weniger schwerwiegenden Anklagepunkte sollen nun beim Landgericht Darmstadt verhandelt werden. Der Generalbundesanwalt legte beim Bundesgerichtshof gegen den Beschluss des Oberlandesgerichts Beschwerde ein. Momentan hängt das Verfahren in der Schwebe.²⁷ Alle Beteiligten befinden sich wieder auf freiem Fuß.

3. Prepper-Zelle im Reservistenverband Mecklenburg-Vorpommern

Im Zuge der Untersuchungen gegen Franco Albrecht wurden die Ermittlungsbehörden auf die Chatgruppe Süd und davon ausgehend auf die anderen Chatgruppen aufmerksam. André S. ordnete kurz nach der Festnahme Albrechts die Löschung der Chats an. Ein Teil der Chats konnte von der Polizei jedoch rekonstruiert werden. So stieß sie dann auch auf die Chats Nordkreuz, Nord.Com, Nord und Vier gewinnt, deren Mitglieder schwerpunktmäßig aus Mecklenburg-Vorpommern stammen. Ein Großteil der Mitglieder dieser Chats lässt sich klar dem neu-rechten und neonazistischen Spektrum zuordnen. André S. übernahm in diesen Chats unter dem Decknamen „Hannibal“ eine leitende Funktion und übermittelte Anweisungen und bundeswehrinterne Lageberichte.

Am 28. August 2017 kam es in Mecklenburg-Vorpommern zu Razzien an sechs Orten, bei denen ein Waffenarsenal und Ordner mit Listen von politischen Gegner*innen sichergestellt wurden. Als Beschuldigte gelten der Anwalt und Rechtspopulist Jan-Hendrik H. aus Rostock sowie der (mittlerweile ehemalige) Kriminalkommissar Haik J. aus Grabow. Razzien gab es auch bei vier weiteren Personen, die nicht als Beschuldigte gelten. Dies sind der Malermeister Axel M. und Horst S., der Kommandeur der Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskompanie (RSU-Kompanie), einer freiwilligen Reservisten-Einheit für Heimatschutzangelegenheiten der Bundeswehr.²⁸ Außerdem durchsucht wurden die Wohnungen des Versicherungsvertreters Jörg S. und des LKA-Polizisten Marko G., der auch zeitweilig beim Spezialeinsatzkommando (SEK) tätig war. Marko G. war zudem Administrator des Chats Nordkreuz.²⁹ Alle sechs Personen eint, dass sie Mitglieder der etwa 30 Personen umfassenden Gruppe Nordkreuz waren. Fünf der sechs Personen waren beim Reservistenverband aktiv.

3.1 Vorbereitung für den Tag X

Darüber hinaus sind alle Mitglieder der Chatgruppe Nordkreuz der Prepper-Szene zuzuordnen. Sie bereiten sich auf eine schwere Krise oder einen Katastrophenfall vor. Dies könnte z.B. ein Krieg, eine Naturkatastrophe, ein langer Stromausfall oder ein Börsencrash sein. Aber auch das Thema Migration scheint den Nordkreuz-Preppern Sorgen zu bereiten.

Was Teile der Nordkreuz-Gruppe von anderen Preppern unterscheidet, ist, dass in diesem Fall der Krisenfall als Chance begriffen wurde, um eigene politische Vorstellungen umzusetzen und deshalb Waffen gehortet wurden. Man gewinnt den Eindruck, dass manche den Krisenfall geradezu herbeisehnten. Es gab konkrete Pläne, linke Politiker*innen und Einzelpersonen an einem sogenannten Tag X gefangen zu nehmen, an ausgewählte Orte zu bringen und sie dort zu ermorden. Es gab sogar Überlegungen, über den Kommandeur der RSU-Kompanie, Horst S., an Uniformen und Fahrzeuge der Bundeswehr zu gelangen, um am Tag X polizeiliche oder militärische Checkpoints leichter passieren zu können. Diese Pläne soll-

ten keinesfalls als bloße Spinnerei abgetan werden: Viele der Chatmitglieder sind Polizisten, Reservisten, Jäger oder Sportschützen und somit im Besitz von Waffen, mit denen sie auch umgehen können. Der Polizist Marko G. erklärt im Interview mit Panorama,³⁰ es habe auch gemeinsame Schießübungen gegeben.

3.2 Köpfe der Prepper-Zelle: Jan-Hendrik H.

Führende Köpfe innerhalb der Zelle in Mecklenburg-Vorpommern sind Jan-Hendrik H. und Haik J.:

Jan-Hendrik H. ist ein Rechtsanwalt aus Rostock, der sich in den vergangenen fünf Jahren erheblich radikalisierte. Im Mai 2014 wurde er über die Liste der FDP in die Rostocker Bürgerschaft gewählt. Auch auf Bestreben von Jan-Hendrik H. schlossen sich die FDP und die rechtspopulistische Liste Unabhängige Bürger für Rostock (UFR) zu einer Fraktion zusammen. Ab Januar 2015 begann Jan-Hendrik H., sich immer wieder rassistisch zu äußern. Er bezeichnete sich als „Sympathisant der [...] Pegida-Forderungen“.³¹ Zur selben Zeit wurde seine inhaltliche Nähe zur AfD und der sogenannten Identitären „Bewegung“ (IB) sichtbar. Insbesondere zum AfD-Rechtsaußen Holger Arppe und zu Daniel Fiß, der mittlerweile Bundesvorsitzender der IB Deutschland ist, pflegte Jan-Hendrik H. engen Kontakt. Jan-Hendrik H. setzte sich ab 2015 auch intensiv gegen die Entstehung eines linksalternativen Wagenplatzes in seinem Stadtteil ein. 2016 distanzierte sich die FDP von Jan-Hendrik H. und beendete die Zusammenarbeit mit UFR, woraufhin Jan-Hendrik H. die FDP verließ.³²

2017 wurden Chatprotokolle von Holger Arppe, seinem politischen Freund aus der AfD, geleakt. Mehrere Aussagen zu Jan-Hendrik H., die Arppe tätigte, sind in diesem Zusammenhang interessant. So schrieb Arppe über ihn: „Der Typ würde perfekt in unsere Reihen passen. Er hasst die Linken, hat einen gut gefüllten Waffenschrank in der Garage und lebt unter dem Motto: Wenn die Linken irgendwann völlig verrücktspielen, bin ich vorbereitet.“ Politisch ordnet er ihn folgendermaßen ein: „Ich würde sagen, er ist ziemlich rechtskonservativ. Aber auch schon sehr pessimistisch. Er glaubt, dass es fast schon zu spät ist, da der Organisationsvorsprung der Linken kaum noch aufzuholen ist. Und wenn jetzt auch noch die AfD scheitert, dann ist es eben gut, wenn man einen Schrank voller Gewehre und 'ne Munitionskiste in der Garage hat.“ Außerdem habe Jan-Hendrik H. gesagt: „Manche Leute in der Bürgerschaft kann ich mir nur mit einem Loch im Kopf vorstellen, sonst ertrage ich diese linken Schweine nicht.“³³ Tatsächlich hat H. einen prall gefüllten Waffenschrank. Als Sportschütze und Jäger hat er ohnehin leicht Zugang zu Waffen.

Zudem sympathisiert er offen mit der rechten Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU). Er ärgerte sich einer Recherche des Focus zufolge „maßlos über ein Denkmal für die Opfer des [NSU]“.³⁴ Doch dabei blieb es nicht: Mehrere Zeug*innen erklärten, Jan-Hendrik H. habe ein Wettschießen veranstaltet und den Wandpokal für die Sieger*innen nach Mehmet Turgut, der am 25. Februar 2004 in Rostock vom NSU erschossen wurde, benannt.³⁵ Als seine Wohnung am 28. August 2017 durchsucht wurde, wurden neben den Waffen auch Ordner mit 5000 Namen und Steckbriefen von Personen aus dem linken Spektrum gefunden. Jan-Hendrik H. gab an, diese als Ansprechpartner*innen für seine Tätigkeit im Asylausschuss zu benötigen, dem H. allerdings nie angehörte.³⁶ Gegenüber Focus erklärte er, es habe sich bei den Ordnern um anwaltliche Schriftsätze gegen die Ansiedlung der linksalter-

nativen Wagenburg gehandelt.³⁷ Beides ist wenig glaubwürdig. Am 7. September 2017 erklärte das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern jedoch, die gefundenen Listen seien keine Todeslisten, sondern eine „Sammlung von Ordnern“.³⁸ Wofür Jan-Hendrik H. die Listen jedoch anfertigte, bleibt offen. Die Ermittlungen wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat gegen ihn laufen nach wie vor.

3.3 Köpfe der Prepper-Zelle: Haik J.

Der andere Beschuldigte im Verfahren um Nordkreuz ist Haik J., ist AfD-Mitglied und ehemaliger Polizist aus Grabow. Der ehemalige Oberkommissar war früher beim Polizeikommissariat 42 in Hamburg-Billstedt tätig, wechselte dann aber nach Mecklenburg-Vorpommern. Er soll an den Mordphantasien und Planungen für den Tag X beteiligt gewesen sein und wurde daraufhin vom Dienst suspendiert. Die Ermittlungen wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat gegen ihn laufen nach wie vor. Der Terrorverdächtige wurde Anfang 2018 zum stellvertretenden Vorsitzenden des AfD-internen Arbeitskreises für Innere Sicherheit gewählt.³⁹

3.4 Weitere Durchsuchungen

Im April 2018 durchsuchte die Polizei im Auftrag der Bundesanwaltschaft erneut zwölf Objekte, von sieben Personen aus dem Umfeld von Nordkreuz. Auch die Wohnung des AfD-Politikers Holger Arppe wurde durchsucht. Er gilt jedoch nur als Zeuge in dem Verfahren.⁴⁰ Ob die zweite Durchsuchungswelle der Polizei neue Erkenntnisse brachte ist nicht bekannt.

4. UNITER und die BFE 523

Ein besonders kurioses Kapitel im Hannibal-Komplex sind die Verbindungen zwischen UNITER und der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) 523 der baden-württembergischen Bereitschaftspolizei, die bis zu ihrer Auflösung 2014 in Böblingen untergebracht war. Diese Polizeieinheit war durchsetzt von Personen aus dem Hannibal-Komplex sowie weiteren Neonazis.

Auch die im April 2007 mutmaßlich vom NSU ermordete Polizistin Michele Kiesewetter war Teil der BFE 523. Der Mord an ihr fällt dadurch auf, dass er am stärksten von den übrigen Morden des NSU abweicht. Er war der zehnte und mutmaßlich letzte Mord des NSU. Das Mordopfer war in diesem Fall keine Person mit Migrationshintergrund, sondern eine deutsche Polizistin. Außerdem gibt es Hinweise auf eine Beteiligung von mehr als zwei Personen, was gegen die NSU-Terroristen Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos als einzige Täter spricht. So wurden mehrere Personen – z.T. mit blutverspritzter Kleidung – in Tatortnähe gesichtet, deren Phantombilder keine Ähnlichkeit mit dem NSU-Kerntrio hatten.⁴¹

Darüber, ob der Mord an Michele Kiesewetter in direkter Verbindung zum Hannibal-Komplex steht, lässt sich letztendlich nur spekulieren. Bemerkenswert ist es jedoch allemal.

4.1 Ringo M.

Ringo M., geb. L., der Truppführer in der BFE 523 war, wurde 1972 in Eisenach geboren. Später war er für UNITER und den Verfassungsschutz aktiv. Während seiner Zeit in der BFE 523 beschwerte sich Michele Kiesewetter über ihn. Während seiner Zeit als Polizist war Ringo M. außerdem engagiertes Mitglied

der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG), die als die weiter rechts stehende der beiden Polizeigewerkschaften gilt. Ihr Vorsitzender Rainer Wendt fällt immer wieder durch rechtspopulistische Hetze auf.⁴² Im DPoG-Polizeispiegel vom September 2014⁴³ wird Ringo M. erwähnt, weil er bei der Gründung des Ortsverbands Stuttgart/Bad Cannstatt als dessen stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer gewählt wurde. Es wird zudem erwähnt, dass er über mehrere Wahlperioden dem Personalrat der Bereitschaftspolizei Böblingen angehört habe.

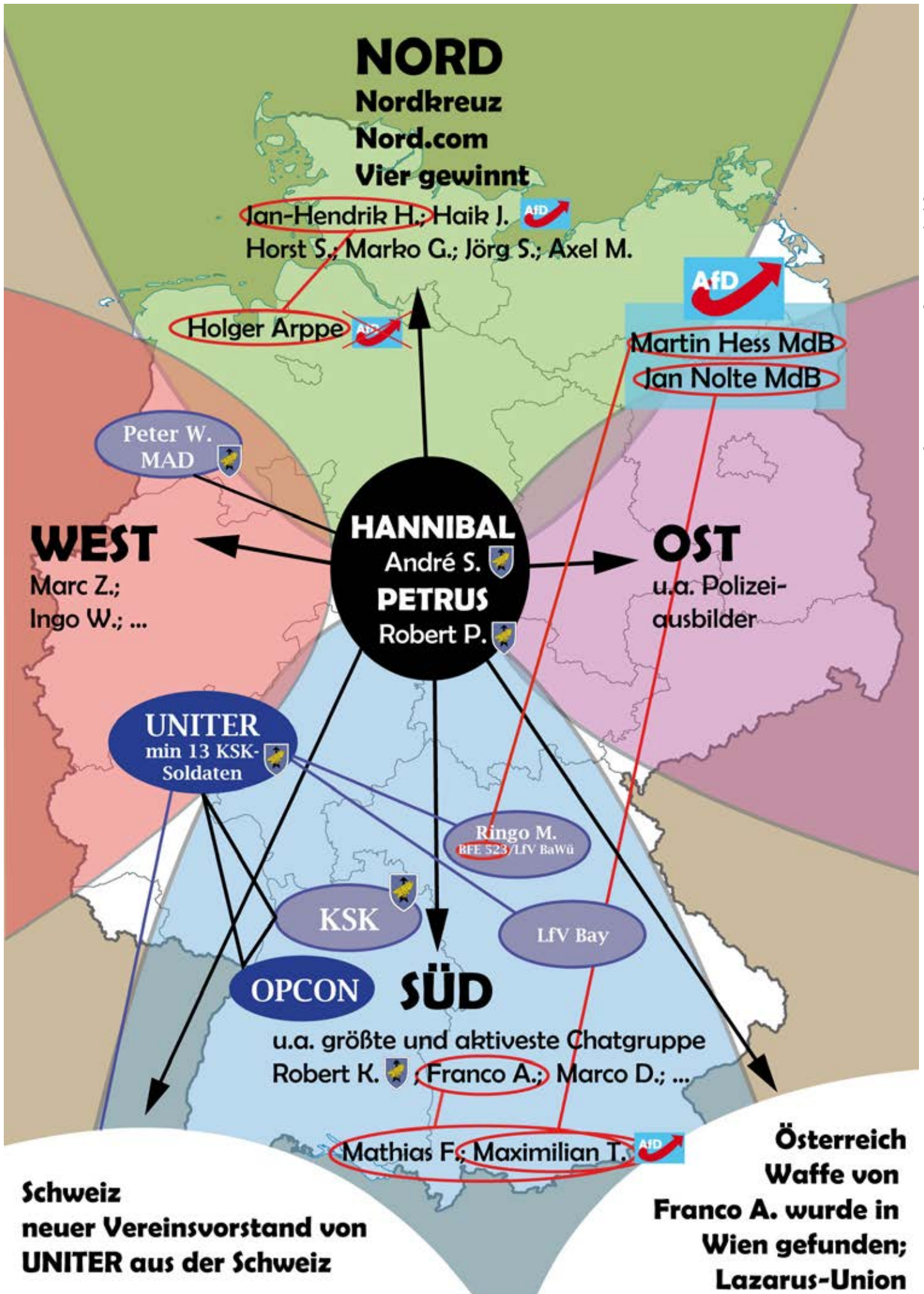
Von 2015 bis 2019 war Ringo M. Mitarbeiter des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) Baden-Württemberg. 2016 gründete er – Angaben des Innenministeriums zufolge nicht in seiner Funktion als Mitarbeiter des LfV – in Stuttgart die „Neuaufgabe“ des Vereins UNITER mit. Von diesem Zeitpunkt an war er bis Anfang 2019 erster Vorsitzender des Vereins und ist somit spätestens ab 2016 eine der zentralsten Figuren des Vereins. Im Januar 2017 trat er aus dem Vereinsvorstand zurück – kurz bevor die Affäre um Franco Albrecht öffentlich wurde. Er selbst nennt dringende private Gründe als Anlass für den Rücktritt. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass er zurücktrat, weil Vorgesetzte seine Vereinstätigkeit problematisch fanden und ihm in mehreren Gesprächen einen Rücktritt nahelegten.⁴⁴

Das Landesinnenministerium Baden-Württemberg schreibt zur Tätigkeit von Ringo M. als Verfassungsschützer: „Die Tätigkeit im Verein Uniter e.V. war rein privater Natur.“ Und: „Der Mitarbeiter hat in seiner Zuständigkeit – soweit ersichtlich – keinerlei Berührungspunkte zum Verein Uniter e.V.“⁴⁵

Ob Ringo M. ein neonazistisches Weltbild hat, lässt sich nur schwer sagen. Als er Anfang April 2019 vom NSU-Untersuchungsausschuss in Thüringen vorgeladen wird, betonte er gleich zu Beginn: „Ich habe mein ganzes Leben mit Rechtsextremismus nichts zu tun gehabt, ich lehne das grundsätzlich ab.“⁴⁶ Am Wahrheitsgehalt seiner Aussagen im NSU-Untersuchungsausschuss lassen sich allerdings erhebliche Zweifel anbringen. So schreibt die taz: „Dann wird Ringo M. nach Ralf Wohlleben gefragt. Der Name komme ihm bekannt vor, sagt er, es sei möglich, dass er dienstlich mit ihm zu tun gehabt habe. ‚Sie wissen, wer Ralf Wohlleben ist?‘ – ‚Nein, ich arbeite nicht im Bereich Rechtsextremismus.‘“⁴⁷ Ralf Wohlleben wurde als Unterstützer des NSU verurteilt. Die Aussage, er kenne Ralf Wohlleben nicht, weil er nicht im Bereich Rechtsextremismus arbeite, scheint nicht schlüssig, da er für die Begründung dieser Aussage ja wissen musste, dass Ralf Wohlleben ein Neonazi ist. Derlei Aussagen rücken auch seine abgelesene Aussage, er habe noch nie etwas mit Rechtsextremismus zu tun gehabt, ins Zwielicht. Ein Polizist der BFE 523 sagte, es habe Kolleg*innen in der Einheit gegeben, die Musik rechtsradikaler Bands gehört hätten. Dies seien überwiegend Kolleg*innen aus Ostdeutschland gewesen.⁴⁸ Ringo M. stammt aus Eisenach in Thüringen, also aus Ostdeutschland. Auch seine Tätigkeit bei UNITER spricht dafür, dass er durchaus Umgang mit Rechten hatte. Es ist unglaublich, dass er als Vorsitzender des Vereins nichts von den rechten Umtrieben im Umfeld des Vereins mitbekommen haben will.

4.2 Thomas B.

Ein weiterer Polizist aus der BFE 523, der mittlerweile Umgang mit UNITER hat, ist Thomas B., der ehemalige Zugführer der BFE 523. Er war der Vorgesetzte von Ringo M. und Michele Kiesewetter. Bevor er 2005 Zugführer der damals neu aufgestellten BFE 523 wurde, war Thomas B. bis Ende 2004 Präzisionsschütze beim SEK. Einer Aussage der Halbschwe-



ster von Michele Kiesewetter zufolge hatte er für kurze Zeit ein Verhältnis mit Michele Kiesewetter, was er jedoch bestreitet.⁴⁹

2010 wurde er vom Dienst suspendiert und 2013 in den Ruhestand versetzt. Grund für die Suspendierung war seine Verstrickung in die sogenannte Libyen-Affäre: „Zwischen 2005 und 2007, vielleicht auch noch später, reisten Polizisten und Soldaten aus Deutschland in die libysche Hauptstadt Tripolis, manche blieben Wochen, manche Monate. Insgesamt waren mindestens 30 aktive oder ehemalige deutsche Beamte hier. Genau lässt sich das nicht rekonstruieren. Belegt ist: Die norddeutsche Firma BDB Protection hatte den Männern damals den Auftrag erteilt, Sicherheitskräfte für den Diktator Muammar al-Gaddafi auszubilden. Schießen, Häuserkampf, Busbefreiung.“⁵⁰ Thomas B. ist einer dieser Männer. Im Oktober 2005 reiste er das erste Mal nach Libyen. Danach soll er gemeinsam mit einem weiteren Polizisten der BFE 523 und Stephan F., einem SEK-Polizisten, immer wieder dorthin gereist sein, um libysche Sicherheitskräfte auszubilden. Thomas B. soll dabei eine Führungsrolle eingenommen haben.⁵¹

4.3 Sicherheitsfirma SOTCON

Heute betreiben Stephan F. und Thomas B. gemeinsam die Firma SOTCON in Stuttgart (nicht zu verwechseln mit OPCON in Calw).⁵² SOTCON ist nach eigenen Angaben „ein international agierendes deutsches Sicherheits- und Beratungsunternehmen, das sich auf die Bereiche Ausbildung, Training, Beratung, operative Dienste und die Beschaffung von Sicherheitsausrüstung spezialisiert hat“.⁵³ Einsatzschwerpunkte von SOTCON seien die Länder Libyen und Somalia. Die Firma SOTCON macht häufig mit UNITER Geschäfte. Außerdem sind Thomas B. und André S. seit längerem eng befreundet. Ob Thomas B. Mitglied bei UNITER oder in einer der Chatgruppen war, ist allerdings nicht belegt.⁵⁴

4.4 UNITER als deutsches Blackwater?

Allgemein scheinen Sicherheitsfirmen wie SOTCON und OPCON eine wichtige Rolle für UNITER zu spielen, da sie ein häufiges Betätigungsfeld für ehemalige Spezialkräfte darstellen. UNITER hat aber noch Pläne, die weit darüber hinaus gehen: Der Verein plant, selbst Sicherheitskräfte anderer Staaten, aber womöglich auch anderer Sicherheitsfirmen, auszubilden. Dies kann unter Umständen auch Diktaturen betreffen. So traf sich am 13.2.2019 ein Vertreter von UNITER mit Politiker*innen und hochrangigen Polizist*innen auf den Philippinen. Der philippinische Präsident Rodrigo Duterte bezeichnet sich selbst als Diktator und Menschen, die im Verdacht stehen Drogen zu konsumieren oder zu handeln, werden dort ohne Prozess erschossen. Es gibt also sehr gute Gründe, Sicherheitskräfte dieses Staates nicht auszubilden. UNITER plant jedoch, genau dies zu tun: In einem zwei- bis viertägigen Training, das von UNITER angeboten wird, sollen die Teilnehmenden lernen, auf Extremsituationen reagieren zu können. Offenbar sind dabei auch Trainings mit Waffen vorgesehen. Vorkenntnisse in diesem Bereich seien jedoch nicht notwendig, so UNITER. Es ist zu befürchten, dass sich UNITER nicht nur als Ausbildungsplattform für rechte Prepper, sondern auch für andere Staaten entwickelt: eine international agierende Truppe von Söldner*innen – wenn man so will: eine Art deutsches Blackwater. Denn UNITER bietet seine Dienste nicht nur den Philippinen an, sondern auch anderen Staaten oder Firmen im Ausland, z.B. in Russland, im Iran, in Guinea oder in Libyen.⁵⁵

4.5 KKK-Zelle mit Bezügen zum NSU

Doch zurück zur Polizeieinheit von Michele Kiesewetter: Neben Ringo M. und Thomas B., die UNITER sehr nahe stehen, gab es dort noch weitere Personen mit Kontakten in die Neonaziszene. Bei diesen ist aber außer einem Bekanntschaftsverhältnis zu Ringo M. und Thomas B. kein weiterer Zusammenhang mit UNITER belegbar: Zu nennen wären hier die Polizisten Timo H. und Jörg W., die ab 2000 (neben mindestens drei weiteren Polizist*innen aus anderen Einheiten in Baden-Württemberg) Mitglied der KuKluxKlan-Zelle „European White Knights of the Ku Klux Klan“ (EWK KKK) waren. Timo H. war einer der ersten am Tatort, an dem Michele Kiesewetter im April 2007 ermordet wurde. Er war an diesem Tag ihr Truppführer, wusste also, wo sie sich kurz vor dem Mord aufhielt. 2002 verließen Timo H. und Jörg W. den KKK.

Die KKK-Zelle wurde im Oktober 2000 von dem mittlerweile ausgestiegenen Neonazi Achim Schmid gegründet, der von 1996 bis November 2000 V-Mann des LfV Baden-Württemberg war. Der sächsische Verfassungsschutz vermutete, dass Achim Schmid mit dem NSU-Kerntrio Kontakt unterhielt.⁵⁶ Neben Achim Schmid war auch der Neonazi-V-Mann Thomas Richter (Deckname als V-Mann: „Corelli“), der zum engsten Unterstützernumfeld des NSU zählt, Mitglied des EWK KKK. Thomas Richter stand auf einer Kontaktliste von Uwe Mundlos. Die beiden lernten sich während ihrer Bundeswehrzeit in einer Sanitätsstelle kennen. 2014 verstarb der V-Mann des Bundesverfassungsschutzes „Corelli“ – angeblich an unerkannter Diabetes.⁵⁷

Auch Martin Hess, der mittlerweile Bundestagsabgeordneter der AfD ist, war in der BFE 523. Über Timo H., Jörg W. und Martin Hess ist zwar keine weitergehende Nähe zu UNITER bekannt; dennoch werfen all diese Zusammenhänge weitere Fragen zum Mord an Michele Kiesewetter und einer möglichen Verstrickung UNITERs in den Fall auf. Außerdem zeigt der Fall der BFE 523 anschaulich, wie rechts durchgesetzt die Sicherheitsbehörden in Deutschland zum Teil sind.

5. Fazit: ein gefährliches Netzwerk

5.1. Bewaffnet und gut vernetzt

Betrachtet man nun das gesamte Netzwerk, das sich um UNITER, André S. und die Chatgruppen erstreckt, erkennt man, wie gefährlich und gut vernetzt diese Personen sind. Offenbar konnten sie ihre menschenverachtenden Pläne noch nicht umsetzen, aber das dürfte eher der Leichtsinnigkeit Franco Albrechts, der die Ermittlungen in Gang brachte, und der intensiven Recherche mehrerer Journalist*innen, allen voran der taz, zu verdanken sein als der Arbeit deutscher Ermittlungsbehörden.

Es scheint so, als wären die Terrorpläne sowohl im Fall des Chats Nordkreuz als auch im Fall Franco Albrecht schon sehr weit fortgeschritten gewesen, da sowohl mögliche Tatwaffen als auch Listen oder Ausspähnotizen bereits vorhanden waren. Es ist auch davon auszugehen, dass es nach wie vor noch größere Bestände an Waffen und Munition gibt, da ein beträchtlicher Teil der Personen des Hannibal-Komplexes guten Zugang zu Waffen hat. Keines der in den Chats erwähnten Munitionsdepots wurde bislang ausgehoben – womöglich, weil sie rechtzeitig geräumt wurden, da die Prepper gewarnt wurden. Nur die Waffen, die Einzelne bei sich zu Hause lagerten, wurden beschlagnahmt. Das ist es, was das Netzwerk so brandgefährlich macht.

Noch gefährlicher wird es dadurch, dass dieses Netzwerk bestens in alle Teile der Staatsgewalt vernetzt ist:

Polizist*innen aus dem ganzen Bundesgebiet sind Teil des Netzwerks. Dies betrifft vor allem spezialisierte Einheiten, die für Razzien in solchen Fällen zuständig sind – womöglich ein Mitgrund, weshalb nicht noch mehr bei Hausdurchsuchungen in diesem Umfeld gefunden wurde.

Vor Razzien gewarnt wurde das Hannibal-Netzwerk aber auch durch einen MAD-Mitarbeiter. Doch nicht nur der MAD ist mit in das Netzwerk verstrickt; auch die Verfassungsschutzbehörden in Baden-Württemberg und Bayern in Form des UNITER-Vorstands Ringo M. und einer namentlich nicht bekannten Mitarbeiterin des LfV Bayern, die ebenfalls UNITER-Mitglied ist.⁵⁸ Es tummeln sich also allerlei Geheimdienst-Mitarbeiter*innen um den Verein. Doch auch das könnte nur die Spitze des Eisbergs sein:

UNITER bezeichnet sich selbst als Netzwerk für „SOF and Intelligence“,⁵⁹ also Spezialkräfte und Geheimdienste. Deshalb kann es nicht verwundern, dass neben mehreren Geheimdienstmitarbeiter*innen auch Spezialkräfte der Bundeswehr, vor allem KSK-Soldaten, elementarer Teil des Netzwerks sind. Die KSK-nahe Firma OPCON mischte bei paramilitärischen Trainings mit; mehrere KSK-Soldaten waren in den Chatgruppen und bei UNITER aktiv. Auch der MAD-Mitarbeiter Peter W., der André S. mutmaßlich warnte, war früher beim KSK. Die KSK-Kaserne in Calw war in den Chatgruppen sogar als Safe House für den Tag X definiert worden. Anscheinend fühlten sich die Beteiligten beim KSK sehr sicher.

Gute Verbindungen hat der Hannibal-Komplex auch in den Bundestag. Thomas B. und Ringo M. kennen den AfD-Abgeordneten Martin Hess noch aus ihrer gemeinsamen Zeit in der BFE 523. Maximilian T., der mutmaßliche Komplize von Franco Albrecht, ist sogar Mitarbeiter des AfD-Abgeordneten Jan Nolte, der im geheim tagenden Verteidigungsausschuss an sensible Informationen, z.B. über den Stand der Aufklärung, kommt. Mit Haik J. ist zudem ein Mitglied der Chatgruppen in Norddeutschland im AfD-Landesverband in Mecklenburg-Vorpommern sehr aktiv. Die AfD stellt somit das Bindeglied zwischen dem Hannibal-Komplex und verschiedenen Parlamenten dar.

5.2. Bundesregierung leugnet Netzwerk

Dass es sich bei dem dargestellten Komplex um ein Netzwerk handelt, ist bei näherer Betrachtung vollkommen klar. Über den Verein UNITER, die Chatgruppen und die Person André S. sind alle Personen miteinander verbunden. Die Bundesregierung leugnet diesen Umstand jedoch. In der Antwort auf eine kleine Anfrage der Fraktion Die Linke antwortete die Bundesregierung: „Dem MAD liegen keine Erkenntnisse vor, dass im Umfeld des KSK rechtsterroristische Netzwerke existieren würden oder im Entstehen begriffen wären. [...] Die Bundesregierung hat keine Erkenntnisse über das angebliche Bestehen einer derartigen Gruppe.“⁶⁰ Während die Einzelspekte des Netzwerks (z.B. der Fall Franco Albrecht oder die Nordkreuz-Gruppe) durchaus zugegeben werden, werden der Netzwerkcharakter und der Zusammenhang zwischen den Fällen immer wieder ausgeblendet, ignoriert und geleugnet. Wie so oft bei Terror durch Neonazis werden die Taten bzw. Planungen Einzeltäter*innen zugeschrieben und die unterstützenden Netzwerke im Umfeld ignoriert oder sogar durch die Sicherheitsbehörden gedeckt. Auch in diesem Fall macht es

stutzig, dass sich die Regierung in dieser Sache sehr passiv und beschwichtigend zeigt.

Es lässt sich nur spekulieren, weshalb die Bundesregierung offensichtlich nicht an einer Aufklärung des Komplexes um Hannibal interessiert ist. Bei einer historischen Betrachtung der Geschichte der Bundesrepublik bzw. der NATO finden sich ähnliche Konstellationen wie der Hannibal-Komplex. Daraus lassen sich Vermutungen ableiten, die die Untätigkeit der Bundesregierung erklären könnten:

1. Die erste ist naheliegend und simpel. Diese Variante ist zugleich die wahrscheinlichste: Rechtsextremist*innen im Staatsapparat gab es schon immer. Dies wird nicht zuletzt durch die autoritären, konservativen Strukturen der Polizei, der Geheimdienste und der Bundeswehr sowie personelle Kontinuitäten nach dem Nationalsozialismus noch zusätzlich begünstigt. Solange Rechtsextremist*innen im Staatsapparat sich nicht gegen den Staat wandten oder in die öffentliche Kritik gerieten, wurden sie historisch auch meist akzeptiert. Dass sich rechte Einzelpersonen und Bekanntenkreise in Polizei, Geheimdiensten und Bundeswehr mit dem langen Sommer der Migration 2015 und dem Erstarken der „Neuen Rechten“ in Form von Pegida und AfD radikalisierten, vernetzten und zunehmend offensiver auftraten, verwundert kaum. Die Bundesregierung hat kein Interesse an der konsequenten Aufklärung dieser Netzwerke, da sie sich und der Öffentlichkeit dann eingestehen müsste, dass die Sicherheitsbehörden rechts unterwandert sind, was das allgemeine Vertrauen der Bevölkerung in den Staat untergraben würde. Dies könnte sowohl der Regierung als auch den Leitungen der betroffenen Behörden Probleme, wie Popularitätsverluste oder erhebliche Kürzungen bis hin zur Auflösung von Behörden (z.B. des Verfassungsschutzes), bereiten. Dass staatliche Strukturen diese Überlegungen für wichtiger als eine konsequente Aufklärung neonazistischer Netzwerke halten, zeigt sich leider sehr deutlich an der mangelhaften Aufarbeitung der Verbrechen des NSU und der Verstrickung der Verfassungsschutzbehörden. In dieser Logik ist es nur plausibel, dass nur ermittelt und zugegeben wird, was entweder nicht zu leugnen ist oder sich gegen den Staat selbst richtet.⁶¹ Der Rest – und vor allem der Netzwerkcharakter – wird geleugnet.

2. Die zweite Möglichkeit wäre, dass es sich bei UNITER um einen sogenannten Honeypot des Verfassungsschutzes oder des MAD handelt. Mit einem Honeypot (deutsch: Honigtopf) lassen sich Bienen anlocken, die für die Geheimdienste in dieser Metapher für Extremist*innen oder feindliche Agent*innen stehen. Honeypots sind eine häufig genutzte geheimdienstliche Methode, um Strukturen mit aufzubauen und dadurch zu unterwandern. Demzufolge wäre UNITER unter geheimdienstlicher Beteiligung aufgebaut worden, um militante Neonazis anzulocken, die man dann – so zumindest die Theorie – im Blick hätte, da der gesamte Honeypot mit V-Leuten und Geheimdienstmitarbeitern durchsetzt ist. Eine plausible Theorie ist, dass auch die oben genannte KKK-Zelle ein Honeypot des Verfassungsschutzes war, da mit „Corelli“ und dem Gründer Achim Schmid mindestens zwei V-Männer beteiligt waren. Auch beim mit V-Personen durchsetzten „Thüringer Heimatschutz“, aus dem der NSU hervorging, wird vermutet, dass dieser ein Honeypot des Verfassungsschutzes war. Oft ging die Strategie, Honeypots aufzubauen, jedoch nach hinten los. Das Aktionsbündnis „NSU-Komplex auflösen“ schreibt hierzu: „Der NSU-Untersuchungsausschuss im Thüringer

Landtag kommt 2014 zu dem Ergebnis, dass die V-Personen die rechte Szene gestärkt haben. Der absolute Quellenschutz setzt die Hemmschwelle der V-Personen deutlich herab. Sie konnten sich von Strafverfolgung freigestellt bewegen und nutzten diesen Spielraum auch. Das vielleicht ursprünglich mal gegebene Bestreben nach einer optimalen Kontrolle der Nazi-Szene und der entsprechenden Einflussnahmen führten zu einer Verselbstständigung.⁶² Für die Möglichkeit eines Honeypots spräche, dass bereits mehrere Mitarbeiter*innen des Verfassungsschutzes und des MAD im Hannibal-Komplex auftauchten. Möglicherweise ist auch André S. selbst ein V-Mann des MAD: seine regelmäßigen Treffen mit dem MAD und die Warnung vor den Razzien – Stichwort: Quellenschutz – sprächen jedenfalls dafür.

3. Die dritte und gleichzeitig unwahrscheinlichste Möglichkeit wäre, dass ein Geheimdienst, z.B. der Bundesnachrichtendienst (BND), am Aufbau des Netzwerks beteiligt war, um dieses zu steuern und daraus ehemalige Spezialkräfte für geheimdienstliche Operationen zu rekrutieren. Ähnliche Vorhaben sind bereits mehrfach dokumentiert. Berührungsgänge zu Rechtsextremen hatten die Geheimdienste dabei nie. Zu nennen wäre hier die Operation „Unternehmen Versicherungen“ der Organisation Gehlen, des Vorläufers des BND. Ziel dieser 1949-1953 durchgeführten Operation war es, im Geheimen westdeutsche Streitkräfte aufzustellen. Da der offizielle Entschluss zur Wiederbewaffnung Westdeutschlands noch nicht gefasst war, wollte man für einen möglichen sowjetischen Angriff gewappnet sein. Hierfür wurden schlagkräftige Verbände der Wehrmacht reaktiviert, um diese im Falle eines Angriffs zu sammeln, hinter die französische Grenze zurückzuziehen, zu bewaffnen und dann zum Gegenangriff überzugehen. Da es nie einen sowjetischen Angriff gab, kam das „Unternehmen Versicherungen“ nie zum Einsatz.⁶³ Ein anderes Beispiel sind die Stay-behind-Verbände, die durch NATO-Geheimdienste in der Hochphase des Kalten Krieges aufgestellt wurden. Diese Stay-behind-Verbände sollten im Fall einer feindlichen Besetzung Mitteleuropas hinter der Front nachrichtendienstliche Aufklärung leisten und Sabotageakte gegen die Sowjetunion verüben. Auch der BND bildete solche Truppen aus und versorgte sie mit Waffen. Altnazis und Neonazis wurden auf diesem Wege massiv gefördert und bewaffnet. Der bekannteste Stay-behind-Verband ist eine neonazistische, paramilitärische Organisation aus Italien mit dem Decknamen „Gladio“. Gladio wird für mehrere Terroranschläge verantwortlich gemacht. Mit dem Ende des Kalten Krieges wurden die Stay-behind-

Verbände offiziell aufgelöst.⁶⁴ Es wäre aber durchaus möglich, dass der BND diese Pläne in Zeiten einer neuen Konfrontation zwischen der NATO und Russland wiederaufleben lässt und jetzt neue paramilitärische Gruppen gegründet und gefördert werden – z.B. UNITER. Dafür spräche, dass sich UNITER auch im Ausland, z.B. für geheime Ausbildungsoperationen in Staaten, die die Bundesrepublik offiziell nicht unterstützt, einsetzen ließe. Immerhin bietet UNITER tatsächlich in mehreren solchen Staaten paramilitärische Trainings an.

Bei all diesen Theorien handelt es sich jedoch nur um Vermutungen, die die Untätigkeit der Regierung erklären könnten. Konkrete Beweise dafür gibt es aber nicht. Möglicherweise erklären auch mehrere Theorien verschiedene Aspekte des Komplexes.

Ungeachtet der Theorien, weshalb die Regierung untätig ist, zeigt die Tatsache, dass sie untätig ist jedoch, dass sie aus den Fehlern, die beim NSU gemacht wurden, nichts gelernt hat: Probleme mit Rechtsextremismus werden so lange es geht geleugnet, Hintergrundstrukturen so gut wie nie aufgedeckt und V-Leute weiterhin um jeden Preis geschützt. Anstatt Neonazis zu entwaffnen, werden diese bei der Polizei, der Bundeswehr oder im Reservistenverband auf Staatskosten an der Waffe ausgebildet. Fälle, in denen Neonazis eindeutig als solche in Erscheinung treten – z.B. durch das Zeigen eines Hitlergrüßes – werden verharmlost, indem die betreffenden Personen nicht als Neonazis, sondern als Verdachtsfälle bezeichnet werden. Darin ist auch der Grund zu finden, weshalb die Bundesregierung keine Vernetzung gewaltbereiter Extremist*innen in der Bundeswehr erkennen kann: Es gibt nach Ansicht der Bundesregierung keine Rechtsextremen in der Bundeswehr – höchstens Verdachtsfälle. Erkannte Extremist*innen würden ja sofort entfernt, so die Bundesregierung.⁶⁵ Diese Strategie ist völlig ungeeignet, um Neonazis aus der Bundeswehr fernzuhalten.

Deshalb ist es jetzt wichtig, öffentlichen Druck zu erzeugen und die Aufklärung des Netzwerks nicht nur zu fordern, sondern auch selbst zu betreiben. Ein Untersuchungsausschuss wäre beispielsweise ein Mittel, mit dem sich die Aufklärung vorantreiben ließe.

Zudem sollten die strukturellen Probleme, die eine Unterwanderung staatlicher Strukturen durch Neonazis ermöglichen, angegangen werden. Dies könnte z.B. bedeuten, Neonazis aus dem Staatsapparat konsequent auszuschließen, personelle Kontinuitäten aus dem Nationalsozialismus aufzuarbeiten oder die Bundeswehr und die außer Kontrolle geratenen Geheimdienste aufzulösen.



*"Kein Schlussstrich"-
Demonstration in
Hamburg, 14.7.2018.
Quelle: Rasande
Tyskar / Flickr*

Anmerkungen

- 1 Focus: [Die Verschwörung](#). 17.11. 2018.
- 2 Ebd.
- 3 SWR: Ex-KSK-Soldaten erheben neue Vorwürfe gegen umstrittenen Verein. Plant Uniter den politischen Zusammenbruch Deutschlands? 7.2. 2019.
- 4 [Bundestagsdrucksache 19/7513](#): Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Tobias Pflüger, Christine Buchholz u.a.: Neonazismus- und Sexismusvorwürfe beim Kommando Spezialkräfte.
- 5 Martin Kaul, Christina Schmidt: [MAD-Prozess in Köln. Hannibal schaffte Computer weg](#). Taz. 20.3.2019.
- 6 Ebd.
- 7 Homepage von Uniter: [Über uns](#).
- 8 Tagesspiegel: [Wenn extrem rechte Vereine als gemeinnützig gelten](#). 5.3. 2019; Neue Zürcher Zeitung: Was will der Verein eines deutschen Elitesoldaten in der Schweiz? 14.3. 2019.
- 9 Homepage von UNITER: [Über uns](#).
- 10 Taz: Hannibals Verein. 21.12. 2018.
- 11 Lazarus-Union: Migration und Integration aus der Sicht der Lazarus Union.
- 12 Taz: Hannibals Verein. 21.12. 2018.
- 13 SWR: Ex-KSK-Soldaten erheben neue Vorwürfe gegen umstrittenen Verein. Plant Uniter den politischen Zusammenbruch Deutschlands? 7.2. 2019.
- 14 Taz: Hannibals Verein. 21.12. 2018.
- 15 Ebd.
- 16 Taz: Hannibals Verein. 21.12. 2018; vgl. [Homepage der Firma OPCON](#).
- 17 Neue Zürcher Zeitung: Was will der Verein eines deutschen Elitesoldaten in der Schweiz? 14.3. 2019.
- 18 Taz: Hannibals Verein. 21.12. 2018.
- 19 Focus: Unter dem Decknamen „Petrus“ Uniter-Skandal: Weiterer KSK-Soldat war Leiter der Chatgruppe „Nord“. 22.3. 2019.
- 20 Bei den Ermittlungen ging es vermutlich um eine mutmaßliche Verstrickung in den Fall Franco Albrecht, dem eine schwere staatsgefährdende Straftat vorgeworfen wird.
- 21 Welt: [Die völkisch-rassistische Masterarbeit des Franco A.](#). 3.5. 2017.
- 22 Neue Zürcher Zeitung: Der Fall Franco A., erster Teil: „Mein Sohn war Staatsfeind Nummer 1“. 16.4.2019; Der rechte rand 173: Rechter Soldat mit Terrorplänen. 2018.
- 23 Welt: [Das steht in den Hass-Notizen von Franco A.](#). 3.5.2017; Der rechte rand 173: Rechter Soldat mit Terrorplänen. 2018.
- 24 Taz: Rechtes Netzwerk in der Bundeswehr. MAD ermittelt weiter im Fall Franco A.. 20.1.2019.
- 25 Der rechte rand 173: Rechter Soldat mit Terrorplänen. 2018.
- 26 Taz: Mitarbeiter von AfD-Abgeordnetem. Maximilian T. darf ins Parlament. 29.11. 2018.
- 27 Neue Zürcher Zeitung: Der Fall Franco A., erster Teil: „Mein Sohn war Staatsfeind Nummer 1“. 16.4.2019.
- 28 Vgl. [IMI-Studie 2013/08a](#). Martin Kirsch: Der neue Heimatschutz der Bundeswehr. Die Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte und das Kommando Territoriale Aufgaben als neue Instrumente für den Inlandseinsatz.
- 29 Panorama vom 07.09.2017: [Bundesanwalt ermittelt: Polizist als Staatsgefährder?](#) Taz: [Terror-Ermittlungen in Norddeutschland. Kommando Heimatschutz](#). 20.12. 2017.
- 30 Panorama vom 07.09.2017: Bundesanwalt ermittelt: Polizist als Staatsgefährder?
- 31 Sybille Bachmann: [Chronologie Causa RA Hammer](#). 2017.
- 32 Ebd.
- 33 Ebd.
- 34 Focus: [Die Verschwörung](#). 17.11. 2018.
- 35 Ebd.
- 36 Sybille Bachmann: [Chronologie Causa RA Hammer](#). 2017.
- 37 Focus: [Die Verschwörung](#). 17.11. 2018.
- 38 Sybille Bachmann: [Chronologie Causa RA Hammer](#). 2017.
- 39 StopAfD: [Terrorverdächtiges AfD-Mitglied ist in den Arbeitskreis für Innere Sicherheit gewählt worden](#). 1.2.2018.
- 40 Taz: [Rechtsextreme Szene in MeckPomm. Wieder Razzia wegen „Preppern“](#). 25.4.2018.
- 41 Thomas Moser: [Kiesewetter-Mord in Heilbronn: Wartende Männer am Anschlagort?](#) 20.5.2014.
- 42 Rainer Wendt: Deutschland in Gefahr: Wie ein schwacher Staat unsere Sicherheit aufs Spiel setzt. 2016; Mely Kiyak: [Die Moslem-Problematismus-Maschine läuft](#). 11.11.2015; Nora Winter: [Polizeigewerkschaft und Junge Freiheit?](#) 24.2. 2011.
- 43 [DPoIG Polizeispiegel vom September 2014](#)
- 44 Taz: [Thüringer NSU-Ausschuss. Was wusste Ringo M.?](#) 4.4. 2019.
- 45 Taz: [Verfassungsschützer bei Hannibal-Verein. Verbindung enger als bekannt](#). 13.3. 2019.
- 46 Taz: [Thüringer NSU-Ausschuss. Was wusste Ringo M.?](#) 4.4. 2019.
- 47 Ebd.
- 48 Taz: [taz-Recherche zu rechtem Netzwerk. Hannibals Reisen](#). 15.3. 2019.
- 49 Landeskriminalamt Baden-Württemberg: Ermittlungsverfahren wegen Mord z.N. Michele Kiesewetter und Mordversuch z.N. Martin Arnold am 25.04.2007 in Heilbronn. Ermittlungsbericht. Ordner 1 und Ordner 9.
- 50 Taz: [taz-Recherche zu rechtem Netzwerk. Hannibals Reisen](#). 15.3. 2019.
- 51 Ebd.
- 52 [Northdata: SOTCON GmbH, Stuttgart](#).
- 53 Homepage von SOTCON.
- 54 Taz: [taz-Recherche zu rechtem Netzwerk. Hannibals Reisen](#). 15.3. 2019.
- 55 Taz: [taz-Recherche zu rechtem Netzwerk. Hannibals Reisen](#). 15.3.2019. FOCUS: [Die Russland-Connection](#). 24.11. 2018.
- 56 Stuttgarter Nachrichten: [Ministerium räumt ein: Informant des baden-württembergischen Verfassungsschutzes taucht auf Unterstützer-Liste des NSU auf](#). 11.11.2013.
- 57 Stuttgarter Zeitung: [NSU-Ausschuss des Landtags. „Corelli“ und der Ku-Klux-Klan](#). 27.11.2015.
- 58 Vgl. [Drucksache 18/289](#). Katharina Schulze: Schriftliche Anfrage. Uniter: Aktivitäten und Verbindungen in die rechtsextreme Szene. 5.4. 2019.
- 59 [Abbildung einer UNITER-Münze mit dem Schriftzug „SOF and Intelligence Network“](#).
- 60 [Bundestagsdrucksache 19/7513](#): Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Tobias Pflüger, Christine Buchholz u.a.: Neonazismus- und Sexismusvorwürfe beim Kommando Spezialkräfte.
- 61 Beispiele hierfür wären die Fälle Franco Albrecht und die Nordkreuz-Gruppe, die auch Vertreter*innen des Staates ins Visier nahmen. Bei diesen wurden Razzien durchgeführt.
- 62 Tribunal NSU-Komplex auflösen: [Wir klagen an! Anklage des Tribunals „NSU-Komplex auflösen“](#).
- 63 Agilolf Keßelring: [Die Organisation Gehlen und die Verteidigung Westdeutschlands. Alte Elitedivisionen und neue Militärstrukturen, 1949-1953](#).
- 64 Thomas Riegler: [GLADIO – Mythos und Realität: Ursprung & Funktion von Stay behind im Nachkriegs-Österreich](#). 2018.
- 65 [IMI-Standpunkt 2018/033](#). Alexander Kleiß: „Sieg Heil!“-Rufe, aber keine Neonazis? Rechte Vorfälle in der Division Schnelle Kräfte der Bundeswehr; Taz: [Rechtsextremismus in der Bundeswehr. Hitlergrüße aus dem KSK](#). 6.2. 2019.

Deutsche Soldaten

Am Bundestag vorbei in Afrika-Einsätze

von Jens Wittneben

Bundeswehr-Kampfeinsätze außerhalb des NATO-Gebiets müssen vom Bundestag beschlossen werden. Dieser Grundsatz wird nun in Frage gestellt, wie die Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) berichten – unter Berufung auf Kreise des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, der am Mittwoch, 08. Mai 2019 in geheimer Sitzung in Berlin tagte. (Dass dies ausgerechnet der Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa ist, war von den Verantwortlichen ganz sicher nicht gewollt und ist dennoch ein denk(un)würdiger Umstand.)

In Niger, Kamerun und Tunesien sind jeweils bis zu zwei Dutzend deutsche Soldaten ohne Parlamentsbeschluss aktiv – und es soll sich auch um Spezialeinheiten handeln. Kampfschwimmer werden genannt und man muss vermuten, dass es sich um Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) aus Calw in Baden-Württemberg handelt. In der geheimen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Parlaments kam es zu einer kritischen Debatte, wenn man die Quellen des RND zugrunde legt.

Es liegt nun an der Friedensbewegung und den Bürgern und Bürgerinnen, diese Kritik zu untermauern und dafür zu sorgen, dass Bundeswehrsoldaten nicht im Geheimen und ohne demokratische Kontrolle außerhalb des NATO-Gebiets und Europa in Einsätze gehen. Welche Organisation der Friedensbewegung wird dafür Unterschriften sammeln, Postkartenaktionen starten oder eine öffentlichkeitswirksame Aktion konzipieren?

Das RND berichtet über die geheime Sitzung: „Nach Angaben des Verteidigungsministeriums handelt es sich in Niger seit dem 31. Mai 2018 um eine Ausbildungsunterstützung ...“ Der Vertreter des Verteidigungsministeriums hat offenbar zu Protokoll gegeben: „Eine Einbeziehung in bewaffnete Unternehmen im Sinne des Parlamentsbeteiligungsgesetzes erfolgt nicht und wird auch nicht qualifiziert erwartet.“ Diese Behauptung des Verteidigungsministeriums ist unglaublich. Denn DIE ZEIT aus Hamburg schreibt dazu Folgendes: „(...) wenn man auf die Gefahren blickt, die Niger von allen Seiten bedrohen. Ein deutscher Terrorexperte, (...) zeigt Merkel [der Bundeskanzlerin, bei ihrem kürzlichen Besuch in Niger] eine Landkarte. Darauf sind die Terrorgruppen verzeichnet, die Niger zu infiltrieren versuchen. Von Südosten rücken die Terrortruppen von Boko Haram vor. Von Westen her Milizen wie der ‚Islamische Staat in der Großsahara‘. Und auch im Norden (...) versuchen sich Terroristen breitzumachen (...).“

Nicht nur in Deutschland, auch in der Schweiz berichten Journalisten über Gefahren in den bis vor kurzem geheimen Einsatzgebieten deutscher Soldaten in Afrika. Die Schweizerische Depeschagentur (sda) berichtet aus dem geheimen Einsatzgebiet deutscher Soldaten in Kamerun am 19. April 2019: es „griffen Kämpfer der Islamisten-Gruppe in der Nacht zum Freitag ein Dorf in der Region Tschakamari im Norden des Landes an und setzten Hütten in Brand. Die Opfer verbrannten im Schlaf. Boko Haram (deutsch: westliche Bildung verboten) kämpft seit Jahren gewaltsam für die Errichtung

eines islamischen Gottesstaates im mehrheitlich muslimischen Nordosten Nigerias. Bei Angriffen der Gruppe wurden bereits mehr als 27.000 Menschen getötet, 1,8 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Inzwischen ist der Konflikt auch auf Nigerias Nachbarländer Niger, Tschad und Kame-

run übergegriffen.“ Der Bonner Generalanzeiger berichtet: „Die SPD sieht viele Fragen geklärt, nachdem die Regierung im Ausschuss den Ausbildungseinsatz erläutert habe.“

Wie bitte will das Verteidigungsministerium in Berlin angesichts der geschilderten Auseinandersetzungen den Einsatz deutscher Soldaten - darunter Spezialkräfte - in Kamerun und Niger als „Ausbildungs-Einsatz“ erklären und wegdiskutieren?! Auf wikipedia.de liest man über Militärische Spezialeinheiten: „Aufgrund der engen Anbindung an die (militärischen) Nachrichtendienste führen diese Einheiten auch Sondereinsätze (Special Activities) wie gezielte Tötungen oder Entführungen von Einzelpersonen, zum Beispiel eines Diktators oder Kriegsverbrechers oder die verdeckte Aufklärung in einem feindlichen Land durch. Naturgemäß werden diese Einsätze aufgrund ihrer politischen Brisanz unter besonders strenger Geheimhaltung ausgeführt.“

Die Public-Relations-Nebelkerze „Ausbildungs-Einsatz“ der Bundesregierung sollten Friedensbewegte mit einer klaren und friedlichen, deeskalierenden Antwort begegnen. Nicht aber so wie die Frankfurter Rundschau am 03. Mai 2019 berichtet: „Die EU unterstützt die sogenannten G5-Sahel-Staaten Mauretanien, Mali, Niger, Burkina Faso und Tschad beim Aufbau einer gemeinsamen Militärtruppe zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität. Deutschland und Frankreich erhoffen sich davon auch mehr Sicherheit für Europa und einen Rückgang der illegalen Migration.“ Feuer kann man nicht mit Feuer löschen, das zeigen die militärischen Auseinandersetzungen und die vielen Opfer nach dem Ausrufen des „War on Terror“ nach 09/11 in Irak, Afghanistan, Syrien und Libyen. Zivile Mittel sind deshalb gefragt.

DIE ZEIT berichtet über eine „(...) Polizeimission, die sich Eucap Sahel Niger nennt und in der europäische Polizisten ihre nigrischen Kollegen ausrüsten und trainieren (...)“ Sie soll Menschen schleppen, die Flüchtlinge nach Norden und Drogen und Waffen nach Süden zurück in die Krisenregion bringen, das Handwerk legen und den Teufelskreis aus unmenschlichen Lebensbedingungen, Flucht und Terror unterbrechen. Es ginge, so DIE ZEIT weiter, um Alphabetisierung, Wasserversorgung, befestigte Straßen und wirtschaftliche Entwicklung, die Menschen schleppen und Flüchtlingen eine Perspektive in ihrer Heimat bietet – also um zivile Themen.

Quellen

- „Wirbel um Einsatz von Spezialkräften in Niger“, Bonner General-Anzeiger 09.05.2019
- „Bundeswehr in Kamerun“, Frankfurter Rundschau, 09.05.2019
- „Westafrika-Reise - Merksels liebstes Land“ Zeit online, 04.05.2019
- „Mahnende Worte an die Kanzlerin“, Frankfurter Rundschau, 03.05.2019
- „Elf Dorfbewohner bei Angriff von Islamisten in Kamerun verbrannt“, sda - Schweizerische Depeschagentur, 19.04.2019
- „Spezialeinheit“, wikipedia.de (02.05.2019)

Spezialkräfte-Kriege im Sahel

von Christoph Marischka

Wer es wissen will, konnte es schon lange wissen. Vierteljährlich veröffentlichen die UN seit Beginn ihrer Mission MINUSMA 2013 einen Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Mali. Mit nur geringen Variationen in der Formulierung heißt es darin seit Jahren alle drei Monate, dass sich die Sicherheitslage verschlechtert habe und sich der Konflikt zunehmend auf die Nachbarstaaten ausdehnt. Die Kaskade an internationalen Interventionen, die sich nach außen harmlos als Ausbildungsmissionen und als Beitrag zur Stabilisierung verkaufen, hat daran einen nicht unwesentlichen Anteil. Schon das zugrunde liegende "Friedensabkommen" der MINUSMA-Mission berücksichtigte ausschließlich bewaffnete Gruppen, die zugrundeliegenden Konflikte in Mali adressierte es in keiner Weise. Seitdem bildet die Bundeswehr im Rahmen einer EU-Mission (EUTM) Soldaten aus und unterstützt diese im Rahmen der MINUSMA bei der Rückeroberung des Nordens, außerdem organisiert man gemeinsame Patrouillen. Dabei kam es von Anfang an zu Massakern und Überfällen auf andere Bevölkerungsgruppen, die sich ihrerseits bewaffnet haben. Angriffe und Vergeltungsschläge mit Dutzenden Toten, bei denen manchmal ganze Dörfer zerstört werden, sind gerade im zuvor eher ruhigen Zentrum Malis keine Seltenheit mehr.

Dass dieser Konflikt außer Kontrolle gerät, war lange sichtbar. Von Anfang an setzte die Malische Armee auf die Zusammenarbeit mit Truppen aus dem Niger, Burkina Faso und dem Tschad - Verbündete Frankreichs und wesentliche Truppensteller der MINUSMA. Wegen der Unsicherheit im Zentrum Malis setzte die Bundeswehr zunehmend auf Nachschubwege aus dem Niger, baute dort eine Luftwaffenbasis auf. Zugleich führt Frankreich von Mauretanien über Mali, Niger, Burkina Faso und den Tschad eine grenzüberschreitende Militärmision zur Bekämpfung des Terrorismus („Barkhane“) durch und die Truppen der betreffenden Staaten wurden zum Aufbau einer eigenen grenzüberschreitenden Interventionsarmee (Force Conjointe G5 Sahel) angehalten, für die Frankreich und Deutschland auf einer Geberkonferenz fast eine halbe Milliarde Euro mobilisierten. Auch die USA sind mit von der Partie und haben alleine im Niger mittlerweile drei Drohnenbasen

errichtet, eine weitere z.B. in Tunesien.

Von Anfang an war diese konkurrierende Aufrüstung geprägt von Spezialkräften und der entsprechenden Geheimhaltung. Seit 2002 trainieren US-Spezialkräfte lokale Kräfte in der gesamten Sahel-Region in der

Terrorismusbekämpfung, seit 2005 führen sie mit demselben Ziel jährliche Großmanöver unter dem Namen Flintlock durch, zu dem auch befreundete Nationen aus dem Westen eingeladen sind. Bereits 2005 war daran auch das Kommando Spezialkräfte beteiligt. Die Krise in Mali wurde wesentlich durch die damals neue Miliz MNLA ausgelöst, die sich u.a. aus Tuareg-Gruppen rekrutierte, die zuvor und unmittelbar nach der französischen Intervention Anfang 2013 gut mit französischen Truppen und Geheimdiensten kooperierten. Die Intervention selbst kam wesentlich auf Betreiben französischer Spezialkräfte zustande, die zuvor in [Burkina Faso](#) stationiert waren. Und bereits seit Jahren ist bekannt, dass an den verschiedenen Bundeswehreinheiten in der Region auch deutsche Spezialkräfte beteiligt sind, die die Vielzahl von Mandaten (EUTM, MINUSMA, Flintlock und ggf. Geiselnahmen) nutzen, um sich letztlich grenzüberschreitend zu bewegen.

Insofern ist an der Präsenz deutscher Spezialkräfte in Niger allenfalls ihre Dauerhaftigkeit eine Neuigkeit, ihre Präsenz in Tunesien in Zusammenhang mit Flintlock war bereits zuvor bekannt und sicher gibt es noch weitere, bislang unbekannte Fälle. An der nun bekannt gewordenen Liste geheimer Einsätze sind v.a. zwei Dinge Interessant: Mit Ausnahme von Kamerun handelt es sich dabei um die zentralen Empfängerländer der sogenannten „Ertüchtigungsinitiative“, einem neuen Programm der Bundesregierung, mit dem kostenlos Rüstungsgüter geliefert und militärische Infrastrukturen aufgebaut werden. Darüber hinaus ist bei allen vier Ländern bekannt, dass hier auch die US-Spezialkräfte aktiv sind. In diesem Zusammenhang ist es vielleicht hilfreich zu erwähnen, dass das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr in Calw stationiert ist, das nur etwa 30 Kilometer entfernt liegt vom US-Oberkommando für Afrika (AfriCom) in Stuttgart-Möhringen und den Panzer-Barracken bei Böblingen, wo die US-Spezialkräfte für Einsätze in Afrika und Europa stationiert werden. Im Großraum Stuttgart ist die gute Zusammenarbeit zwischen beiden kein Geheimnis und wird regelmäßig bei gemeinsamen Sprunghüben der Fallschirmspringer unter Beweis gestellt.

Die Bundeswehr im Rahmen des „Ertüchtigungseinsatzes“ in Niamey/Niger am 26.05.2017. Quelle: Bundeswehr/Jana Neumann



Rheinmetall entrüsten!

Der skandalgeplasterte Weg zum Panzer-Großkonzern

von Michael Schulze von Glaßer

Es läuft buchstäblich wie geschmiert beim deutschen Panzerbauer Rheinmetall: Trotz zahlreicher Skandale und vielfältiger Proteste florieren die Geschäfte. So stieg der Umsatz der Rüstungssparte von 3,26 Mrd. (2016) auf 3,42 Mrd. Euro (2017) an. Für das laufende Jahr meldete der Konzern erneut Umsatzsteigerungen von 6,6 Prozent, die sich aufgrund der schwächelnden Automobilabteilung vor allem aus den Waffengeschäften speisen würden.¹ Mehr noch: Durch die geplante Übernahme des zweiten großen deutschen Panzerbauers „Krauss-Maffei Wegmann“ (KMW) würde ein Großkonzern entstehen, dem es zu allem Überfluss auch noch gelingen könnte, die hiesigen Rüstungsexportrichtlinien noch krasser umgehen zu können, als dies ohnehin bereits der Fall ist.

Skandalgeplasterte Geschäfte

Es waren schockierende Bilder, die am 15. Juli 2016 live aus der Türkei auch im deutschen Fernsehen zu sehen waren: Panzer rollten durch die Stadtviertel Istanbuls und vor den Atatürk-Flughafen. Ebenso schockierend die Bilder, die am 18. März 2018 aus der nordsyrischen Stadt Afrin in die Medien gelangten: Panzer schoben sich durch enge Straßen bis vors Rathaus der Stadt. Beide Male gehörten die Kampfpanzer der türkischen Armee und beide Male waren es welche vom Typ „Leopard 2“. 347 dieser Kampfpanzer wurden von 2006 bis 2013 aus Altbeständen der Bundeswehr an die Türkei verkauft. Hersteller der Waffen sind die deutschen Panzerbauer „Krauss-Maffei Wegmann“ und „Rheinmetall“ – von Letzterem kommt die im Panzer verbaute „120mm-Glattnrohr-Kanone“.

Die türkischen „Leopard“-Panzer zeigen beispielhaft die Unabwägbarkeit der Folgen von Waffenexporten: Denn während die Panzer, die die Bundeswehr an die türkische Armee weiterverkauft hatte, unter Kontrolle der Putschisten 2016 gegen den türkischen Präsidenten Erdoğan eingesetzt wurden, standen dieselben 2018 durch Afrin rollenden Panzer im Dienst des autoritären Präsidenten selbst. Man kann nie sagen, für und gegen welche Menschen die mächtigen Waffen eingesetzt werden. Das scheint dem Düsseldorfer „Rheinmetall“-Konzern egal zu sein. Immer wieder fällt das Unternehmen durch skrupellose Geschäftspraktiken und Skandale auf:

An Russland wollte „Rheinmetall“ 2014 ein militärisches Übungszentrum verkaufen: 30.000 Soldatinnen und Soldaten sollten darin jährlich ausgebildet werden. Nach der Einnahme der Krim durch Russland verbot die Bundesregierung das Geschäft – und „Rheinmetall“ drohte der Bundesregierung mit einer Klage über 120 Millionen Euro für das abgesagte Geschäft. Über die auf der italienischen Mittelmeerinsel Sardinien produzierende Tochterfirma „Rheinmetall Denel Munition“ exportiert das Unternehmen „Mark 83“-Bomben an Saudi-Arabien, die von dem Königreich gegen den Jemen zum Einsatz gebracht werden. Die Bomben-Lieferungen laufen trotz des Exportverbots für deutsche Waffen, das Ende 2018 wegen des Mordes an dem Journalisten Jamal Kashoggi durch

saudische Agenten erlassen wurde, weiter – da sie über Italien abgewickelt werden. Da andere „Rheinmetall“-Geschäfte mit Saudi-Arabien, welche über Deutschland laufen sollten, aufgrund des Exportstopps verboten wurden, hat der Rüstungskonzern der Bundesregierung abermals mit

einer Schadenersatzklage gedroht.

In der Türkei plante das Düsseldorfer Unternehmen lange Zeit den Nachfolger des türkischen „Altay“-Kampfpanzers zu bauen – auch noch nach der völkerrechtswidrigen Invasion in Nordsyrien mittels „Leopard“-Panzern. Im Herbst 2016 ging der „Rheinmetall“-Konzern dafür extra ein Joint Venture mit dem türkischen Waffenbauer BMC ein. Die politische Lage – besonders auch der Fall des deutschen Journalisten Deniz Yücel – führten jedoch dazu, dass „Rheinmetall“ offiziell angibt, das Geschäft heute nicht mehr zu verfolgen. Ganz herausgezogen hat sich der Konzern aus dem Joint Venture aktuell aber noch nicht.

Immer wieder ist „Rheinmetall“ auch in Schmiergeldaffären verwickelt: Ende 2014 hatte die Firma wegen der Bestechungen griechischer Beamter 37 Millionen Euro Strafe zahlen müssen. Anklage gegen fünf ehemalige Mitarbeiter des Rüstungskonzerns wurde dennoch erhoben. Und der nächste Skandal ist schon absehbar: Am 18. Dezember 2018 fuhr ein neuer „Lynx KF41“-Schützenpanzer von „Rheinmetall“ in der jährlichen Militärparade in Doha, der Hauptstadt Katars, mit – ein Werbeauftritt, um den Panzer bald an das katarische Regime zu verkaufen. Katar steht im Verdacht, islamistische Terrororganisationen wie den „Islamischen Staat“ und die „Taliban“ zu unterstützen. Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist in dem Land massiv eingeschränkt. Zudem steht Katar seit einigen Jahren im Konflikt mit dem Nachbarstaat Saudi-Arabien – auch ein Krieg zwischen den hochgerüsteten Staaten ist möglich. „Rheinmetall“-Waffen wären dann auf beiden Seiten im Einsatz.

Proteste: Von Kassel nach Unterlüß

„Rheinmetall“ verkauft an jeden. Die skrupellose Geschäftstätigkeit des Unternehmens führt aber auch zu Kritik – sowohl in den Medien als auch von Friedensaktivistinnen und -aktivisten. Bereits seit vielen Jahren wird die Hauptversammlung der Aktiengesellschaft in Berlin von Protesten begleitet. Während draußen meist hunderte Menschen lautstark und kreativ – vor zwei Jahren war sogar ein realer „Leopard“-Panzer in die Protestaktionen eingebunden – ihre Meinung kundtun, werden drinnen von kritischen Aktionärinnen und Aktionären Fragen gestellt und dadurch neue, wichtige Informationen gesammelt. Die kritischen Fragen nehmen auf der Hauptversammlung immer mehr Raum ein. Die letzte Jahreshauptversammlung fand ausgerechnet am 8. Mai 1945, dem Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, statt. Dies wollten einige Protestierende zum Anlass nehmen, ein Transparent mit der Aufschrift „8. Mai 1945: Damals wie heute – War starts here, let's stop it here“ zu entrollen. Sie wurden jedoch durch einen massiven Polizeieinsatz daran gehindert und kurzzeitig festgenommen. Zwei der Aktivist*innen wurden daraufhin mit einer absurd hohen Geldstrafe in Höhe von 15.000 Euro wegen „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte“ bedroht. Am 18.



Proteste vor der Zentrale der Rheinmetall AG, Düsseldorf. Quelle: Lunabonn / CC BY-SA 3.0

März 2019 fand vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten die Gerichtsverhandlung zu diesem Fall statt. Das Verfahren gegen die beiden Kriegsgegner wurde gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt.²

Die RüstungsgegnerInnen lassen sich nicht einschüchtern. So gibt es immer wieder Direkte Aktionen: Am Standort Kassel, wo „Rheinmetall“ unter anderem den Schützenpanzer „Puma“ für die Bundeswehr produziert und zukünftig wohl auch den „Lynx KF41“ fertigen wird, kam es im September 2018 zu mehrstündigen Sitzblockaden vor den Einfahrtstoren – der Betriebsablauf wurde gestört. In der Stadt gibt es immer wieder direkte Protestaktionen, sowohl gegen „Rheinmetall“ als auch gegen „Krauss-Maffei Wegmann“, die gleich an mehreren Orten in Kassel Panzer und andere Waffen bauen. Auch die Firmenzentrale in Düsseldorf wird jedes Jahr Ziel von Protesten – oft sogar mehrfach.

2018 gab es in Unterlüß erstmals ein „Rheinmetall entwaffnen“-Camp, das nächste findet im September 2019 statt.³ In dem 3.500-EinwohnerInnen-Dorf produziert Rheinmetall Munition und betreibt den größten privaten Schießplatz Europas. Während des Camps gab es mehrere Blockaden der Einfahrten und eine Demo mit über 400 TeilnehmerInnen und Teilnehmern – vor allem das kurdische Spektrum war dabei und ist bei den Protesten gegen „Rheinmetall“ allgemein gut vertreten.

Auch in anderen Ländern regt sich gegen den deutschen Waffenbauer Widerstand. Wegen der über Sardinien laufenden Bombenexporte an Saudi-Arabien hat ein Bündnis von Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten aus Deutschland, Italien und dem Jemen 2018 in Rom Strafanzeige gegen „Rheinmetall“ eingereicht. Die Ermittlungen laufen. Und bereits seit 2016 gibt es vor der „Rheinmetall“-Fabrik auf Sardinien immer wieder Blockaden und Demonstrationen – der Protest gegen das Unternehmen ist international.

Fusionspläne: Auf dem Weg zum Großkonzern

„Rheinmetall“ spürt den Gegenwind. Die Blockaden tangieren die Produktion, und die Proteste im Rahmen der Hauptversammlung treffen sogar die Vorstände der Aktiengesellschaft. Eine Gegenstrategie – auch um politischen Einflüssen aus Deutschland zu entgehen – ist die schon betriebene Abwicklung von Aufträgen über das Ausland: Bei den „Mark 83“-Bomben von „Rheinmetall Denel Munition“ funktioniert dieser Weg aktuell über Italien. Auch in Südafrika lässt der deutsche Konzern Waffen und Munition produzieren, um von

den vergleichsweise lockeren Rüstungsexportrichtlinien zu profitieren.

Diese Strategie könnte auch einer von vielen Gründen sein, warum „Rheinmetall“ gerade versucht, den als Familienunternehmen organisierten zweiten großen deutschen Panzerbauer KMW zu übernehmen: Dadurch würde sich das Unternehmen mit einem Gesamtumsatz von über 5 Mrd. Euro auf Platz 15 der weltgrößten Rüstungskonzerne katapultieren!

Eine solche Übernahme hätte aus Sicht von Rheinmetall eine Reihe von „Vorteilen“. Nicht zuletzt war KMW 2015 ein Joint-Venture mit dem staatlichen französischen Rüstungsbetrieb „Nexter Systems“ eingegangen. Das gemeinsame Unternehmen mit dem Namen KNDS hat seinen Sitz in Amsterdam und soll den Nachfolger des „Leopard 2“ sowie des französischen Kampfpanzers „Leclerc“ bauen, ein Riesenprojekt mit einem geschätzten Gesamtumsatz von bis zu 100 Mrd. Euro.

Das Ziel von Rheinmetall scheint ganz offensichtlich darin zu bestehen, sich durch eine Übernahme von KMW auch die Kontrolle über KNDS und damit über den künftigen „Leclerc“ zu sichern, wie in den Medien teils sehr offen berichtet wird: „Es geht um den 50-Prozent-Anteil von KMW an der deutsch-französischen Rüstungsholding KNDS, die zur anderen Hälfte dem französischen Staatsunternehmen Nexter gehört. Beide Firmen haben ihre Geschäfte in diese Holding eingebracht – kauft Rheinmetall den KMW-Anteil komplett, würde es den Münchner Konzern schlucken. [...] Würde Rheinmetall bei KNDS einsteigen, würde die deutsche Seite in dem Gemeinschaftsunternehmen wesentlich gestärkt. Branchenexperten zufolge könnte Rheinmetall auf lange Sicht eigenes Geschäft in die Holding einbringen, wodurch der Anteil der Düsseldorfer auf bis zu 75 Prozent steigen könnte.“⁴

Nachdem sich die französische Seite anfänglich gegen den Rheinmetall-Einstieg gestraubt hatte, meldete das Handelsblatt Ende Mai 2019: „Beim Panzer zeigen die Franzosen nun Bereitschaft, Rheinmetall die Teilnahme zu ermöglichen.“⁵ Das ist aus Sicht des Konzerns allein deshalb schon hoch erfreulich, weil der Großauftrag für einen neuen Kampfpanzer wohl auch zahlreiche Exporte in andere Länder nach sich ziehen dürfte, die dann über die Niederlande oder Frankreich laufen könnten. Das weckt Begehrlichkeiten bei „Rheinmetall“, das immer wieder die anscheinend zu scharfen deutschen Rüstungsexportrichtlinien kritisiert - Anfang des Jahres drohte das Unternehmen der Bundesregierung sogar damit, sie wegen Umsatzausfällen bei den Geschäften mit Saudi Arabien auf Schadenersatz zu verklagen.

Der Einstieg bei KNDS öffnet hier eine Exportoption unter Umgehung der deutschen Vorschriften. Denn die Bundesregierung hat Frankreich kürzlich bei gemeinsamen Rüstungsprojekten umfassende Freiheiten für den Verkauf an Drittländer zugesichert. In dem Vertrag mit dem Titel „Deutsch-französische Industriekooperation im Verteidigungsbereich – gemeinsames Verständnis und Prinzipien über Verkäufe“, einem Zusatzabkommen zum im Januar 2019 von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Emmanuel Macron unterzeichneten „Vertrag von Aachen“, heißt es: „Die Parteien werden sich nicht gegen einen Transfer oder Export in Drittländer stellen“ – für „Rheinmetall“ heißt das, sich verstärkt nach Frankreich zu orientieren, um unter das für sie günstigere französische Waffenexportrecht zu fallen.

Neben den Exporten über andere Länder hat man die heimischen Standorte trotz der Proteste und immer engeren Rüstungsexportrichtlinien noch nicht aufgegeben und versucht, Einfluss auf die deutsche Regierungspolitik zu nehmen: Mit Ex-Verteidigungsminister Franz Josef Jung hat man sich 2017 einen erfahrenen Politiker mit guten Kontakten in den Aufsichtsrat geholt. Bereits seit 2015 ist der ehemalige FDP-Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel „Rheinmetall“-Cheffloobbyist. Zumindest die Exportsituation in Deutschland konnten die Lobbyisten nicht verbessern.

Fazit

Durch seine skrupellosen Geschäftspraktiken gibt es nicht nur aus traditionell rüstungskritischen Kreisen Kritik an „Rheinmetall“ – Waffenexporte oder Pläne dafür werden von den Medien immer wieder kritisch aufgegriffen und skandalisiert. Auch die Proteste sorgen immer wieder für Medienaufmerksamkeit und setzen die Politik unter Druck – ohne sie wäre es nach dem Kashoggi-Mord wohl nicht zu einem Exportstopp

nach Saudi-Arabien gekommen. Das Ausweichen ins Ausland – um über andere Länder Rüstungsexporte abzuwickeln – ist ebenfalls ein Zeichen für den Erfolg der Friedens- und antimilitaristischen Bewegung.

Dennoch läuft es für „Rheinmetall“ wirtschaftlich aktuell gut: Der Gewinn des Unternehmens steigt, die Auftragslage ist – auch wegen der massiven Aufrüstung der Bundeswehr und anderer NATO-Armeen – sehr gut. Und noch funktioniert die Strategie des Ausweichens ins Ausland. Für die Bewegung gegen Rüstungsexporte muss es also lauten, sich zu internationalisieren: Mit dem 2018 gegründeten Netzwerk „Global Net—Stop the Arms Trade“ könnte das geschehen. Zudem sind einzelne aktive Organisationen bereits gut international vernetzt, wie das Verfahren in Italien zeigt. Es gilt, weiter hartnäckig zu bleiben und allorts kreativ gegen „Rheinmetall“ vorzugehen.

Anmerkungen

- 1 Rheinmetall macht Schwäche im Autogeschäft wett, *Westfälische Nachrichten*, 09.05.2019.
- 2 Siehe dazu: Prozess gegen Kriegsgegner eingestellt, in: *Neues Deutschland*, 18.3.2019; 15.000 € für ein Transparent gegen Rheinmetall: <https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org>
- 3 Termin: Unter dem Motto „Rheinmetall entwaffnen – Krieg beginnt hier“ wird es vom 1. bis 9. September 2019 wieder ein Camp in Unterlüß geben. Infos: <https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/post/2019/01/21/camp-2019/>
- 4 Rheinmetall will bei Krauss Maffei ans Steuer, *Westfälische Nachrichten*, 13.03.2019. Siehe auch: „[Rheinmetall] strebt [...] die Mehrheit an der deutsch-französischen Holding KNDS an, in der die Anteile von KMW und Nexter gebündelt sind. Als Minderheitsseigner wäre der Einfluss der Franzosen geringer als bisher.“ (Europäische Rüstungsprojekte stellen Deutschland und Frankreich vor neue Herausforderungen, *Handelsblatt*, 24.04.2019)
- 5 Die europäische Armee wird konkret, *Handelsblatt*, 15.05.2019.

Zu Besuch bei Rheinmetall – Ein Erfahrungsbericht

Im Mai 2019 besichtigte ich im Rahmen eines Uni-Seminars die Rheinmetall-Niederlassung in Oberndorf. Von den dort erlebten Eindrücken handelt der folgende Kurzbericht.

Schon bei der Begrüßung versuchte der Werksleiter Peter Stonawski mit Sprüchen und Witzeleien („Willkommen bei den Bösen“) einen lockeren, offenen Eindruck zu vermitteln. Er habe keine Angst vor schwierigen Fragen und arbeite mit Überzeugung bei Rheinmetall. Nach vielen Jahren Dienst bei der Bundeswehr und einigen Auslandseinsätzen als Oberstleutnant wisse er, wie wichtig gute Ausrüstung zum Schutze der „eigenen Soldaten“ sei. Seine Sichtweise: Rheinmetall sei ein „ganz normaler metallverarbeitender Betrieb mit besonderen Produkten“. Militäreinsätze seien immer politisch gerechtfertigt, Rüstungsangelegenheiten Sache des Staates, nicht der Industrie – und somit demokratisch legitimiert. Rheinmetall bewege sich nur innerhalb der von der

Politik vorgegebenen Handlungsspielräume und trage folglich keine Verantwortung für die eigenen Produkte.

Die wahren Übeltäter sieht er nebenan bei Heckler & Koch. Deren Kleinkaliberwaffen ließen sich im Gegensatz zu den Kanonen von Rheinmetall bei Exporten kaum wirkungsvoll kontrollieren. Den Export der eigenen Waffen sieht er jedoch weniger kritisch. Limitierungen wie der Exportstopp nach Saudi-Arabien werden als störende „nationale Befindlichkeiten“ wahrgenommen, die Kooperationsprojekte gefährden und die deutsche Rüstungsindustrie für ausländische Kunden unattraktiv machen. Auch europäische Partner werden durch die „deutsche Moral“ abgeschreckt.

Der bei der Einführung vermittelte Eindruck, offen und transparent wirken zu wollen, setzte sich bei der Führung durch die Fertigungshallen fort. Neben unserem Uni-Seminar wurden noch andere Gruppen durch die Fabrik geführt, darunter auch Bundeswehroffiziere in Uniform.

Auf den ersten Blick schien sich das Unternehmen nicht stark von anderen schwäbischen Mittelstandsunternehmen zu unterscheiden. Allerhand große Maschinen zum präzisen Vermessen, Fräßen, Drehen und Ziehen von Einzelteilen. Dazwischen Angestellte und Azubis, die zum Mittag mit „Mahlzeit“ grüßen, vereinzelt Kalender mit leicht bekleideten Frauen und die ein oder andere Deutschlandfahne.

Die Endprodukte, voll automatische Maschinenkanonen, die bspw. im Schützenpanzer „Puma“ oder im Kampfflugzeug „Tornado“ zum Einsatz kommen, wurden erst bei der Endmontage deutlich erkennbar. Die Distanz von den Endprodukten und ihren tödlichen Folgen schien auch im Sprachgebrauch durch. So wurden Waffen zu „Wirkssystemen“, Gegner zu „bewaffneten Hindernissen“.

Mario Pfeifer

Militarisierung durch Spitzensport

Die Spitzensportförderung der Bundeswehr (Teil I)

von Lisa Klie

Februar 2019, der amerikanische Superbowl ist gerade vorbei. Es war wieder einmal ein Schauspiel militärischer Präsenz, bezahltem Patriotismus und fortlaufender Akzentuierung der Tätigkeiten des amerikanischen Militärs, welches allein zwischen 2012 und 2015 53 Millionen USD in Marketing und Werbeverträge mit Sportverbänden investierte, 10 Millionen gingen dabei an die National Football League.¹ Die starke Verbindung zwischen Militär und Sport, wie sie beim Highlight-Event des amerikanischen Football zu sehen ist, ist allerdings längst auch in der deutschen Spitzensportkultur keine Seltenheit mehr.

Gerade die Olympischen Spiele werden zunehmend zu „Militärfestspielen“ – Grund dafür ist unter anderem der vermehrte Einsatz der SportsoldatInnen der Bundeswehr. Bei den Winterspielen in Pyeongchang 2018 waren 60 von 154 TeilnehmerInnen SportsoldatInnen. Die Spitzensportförderung der Bundeswehr dominiert bei den verschiedenen Förderungsmöglichkeiten und sorgt für anhaltende Diskussionen seit der Implementierung des Spitzensports in die Bundeswehr.

Diese Studie möchte aufzeigen, wie eng der deutsche Spitzensport mit dem Militär verbunden ist und wie die Bundeswehr den Sport als Rekrutierungsmedium benutzt. Dabei wird der Frage nachgegangen, inwieweit die Auswirkungen der Spitzensportförderung und deren Defizite eine Militarisierung forcieren. Im hier veröffentlichten ersten Teil wird es dabei nach einer kurzen historischen Einordnung vor allem um die wichtigsten Elemente und Probleme der Bundeswehr-Sportförderung gehen.

HISTORISCHE EINORDNUNG

Heute gehört die Bundeswehr zur größten Einrichtung der staatlichen Sportförderung. Nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch versuchte man, den Sport und das Militär voneinander zu distanzieren. Aufgrund der starken Verbundenheit zwischen Militär, Sport und Nation während des Nationalsozialismus wurden diese in der Zeit danach vorerst getrennt. Allerdings ist zu erkennen, dass sich schon ab den 1960er Jahren die Vorstellung zur Verbindung von Sport und Bundeswehr veränderte. Bis heute legitimiert sich die Bundeswehr mit ihrer Spitzensportförderung auf Grundlage eines Beschlusses des Bundestages von 1968, „mit dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, »zur Förderung von Spitzensportlern bei der Bundeswehr Fördergruppen einzurichten, die so weit wie möglich an Leistungszentren der Sportverbände angelehnt werden sollten«. Auf dieser Grundlage wurden durch das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) nach gemeinsamen Beratungen mit dem damaligen Deutschen Sportbund und dem Bundesministerium des Innern (BMI) in 1971 erstmalig »Regelungen für die Spitzensportförderung in der Bundeswehr« herausgegeben. Im Jahr 1992 wurden die Sportfördergruppen der Bundeswehr auch für Frauen geöffnet. Seit November 2013 gibt es zudem eine Rahmenvereinbarung mit dem Deutschen

Behinderten Sportverband. Auf dieser Grundlage förderte die Bundeswehr (Stand: September 2016) zwei aussichtsreiche zivile Sportler mit Handicap.“²

Durch die Entscheidung 1968 wurde „die Integration der Sportförderung der Bundeswehr in das System des organisierten Hochleistungssports im

DSB markiert [...] Die systematische militärische Sportförderung, die es auch in Armeen anderer Staaten gibt [...] hat bei der Bundeswehr Anfang des 21. Jahrhunderts den Umfang von insgesamt 25 Sportfördergruppen erreicht“³.

Im Zuge der Spitzensportförderung wurden in den 1960er Jahren zunächst Sportzentren für den Modernen Fünfkampf und Biathlon errichtet, da diese Sportarten militärische Elemente beinhalten. Jedoch distanzierte man sich zunächst von den olympischen Sportarten, da die Bundeswehr sich nicht in der Rolle eines Vereins sah. Erst als das Internationale Olympische Komitee (IOK) beschloss, die Olympischen Spiele 1972 in München stattfinden zu lassen, wurde die staatliche Förderung des Leistungssports intensiviert. Dazu beigetragen hat ohne Zweifel, dass man sich von sportlichem Erfolg bei den Olympischen Spielen im eigenen Land politisches Ansehen erhoffte.⁴

SPORTSOLDATINNEN

SportsoldatInnen können sich diejenigen Bundeswehrangehörigen nennen, die aufgrund ihrer Anstellung bei der Bundeswehr für ihre sportliche Leistung vom Staat entlohnt werden. Sie können sich durch die Förderung der Bundeswehr für Olympia und andere internationale Meisterschaften qualifizieren und werden dabei durch ihre jeweiligen Sportverbände nominiert.

Das Modell der SportsoldatInnen wird besonders von staatlicher Seite als positiv bewertet, da die Bundeswehr hierdurch einen großen Beitrag zur Spitzensportförderung in Deutschland leistet: „Diese ist von öffentlichem Interesse, denn Sport hat einen hohen gesellschaftspolitischen Wert – vor allem in gesundheitlicher und sozialer Hinsicht. Spitzensportler werden hier als Vorbilder und Botschafter ihrer Sportart wahrgenommen. Nach außen repräsentieren sie die Bundesrepublik Deutschland. Schließlich wird das Bild Deutschlands in der Welt auch durch das Auftreten seiner Athleten bei internationalen Wettkämpfen geprägt.“⁵

Allerdings gibt es ebenso Kritik am Modell der SportsoldatInnen. Im Vordergrund stehen hierbei die fehlende Förderung der beruflichen Perspektiven der AthletInnen, die mangelnden Alternativen in der Spitzensportförderung und die Verharmlosung der Bundeswehr. Eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zur Spitzensportförderung durch die Bundeswehr vom 17. Januar 2019 verweist ebenfalls auf verschiedene Artikel⁶ zur Kritik am Modell der SportsoldatInnen. Diesbezüglich äußerte sich die Bundesregierung in ihrer Antwort, dass die Laufbahnausbildung im Spitzensport flexibilisiert wurde, indem die Basisgrundausbildung von 6 Wochen auf 4 Wochen und die Ausbildung zum Feldwebel von 8 auf 4 Wochen verkürzt wurde. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, als TrainerIn in der Bundeswehr übernommen zu werden.⁷

Für die Aufnahme in die Sportförderung der Bundeswehr gelten bestimmte Voraussetzungen. Ein Votum des jeweiligen

Sportverbandes und die Bereitschaft SoldatIn zu werden, sind Bedingung für die zeitlich beschränkte Anstellung als SportsoldatIn.⁸ Zudem gibt es eine Einteilung in olympische Sportarten und nicht-olympische Sportarten. Bei den olympischen Sportarten erfolgt eine Auswahl durch die Top-Team-Kader des DOSB, sowie bei den Angehörigen der Nationalmannschaften in den Bundeskader A, B, C und D/C. Bei den nicht-olympischen Sportarten erfolgt die Auswahl aus dem Bundeskader A, B und C. Es erfolgt außerdem bei einer Aufnahme in die Bundeswehr eine Festlegung der erforderlichen Maßnahmen, wie militärische Ausbildung, Dienstantrittsbeginn und Abfolge.⁹

Die erste Aufnahme in die Bundeswehr als SportsoldatIn erfolgt meist als freiwillige Wehrdienstleistende mit einer Dauer von 11 Monaten. Nach einer militärischen Grundausbildung an der Schule für „Feldjäger und Stabsdienst der Bundeswehr“ in Hannover werden die SportsoldatInnen in ihre vorgesehene Sportfördergruppe versetzt. Dort erfolgt neben der sportlichen Vorbereitung auch eine Aus-, Fort- und Weiterbildung des militärischen Diensts. Für eine zeitlich intensivere Sportförderung verpflichten sich die SportlerInnen oftmals als SoldatIn auf Zeit für weitere zwei Jahre. Dabei wird das Einverständnis der SportlerInnen vorausgesetzt, an der Ausbildung zum Feldwebel-Truppendienst teilzunehmen. Zudem sei eine Ernennung als BerufssoldatIn auch als SportlerIn möglich.¹⁰ In der Bundeswehr ist eine sportliche Förderung demnach nur möglich, wenn man auch den militärischen Dienst antritt.

Die Entwicklungen der Symbiose zwischen den Sportverbänden und der Bundeswehr, besonders hinsichtlich der Finanzierung und Bereitstellung der Leistungszentren, führen zu einer signifikanten Abhängigkeit der SpitzensportlerInnen von der Sportförderung der Bundeswehr, „entsprechend betonen Vertreter der Sportverbände deren herausragende Bedeutung. Hinsichtlich der Nordischen Ski-Weltmeisterschaften hieß es beispielsweise: »Ohne die Bundeswehrsoldaten wäre die Weltmeisterschaft im eigenen Land zum Nullsummenspiel geworden«¹¹. Ebenso fällt die starke Fokussierung auf die Erfolge der BundeswehrsoldatInnen bei den Olympischen Spielen auf. So widmet die Bundesregierung in ihrem Sachstand 2018 zur Spitzsportförderung der Bundeswehr einen Abschnitt den Erfolgen der SportsoldatInnen.¹² Es finden sich in der Teilnahmeliste der einzelnen Olympischen Spiele eine Anzahl der gewonnen Medaillen der SoldatInnen. Auch auf der Seite der Bundeswehr wird der Fokus auf die erbrachten Leistungen der SportsoldatInnen im Vergleich zu den SpitzensportlerInnen, die nicht in der Bundeswehr sind, gelegt. So sind rund 45% der Medaillen der deutschen OlympiateilnehmerInnen an SportsoldatInnen gegangen und mehr als 50% bei den Olympischen Winterspielen.¹³ An der Medaillenzahl im Vergleich zu SportlerInnen außerhalb der Bundeswehr fällt auf, dass der Erfolg der Bundeswehr signifikant ist. Dieser ist vor wegen des enormen Finanzetats möglich, wie er zivilen Sponsoren in demselben Ausmaß nicht möglich ist.

Die Bundeswehr-Sporteinheiten legen ihren Fokus auf eine hohe Wettkampfausrichtung, weshalb SportsoldatInnen sich meist dem Druck ausgesetzt sehen konstant Top-Leistungen zu erbringen, damit ihr Vertrag erneuert wird.¹⁴ Als SpitzensportlerIn bleibt zudem meist keine Zeit sich außerhalb des Sports ausreichend mit einer Ausbildung oder einem Studium zu beschäftigen. Mit ungefähr 2-3 Trainingseinheiten pro Tag an 200 Tagen im Jahr¹⁵ verdienen Sportsoldaten brutto durchschnittlich 2594,89 Euro.¹⁶ Daran anschließend lässt sich auf den ersten Kritikpunkt am Modell der SportsoldatInnen zu sprechen kommen.

ZAHLEN UND FAKTEN

827 Dienstposten werden in der Bundeswehr zur Spitzensportförderung vergeben.

744 Förderplätze – davon (Stand 2019) mit 692 SportlerInnen besetzt (255 Frauen / 437 Männer) – werden durch den DOSB an die Bundeswehr vergeben. 48 TrainerInnen (2 Frauen / 46 Männer) und 13 PhysiotherapeutInnen (3 Frauen / 10 Männer) besetzen die restlichen Förderplätze¹.

40 Dienstposten werden für nicht-zivile Militärsportarten (Militärischer Fünfkampf, Maritimer Fünfkampf, Fallschirmsportspringen) aufgewendet.

Die Spitzensportförderung erfolgt in **15 Sportfördergruppen**.

43 Stellen (10 Frauen / 33 Männer) hat das Führungspersonal der Sportfördergruppen inne.

Insgesamt gibt es **1200 staatliche Stellen** zur Spitzensportförderung in der Bundeswehr, der Bundes- und Landespolizei und dem Zoll.

Der finanzielle Aufwand und Umfang der Sportförderung der Bundeswehr beträgt 2019 **35.874 Mio. Euro**.

Der Anteil der Bundeswehrangehörigen stieg seit 1992 an und beträgt heute: **30% bei den Olympischen Sommerspielen** und **59% bei den Olympischen Winterspielen**.²

Anmerkungen

- 1 Wer hier richtig rechnet: Es werden insgesamt 753 Förderplätze vergeben, obwohl die Zielgrenze 2012 auf 744 festgelegt wurde.
- 2 Deutscher Bundestag: Sachstand. Spitzensportförderung der Bundeswehr (2018). Wissenschaftliche Dienste 2 – 3000 – 024/18. Und Antwort der Bundesregierung: Spitzensportförderung durch die Bundeswehr (2019). Drucksache: 19/7994.

#karriereförderung

Ein weit verbreiteter Kritikpunkt an der Spitzensportförderung der Bundeswehr besteht darin, dass die SpitzensportlerInnen nicht genug auf den Arbeitsmarkt vorbereitet werden. Vor allem bis 2017 gab es in diesem Bereich enorme Kritik.

In einem Artikel der ZEIT von 2012 kritisierte Wolfgang Maenning, Olympiasieger von 1988 und Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Hamburg, dass den meisten BundeswehراثletInnen keine berufliche Zukunftsperspektive ermöglicht werde. Deshalb komme es dazu, dass junge SportlerInnen sich nicht intensiv mit der Frage nach einer Ausbildung und einem Studium beschäftigen. Das Argument, dass SportsoldatInnen nur „rumhängen“ würden, trug bis 2017 zum anhaltenden Diskurs bei, ob sich das Modell der SportsoldatInnen lohne und ob eine berufliche Förderung der SportlerInnen ermöglicht werden kann. Maenning forderte damals schon ein Umdenken bei der Karriereförderung durch die Bundeswehr. Dabei schlug er auch vor, die Spitzensportförderung bei der Bundeswehr abzuschaffen und sie dem DOSB zu übertragen.¹⁷ Die fehlende berufliche Absicherung ist vor allem bei der Spitzensportförderung der Bundeswehr gegeben. Die Bundespolizei und der Zoll übernehmen einen größeren Anteil ihrer AthletInnen, da eine verlängerte Ausbildung als SpitzensportlerIn ermöglicht wird. Bei der Bundeswehr fehle es den SportsoldatInnen jedoch an einer Spezialisierung. Es würden pro Jahr ein oder zwei SportlerInnen als BerufssoldatInnen übernommen werden.¹⁸ Auf die Frage wie viele SportlerInnen insgesamt nach Beendigung ihrer aktiven sportlichen Lauf-



bahn bei der Bundeswehr geblieben sind, antwortet die Bundesregierung: „Aktuell dienen fünf SpitzensportlerInnen und 33 Spitzensportler im Status einer Berufssoldatin und eines Berufssoldaten in der Bundeswehr.“¹⁹

Relevant ist allerdings nicht, dass die Bundeswehr mehr SportlerInnen als SoldatInnen rekrutiert, sondern, dass es den SportlerInnen selbst innerhalb der Bundeswehr – dem größten Spitzensportförderer Deutschlands – an beruflichen Perspektiven fehlt.

Mit Maximilian Hartung als Vertreter der Athletenkommission wurde die Kritik an der Karriereförderung durch die Bundeswehr deutlich. In einem Interview der FAZ sagte der ehemalige Sportsoldat: „Ich gehe grundsätzlich davon aus, dass Athleten ihr Bestes geben und erfolgreich sein wollen. Aber ich halte die Bundeswehr nicht für ein besonders gutes Instrument der Sportförderung. Bei der Polizei, in den Ländern und beim Bund erhalten die geförderten Athleten eine Berufsausbildung und haben die Aussicht, nach dem Sport übernommen zu werden. Bei der Bundeswehr ist dies generell nicht der Fall. Bei Kosten von rund fünfzig Millionen Euro sind die Stellen bei der Bundeswehr der größte Baustein für die direkte Förderung von Athleten. Ich bin überzeugt, dass man das Geld intelligenter und fairer einsetzen kann.“²⁰

Obwohl die Kritik an der Karriereförderung deutlich ist, wird seitens der Bundeswehr davon gesprochen, dass SportlerInnen nach Karriereende nicht in ein soziales Loch fallen würden und alle eine berufliche Perspektive hätten.²¹

Die Neuausrichtung der Bundeswehr durch das Nachwuchsleistungskonzept 2020 des DOSB verspricht eine Beratungsstelle für Karrieremöglichkeiten innerhalb der Bundeswehr durch spezielle Karrierezentren, die Entwicklung eines Bachelorstudiengangs für SportsoldatInnen an der Bundeswehruniversität München und die Einrichtung sportbezogener Dienstposten zur Verbesserung der Weiterbeschäftigung von SpitzensportlerInnen innerhalb der Bundeswehr.²² Gleichzeitig beinhaltet das Konzept des DOSB Verbesserungen der Karriereförderungen von SpitzensportlerInnen, die nicht Teil der Bundeswehr sind. Hierbei liegt der Fokus jedoch auf jugendlichen LeistungssportlerInnen, denen Praktika und FSJ im Bereich des Sports ermöglicht werden sollen, sowie eine Verbesserung im Zugang zu Eliteschulen des Sports. Neben der Möglichkeit eines Studiums, welches nicht aktiv den Spitzensport fördert, verweist



der DOSB für berufliche Perspektiven auf Bundeswehr, Bundespolizei und Zoll.²³ Deutlich wird selbst beim Konzept für 2020, dass zwar Verbesserungen im Bereich der beruflichen Karriere innerhalb der Bundeswehr vorgesehen sind, allerdings die mangelnde Förderung für Studierende, die keine Karriere in der Bundeswehr anstreben, weiterhin ein Problem des Spitzensports darstellt. Lediglich ein Studium im Rahmen der Bundeswehruniversität München wird jungen SportlerInnen zukünftig ermöglicht, welche allerdings keine Alternative zu anderen Universitäten darstellt.

#alternativlosigkeit

Die fehlende Förderung abseits der Armee wirft die Frage auf, ob es den SpitzensportlerInnen an einer Alternative zur Bundeswehr mangelt. Die Frage lässt sich mit teils-teils beantworteten und im Folgenden wird erklärt, warum einerseits genügend Alternativen bestehen, andererseits jedoch diese Alternativen kaum attraktiv sind.

Wie man als SpitzensportlerIn zur Armee kommt, wurde bereits erläutert. Abseits der Bundeswehr stehen den SpitzensportlerInnen durch den DOSB Partnerhochschulen zur Verfügung, an denen neben höherer Semesteranzahl für einen Studiengang auch ein Nachteilsausgleich und eine Quotenregelung eingeführt wurden. Zudem gibt es ein Förderangebot der Stiftung Deutsche Sporthilfe, die unter anderem mit dem Deutsche Bank Sportstipendium eine duale Karriere zum Spitzensport unterstützt, welches monatlich 400€ umfasst. Zusätzlich wird auf Landesebene ebenfalls durch Sporthilfen und Stiftungen eine Unterstützung ermöglicht. Zudem wird durch die Stiftung Deutscher Sporthilfe die Initiative „BMI-Sprungbrett“ des Bundesministeriums des Innern beworben. Hierbei werden bis zu 50 erfolgreiche AthletInnen mit 1000€ pro Monat finanziell unterstützt, wenn sie nach Abschluss ihrer Leistungssportkarriere eine Weiterqualifikation anstreben, der sie aufgrund zeitintensivem Sport nicht nachgehen konnten.²⁴

Förderung abseits der Bundeswehr ist demnach vorhanden. Jedoch steht den StipendiatInnen deutlich weniger Geld zur Verfügung als SportsoldatInnen. Da bestimmter Leistungssport mit hohen Ausgaben verbunden ist, ist die finanzielle Unterstützung ein erheblicher Grund, weshalb sich SpitzensportlerInnen für die Bundeswehr entscheiden. In dem Diskurs über Studium

und Berufsausbildung neben dem Leistungssport heißt es unter anderem, dass „immer mehr Sportlerinnen und Sportler ein Sportstipendium im Ausland (meist USA) an[nehmen], weil sie dort deutlich bessere Bedingungen für die Verknüpfung von Studium und Spitzensport vorfinden [...]“. Hierzulande scheint dies manchen Spitzensportfunktionären und Bundestrainern ein Dorn im Auge zu sein. Statt das Potenzial und die Erkenntnisse der im Ausland lebenden Athleten zu nutzen, wird gern gegen diese Sportler agiert²⁵. Obwohl die Anzahl an Studierenden unter SpitzensportlerInnen deutlich zugenommen hat (Atlanta (1996): 25%, Peking (2008): 37%, London (2012): 42%), wird eine Implementierung von Sportstipendien an Universitäten und Hochschulen kaum gefördert.²⁶

Im anhaltenden Diskurs über Fördermöglichkeiten von SpitzensportlerInnen ist allerdings auffallend, dass bei Gesprächen von Förderung abseits der Bundeswehr die Universitäten im Vordergrund stehen. Eine Verbesserung der Möglichkeit, einen Ausbildungsberuf neben der sportlichen Karriere zu erlernen, ist nicht in Sicht, dabei muss bedacht werden, dass nicht alle SportlerInnen einen Hochschulabschluss haben und anstreben, weshalb eine sportliche Förderung in Ausbildungsberufen ebenfalls angestrebt werden sollte.

Gesa Felicitas Krause dient heute als Gesicht der SportsoldatInnen der Bundeswehr. Ihr sportlicher Erfolg, ihre Karriere bei der Bundeswehr und selbst ihr Geschlecht dienen als Vorzeigesymbol der Truppe. In einem Interview auf bundeswehr-entdecken sagt sie: „Nach dem Abi habe ich mich dafür entschieden, den Sport professionell zu betreiben. Ich bin bei den Olympischen Spielen Achte geworden und habe danach überlegt, ein Studium anzufangen, aber das war Vollzeit mit dem Sport nicht zu vereinbaren. Da hat mein Trainer mir vorgeschlagen, ob ich nicht zur Bundeswehr gehen möchte.“²⁷ Die 3.000 Meter Hindernisläuferin ist Frau (!) Hauptgefreiter (die Dienstgradbezeichnung wird von der Bundeswehr nicht angepasst und bleibt männlich) und das „Brutto-Einkommen der Spitzensportlerinnen und Spitzensportler in der Spitzensportförderung der Bundeswehr richtet sich nach dem Dienstgrad von 2258,66 Euro als Gefreiter bis zu 2931,12 Euro als Hauptfeldwebel“²⁸. Der Faktor Finanzierung kann deshalb nicht vernachlässigt werden. Die Bundeswehr wirbt damit, der größte Sportförderer in Deutschland zu sein. Zugespielt lässt sich allerdings sagen, dass dies vor allem aufgrund fehlender Alternativen der Fall ist.

#gender(un)gleichheit

Es ist allgemein bekannt, dass Frauen in der Bundeswehr deutlich unterrepräsentiert sind. Doch auch in der Spitzensportförderung der Bundeswehr werden Frauen deutlich weniger unterstützt als ihre männlichen Kollegen. Von den zur Verfügung gestellten 692 Förderplätzen für SpitzensportlerInnen gehen gerade mal 255 an weibliche Spitzensportlerinnen (Stand 2019). Es handelt sich dabei um eine Frauenquote von aufgerundet 37%. Außerdem werden Förderplätze an TrainerInnen und PhysiotherapeutInnen vergeben. Doch gerade einmal 2 von 48 Stellen sind bei den TrainerInnen von Frauen besetzt. Das sind nicht einmal 4,2%. Bei den PhysiotherapeutInnen sind ebenfalls nur 3 von 13 Stellen von Frauen besetzt. Zu den restlichen 40 Dienstposten für „nicht-zivile“ Sportarten wurden keine Frauenanteile veröffentlicht. Auch in Führungspositionen ist keine Geschlechtergerechtigkeit gegeben. Nur 10 von 43 Stellen des Führungs- und Stammpersonals sind an Frauen vergeben.



Geschlechtergerechtigkeit lässt sich zum einen auf der Ebene der Bundeswehr und zum anderen auf der Ebene des Sports diskutieren.

Im Zuge der Geschlechtergerechtigkeit wird diese Studie auf zwei Problematiken zu sprechen kommen. Zum einen auf die in der Gesellschaft verankerte Vorstellung von „Männersportarten“ und „Frauensportarten“. Zum anderen zu der deutlichen Steigerung sexueller Belästigung in der Bundeswehr und bei AthletInnen.

Man könnte meinen, die Vorstellung, dass es „Männersportarten“ und „Frauensportarten“ gibt, sei veraltet. Man sei sich doch in der heutigen Gesellschaft bewusst, dass Frauen und Männer den gleichen Sport ausüben können und dass Sport weder nur männlich noch nur weiblich sein kann. Dennoch ist gerade bei der Berichterstattung immer noch eine Fokussierung auf „Männersportarten“ und „Frauensportarten“ vorhanden. So gehöre Gymnastik ganz klar zu einer Frauensportart und Fußball, Boxen und Ringen seien den Männern zugeschrieben. Obwohl die deutsche Frauenfußballmannschaft bereits Erfolge erzielte, Medienpräsenz erlangte und fast das ganze Feld des Sports für Frauen zugänglich gemacht wurde, spricht man immer noch von „Männer- und Frauensportarten“. Durch dieses Gendern von Sportarten werden Konstrukte von „Männlichkeit“ im Sport verstärkt. Im Sport ist eine deutliche Geschlechterhierarchie und Geschlechterordnung zu erkennen.

Ebenso ist der Militärberuf von Männern dominiert, weshalb nicht nur die Präsenz der Frauen im Sport, sondern auch die Präsenz der Frauen in der Bundeswehr zu einer Änderung der bestehenden Geschlechterrollen führt, welche aber weiterhin von gesellschaftlichen Strukturen behindert wird.²⁹ So konnten Frauen an der Sportart „Nordische Kombination“ lange nicht teilnehmen. Hermann Weinbuch, Bundestrainer der Nordischen Kombination äußerte sich, dass diese Disziplin „ein echter Männersport“ sei. „Inzwischen hat er sich aber eines Besseren belehren lassen. »Meine Frau sagt zwar, dass ich ein echter Macho bin«, sagt Hermann Weinbuch, »aber so ein Mixed-Wettbewerb wie im Skispringen wäre auch in der Kombination gut.«“³⁰

Nun hat der Verband der Nordischen Kombination einen Schritt in Richtung Gendergleichheit getan. Ab 2020 soll es einen Weltcup, ab 2021 eine WM geben und 2022 sollen die Nordischen Kombiniererinnen bei den Olympischen Spielen in Peking dabei sein.³¹ Doch obwohl das IOK auf eine

zunehmende Öffnung der Verbände und aller Sportarten für Frauen drängt, bleibt eine unterschwellige Diskriminierung von Frauen im Sport bestehen. Im Biathlon sind die Strecken der Frauen etwa um ein Viertel kürzer. Beim Eisschnelllaufen legen Männer Strecken von 5.000 und 10.000 Metern zurück, Frauen bleibt diese Länge jedoch verwehrt. Sie dürfen nur 3.000 und 5.000 Meter zurücklegen. Auch im Langlauf liegen die Strecken der Frauen bis zu 20 km unter dem Streckenabschnitt der Männer. Medizinische Gründe, so der Arzt des deutschen Olympiateams, haben diese Unterschiede nicht.³²

Frauen steht im Spitzensport nicht der gleiche Wettkampf zu wie Männern, hierbei steht nicht im Fokus, dass Männer und Frauen zusammen in Wettkämpfen antreten sollen, sondern, dass Frauen dadurch, dass sie „weniger“ leisten müssen auch automatisch als „schwächer“ angesehen werden. Hier lässt sich der Zusammenhang zwischen Sportarten und ihrer unterschiedlichen Ausrichtung für Männer und Frauen auf der einen Seite und dem unterschweligen Sexismus durch die Darstellung der Frau als „schwächeres“ Geschlecht auf der anderen Seite erkennen.

Der Leistungssport der Frauen wird oftmals als weniger athletisch, kraftlos und mittelmäßig dargestellt. Weibliche Merkmale, so die Süddeutsche, würden bei der Berichterstattung von Athletinnen, neben ihrer sportlichen Leistung, ebenfalls im Fokus stehen. Bei den Olympischen Spielen 2004 seien fast 40% der Kameraeinstellung bei den Beachvolleyballerinnen auf Brust und Hintern gerichtet gewesen. Dadurch würde „immerhin die Aufmerksamkeit für die Sportart steigen“³³. Zwar ist Sexismus nicht mehr ein so offener Bestandteil der Berichterstattung wie zwischen 1989 und 1999, dennoch ist er in „verkleideter“ Form weiterhin zu erkennen. Frauen werden weder die gleichen sportlichen Leistungen zugetraut, noch wird auch nur ansatzweise der gleiche mediale Aufwand für den Leistungssport der Frauen betrieben.³⁴

Der allgemein akzeptierte Sexismus, der allerdings die Quoten „verbessert“, ist nur ein Teil des Problems, dem die Frauen im Sport ausgesetzt sind.

Um die Genderdebatte erneut auf die Bundeswehr zu richten, die in diesem Fall aber eng mit der Darstellung der Frau im Sport zusammenhängt, ist das Problem von sexuellen Übergriffen, Gewalttaten und Belästigungen zu beachten. Sexuelle Belästigung gibt es bei beiden Geschlechtern, doch ist der Anteil der sexuellen Übergriffe bei Frauen signifikant höher. Die gesellschaftlichen Geschlechterkonstrukte sind vor allem in den patriarchalen Strukturen der Bundeswehr dominant. Zu den Zahlen von sexueller Belästigung bei den 255 Spitzensportlerinnen der Bundeswehr gibt es momentan keine Auskunft. Nach einer Studie des „Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr“ zur Integration der Frau in die Bundeswehr aus dem Jahr 2014 haben allerdings 55% der Frauen in der Bundeswehr sexuelle Belästigung erfahren.³⁵ Eine ähnliche ausführliche Studie der Bundeswehr gibt es seit 2014 nicht. Jedoch sind die Fälle sexueller Belästigung bekannt, die gemeldet wurden. 2017 wurden 234 Fälle in der Bundeswehr gemeldet. Das sei, laut FAZ, 80% mehr als 2016. Mit 14 Vergewaltigungen oder Vergewaltigungsversuchen sei auch diese Anzahl fast dreimal so hoch wie im Jahr zuvor.³⁶ Leider lässt sich sagen, dass man keine Angaben zur tatsächlichen Anzahl der sexuellen Belästigung machen kann, da nicht alle Fälle sexueller Belästigung gemeldet werden, weshalb der Verdacht auf eine hohe Dunkelziffer besteht.

Geschlechterkonstrukte, in denen die Frau als „Sexsymbol“ gesehen wird, sind Teil der Gesellschaft, der Bundeswehr und

somit auch des Sports. Bei der 13. Frauen-Vollversammlung des DOSB 2018 wurde die „Prävention von und Intervention bei sexualisierter Belästigung und Gewalt“³⁷ besprochen, um sie zu entwickeln, auszubauen und zu vernetzen. In der Studie „SafeSport“ kam heraus, dass bei Kaderathletinnen (ohne Einteilung, ob bundeswehrangehörig oder nicht) 48% Opfer sexualisierter Gewalt waren.³⁸ Bei der Überwindung geschlechtsspezifischer Rollen sind die bisherigen Anstrengungen der Bundeswehr und der Sportverbände alles andere als zufriedenstellend. So leistungsorientiert der Spitzensport auch sein mag, die dazugehörigen Instrumente funktionieren bei Geschlechtergerechtigkeit nicht. Als Spitzensportlerin ist man durch den Sport mit den bestehenden gesellschaftlichen Konstrukten von „Frau und Mann“, „schwach und stark“, „fehlender gesellschaftlicher Medienpräsenz“, „Sexsymbol“, usw. konfrontiert. Die zusätzlichen Strukturen der Förderungen ermöglichen dann der Frau bei bestimmten Sportarten nur die Förderung bei der Bundeswehr, wo man sich zuletzt den patriarchalen Strukturen unterordnet. Gerade für Frauen ist dieser Weg weniger attraktiv, was die Geschlechterungleichheit bei der Spitzensportförderung der Bundeswehr mit erklären könnte. Spitzensportförderung durch ein männerdominiertes Instrument kann nicht für Gleichberechtigung stehen.

Um es nicht unerwähnt zu lassen, da diesem Thema eigentlich genau so viel Aufmerksamkeit im Bereich der Geschlechterungleichheit geschenkt werden sollte, wird auf Literatur zum Umgang mit dem Dritten Geschlecht, Trans- und Intersexuellen im Sport, wie in der Bundeswehr verwiesen.³⁹

#rekrutierungsmedium

Der Begriff „Rekrutierungsmedium“ wird von Virchow⁴⁰ übernommen, wobei sich diese Studie nicht in erster Linie auf Rekrutierungsmaßnahmen durch Sport im Sinne sportlicher Veranstaltungen für die Gesellschaft konzentriert, sondern vielmehr den Spitzensport der Bundeswehr als ein Rekrutierungsmedium in den Blick nimmt.

Anhand der Ziele, die die Bundesregierung bei der Spitzensportförderung durch die Bundeswehr verfolgt, erkennt man wie hoch das Interesse daran ist, SportlerInnen als „Darstellungsobjekte“ für eigene Interessen zu nutzen. Zu den Zielen⁴¹ gehören zum einen die Vereinbarkeit von sportlicher Laufbahn und Berufsausbildung – dieser Punkt wurde schon betrachtet – und zum anderen die Chancengleichheit deutscher SpitzensportlerInnen gegenüber SportlerInnen anderer Staaten. An dieser Stelle sei gesagt, dass das Schaffen einer Chancengleichheit von SpitzensportlerInnen durch das Militär auf internationaler Ebene einem militärischen Kräfteressen gleichkommt. Die Bundeswehr schreibt dazu: „Die heutige Austragung der Olympischen Spiele und die Organisation des Spitzensports haben nur noch wenig mit den antiken Wurzeln gemeinsam. Doch in vielen Ländern leistet das Militär auch heutzutage einen großen Beitrag zur Spitzensportförderung. Vor diesem Hintergrund sind die Sportfördergruppen der Bundeswehr ein wichtiger Beitrag zur Chancengleichheit der deutschen Athleten. Denn diese hätten sonst – in Ermangelung anderer Fördermöglichkeiten – einen Wettbewerbsnachteil.“⁴² Dieses „Nachziehen“ von militärischer Stärke auch im Sport – obwohl die Bundeswehr in Sachen Spitzensportförderung kein Nachzügler ist – kommt einer Art Wetttrüsten gleich. Es handelt sich um eine Rüstungs-, Gewalt- und Militärspirale, die bedenklicherweise auch durch den Sport angekurbelt wird. Wie wäre es also stattdessen, eine Chancengleichheit innerhalb



Deutschlands sich zum Ziel zu setzen?

Das wichtigste Ziel allerdings, welches auch im Sachstand der Bundesregierung an erster Stelle aufgelistet wird, nennt sich „Repräsentanz Deutschlands bei internationalen Wettkämpfen (z.B. Europa-, Weltmeisterschaften, Olympische Spiele)“⁴³. Ziel der Förderung durch die Bundeswehr ist es seitens der Bundesregierung somit Deutschland zu repräsentieren. Anstatt dies mit einer zivilen und gesellschaftlichen Repräsentation durchzusetzen, wird Deutschland bei Wettkämpfen unter anderem militärisch vertreten. Erfolge der SportsoldatInnen sind dann nicht nur individuelle Leistungen, sondern können so auch als militärische Stärke der Bundeswehr verstanden werden. SpitzensportlerInnen repräsentieren jedoch nicht nur Deutschland, sondern ganz besonders auch die Bundeswehr. Aljona Savchenko, Eiskunstläuferin und Frau Stabsgefreiter, und Arthur Abele, Zehnkämpfer und Stabsunteroffizier, wurden als „Bundeswehr-Sportsoldaten“ des Jahres 2018 durch die Streitkräftebasis ausgezeichnet. Auf den Bildern der Internetseite sind beide uniformiert in die Kamera lächelnd zu sehen. Im Hintergrund ein Werbeplakat der Bundeswehr. Dieser Auszeichnung folgten, laut Bericht der Bundeswehr, eine Autogrammstunde der SpitzensportlerInnen und eine Hervorhebung der Spitzensportförderung.⁴⁴ Online findet sich auf nahezu jeder Bundeswehr-Seite ein Eintrag zum Spitzensport und deren Förderung. Sie dienen als Aushängeschild der Bundeswehr, obwohl die Anzahl der SpitzensportlerInnen gerade einmal 0,4% der SoldatInnen der Bundeswehr ausmachen (Gesamtzahl Stand 2019: 181.512). Auch auf „bundeswehr-entdecken“, die wie eine gerade für junge Leute attraktiv wirkende Internetseite der Bundeswehr erscheint, fehlt natürlich der Spitzensport der Bundeswehr nicht. Die Aushängeschilder sind Frau Hauptgefreiter und Leichtathletin Gesa Felicitas Krause, Frau Oberfeldwebel und Fußballerin Simone Laudher, Unteroffizier und Turner Marcel Nguyen, Stabsunteroffizier und Diskuswerfer Robert Harting und die beiden Teakwondokas Frau Stabsgefreiter Rabia Gülec und Oberstabsgefreiter Tahir Gülec.⁴⁵ 50% der dargestellten SpitzensportlerInnen sind Frauen, damit präsentiert sich die Bundeswehr ausgeglichener als sie ist.

Im Folgenden wird Gesa Felicitas Krauses Profil auf bundeswehr-entdecken genauer betrachtet, um zu verdeutlichen, wie SpitzensportlerInnen als Werbe- und Rekrutierungsinstrument

benutzt werden. Neben Steckbrief, Interview, der Möglichkeit, die Bundeswehr weiter zu „entdecken“, Medaillenfokussierung und Bildergalerien, werden besonders eindrückliche Zitate der Sportlerin deutlich hervorgehoben. „Mein Ziel ist, gute Leistungen für mein Land und für die Bundeswehr zu erbringen!“⁴⁶ In Großbuchstaben, damit wirklich Jeder, der diese Seite besucht, dieses Zitat liest, wird vermittelt, dass die sportlichen Leistungen für Land und Bundeswehr erbracht werden und nicht für die individuelle Entfaltung und Freude an Erfolg. Im Interview⁴⁷ mit Krause steht das Lob für die Bundeswehr im Vordergrund, entsprechend werden bestimmte Teile ihrer Antworten hervorgehoben und markiert, dabei wird nicht deutlich, ob sie selber diese Abschnitte mit Nachdruck wiedergegeben hat. Wenn im Interview von der Bundeswehr gesprochen wird, fallen Wörter wie „Berufung“, „Spaß“ und „zuverlässige Kameraden“. Bei der Frage nach der militärischen Ausbildung spricht die Interviewte von „neuen Erfahrungen“ und dass man danach „in jedem Bereich des Lebens glücklich darüber“ sei. Wobei letzteres deutlich hervorgehoben wird.

Besonders intensiv werden seit 2016 die SpitzensportlerInnen durch eine Werbekampagne der Bundeswehr zu personalwerblichen Strukturveränderungen zweckentfremdet. Die Bundeswehr stellte sich dabei selbst als „Offizieller Ausbilder von Vorbildern“ dar, um im Zuge der Olympischen Sommerspiele in Rio de Janeiro ihre Werbekampagne voranzutreiben. Dabei wird der militärische Charakter der Bundeswehr verschwiegen.⁴⁸

Die Bundeswehr rückt sich durch die SpitzensportlerInnen in ein Licht eines sportlichen, diversen, gleichberechtigten und spaßigen Vereins, bei dem man doch gerne mitmachen sollte, damit es einem selber und dem Land besser gehe. Durch die SpitzensportlerInnen werden somit gerade junge und aktive Leute motiviert, zur Bundeswehr zu gehen. Werbeplakate der Bundeswehr unterstützen diese Darstellung des Spitzensports. Zudem wird auch am Tag der Bundeswehr regelmäßig mit den SpitzensportlerInnen geworben. 2015 wurde zum Beispiel mit einer Autogrammstunde von der Biathletin Luise Kummer, dem Nordischen Kombinierer Tino Edelmann sowie dem Biathleten Benedikt Doll geworben.⁴⁹ Der Sport dient am Tag der Bundeswehr als ein Instrument, welches zu Propagandazwecken und Rekrutierung zweckentfremdet wurde.



#binnenwirkung

Neben ihrer Funktion als WerbeträgerInnen und Rekrutierungsmedium dienen die SpitzensportlerInnen zur Motivation und Kohäsion der Truppe. Sportliche Vorbilder würden zusätzlich, sowohl in der Truppe, als auch in der Bevölkerung das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken und zum Nationalbildungsprozess beitragen.⁵⁰

Die SportsoldatInnen dienen obendrein als WertevermittlerInnen zwischen Bundeswehr und Gesellschaft. Dieses Prinzip funktioniert ganz einfach und ist der engen Symbiose zwischen Sport und Militär zu verdanken. Die Bevölkerung hat eine hohe Begeisterungsfähigkeit für SpitzensportlerInnen, welche deshalb unweigerlich als Vorbilder angesehen werden. „Praktisch“ ist es deshalb, dass bestimmte Werte der SportlerInnen auch im Militär zu finden sind. Gerade diese werden durch die Bundeswehr hervorgehoben, dass somit die Bevölkerung einerseits militärischen Werten nacheifert und die restlichen SoldatInnen andererseits sich durch die SportlerInnen unterstützt fühlen.⁵¹ Zu den geteilten Normen und Werten der LeistungssportlerInnen und SoldatInnen gehören unter anderem „Konkurrenz, Leistungsfähigkeit, Hierarchie, Disziplin und der Zusammenhalt in der Gruppe“⁵². Der Gesellschaft werden somit via Sport Normen und Werte vermittelt, in denen Leistungsbereitschaft und Disziplin als etwas Erstrebenswertes angesehen werden. Jedoch ist der entscheidende Unterschied zwischen der Disziplin der SpitzensportlerInnen und der SoldatInnen, dass die eine Gruppe sich durch Selbstdisziplin auszeichnet, während die andere Gruppe fremdbestimmt wird und von Unterordnung geprägt ist. „Leistungsfähigkeit“ und „Hierarchie“ sind natürlich Werte des Leistungssports, in dem es darum geht sich mit anderen zu messen, inwieweit diese Werte noch zusätzlich in unsere Leistungsgesellschaft eingebracht werden müssen, bleibt fraglich. Spricht man über die Norm der „Konkurrenz“ im Sport, entspricht das dem sportlichen Messen unter AthletInnen. Im Zuge der engen Verbindung zwischen Militär und Sport wird allerdings auch die Frage aufgeworfen, ob die Norm „Konkurrenz“ nicht auch militärisch der Gesellschaft vermittelt wird. Der Abstand zwischen der gesellschaftlichen Akzeptanz der sportlichen Konkurrenz zum militärischen Konkurrieren (zwischen Staaten) wird durch die

Wertevermittlung der Bundeswehr geringer. Die militärische Förderung des Spitzensports könnte, wenn etwa gerade junge und aktive Personen sich SportlerInnen und zwangsläufig auch SportsoldatInnen als Vorbild nehmen, zu einer militärisch disziplinierten Gesellschaft führen.

Diese Wertevermittlung verläuft keineswegs unbewusst, sondern wird überdies explizit gefördert. Das Bundesministerium der Verteidigung schreibt 2010 dazu⁵³: „Weit über die gewonnenen Titel und Medaillen hinaus geben die Erfolge der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ein attraktives Gesicht. Sie tragen das Bild einer demokratischen, sympathischen und der Verständigung verpflichteten Bundeswehr in alle Welt. Innerhalb der Bundeswehr dienen die Soldatinnen und Soldaten als hervorragende Vorbilder für Erfolge durch Leistung, Disziplin und Organisationsfähigkeit. Damit fördern sie einen gesunden Patriotismus ohne Nationalismus.“⁵⁴

Den Begriff des „gesunden Patriotismus“ in seiner Gänze zu erfassen und zu analysieren ist in dieser Arbeit nicht möglich. Es sei allerdings gesagt, dass „gesunder Patriotismus“ keinesfalls mit einer militärischen Spitzensportförderung erreicht werden kann, da aus friedenspolitischer Sicht die Bundeswehr nicht mit „gesundem“ Patriotismus vereinbar ist.

Auch in dem Magazin der Bundeswehr „Y“ wird über das Thema der SportsoldatInnen berichtet.⁵⁵ Als aktuelles Beispiel dient die Ausgabe von Februar/März 2019. Drei Seiten werden Biathletin und Frau Oberfeldwebel Denise Herrmann gewidmet. In dem Interview fallen vier Themenbereiche auf, denen besondere Beachtung geschenkt werden. Erstens ist die Medaillenfokussierung auffallend, an der unweigerlich die Leistung gemessen und damit geworben wird. Zweitens wird erneut Wert auf Konkurrenz gelegt. Drittens liegt der Fokus auf dem Schießen im Biathlon und in der Bundeswehr, drei von neun Fragen beschäftigen sich mit diesem Thema. So ist es nicht überraschend, dass ein Bild von Denise Herrmann bei der Ausführung des Schießens über zwei DIN A4 Seiten zu sehen ist. Auch der Wert der „Gruppenzugehörigkeit“ ist als vierter Punkt Teil des Gesprächs. Es ist von einem „tollen Gruppengefühl“ in der Bundeswehr die Rede.⁵⁶

Es fehlt somit nicht an der Wertvermittlung der Bundeswehr in ihrem eigenen Magazin. Doch neben den „klassischen“ Werten, die anscheinend Sport und Militär gemeinsam mitbringen, bleibt in dem Interview der Bundeswehr mit der Biathletin auch nicht die „Frauenschlade“ aus. Ob nämlich männliche Sportler bei einer Anzahl von gerade einmal neun Fragen auch nach dem Kochen gefragt werden, sei dahingestellt.

Die SpitzensportlerInnen der Bundeswehr werden als Darstellungsobjekte benutzt, um den Interessen der Bundeswehr zu dienen. Militärisch gesehen bringen SpitzensportlerInnen der Bundeswehr relativ wenig, nur wenige SportsoldatInnen werden übernommen, SportlerInnen machen keinen Einsatz und doch kostet die Spitzensportförderung bis zu 35 Mio. Euro. Ihr größter Gewinn an der Sportförderung ist, dass leistungsstarke SportlerInnen – leistungsstark bedeutet auch, dass immer Leistung gebracht werden muss und dass es bei fehlender Leistung keine Förderung mehr gibt – als Rekrutierungsmedium eingesetzt und durch ein gesellschaftlich verankertes Phänomen „Sport“ Menschen für die Bundeswehr „begeistert“ werden können.

Anmerkungen

- 1 Dowd, Henry: A hundred-yard stare: the military's presence in football. – In: [The Massachusetts Daily Collegian](#). (02/2018). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
- 2 Deutscher Bundestag: Sachstand. Spitzensportförderung der Bundeswehr (2018). Wissenschaftliche Dienste 2 – 3000 – 024/18.
- 3 Virchow, Fabian: Militär und Sport. Symbiotische Beziehungen um Nation, Leistung und Disziplin. – In: Tanja Thomas, Fabian Virchow (Hrsg.): [Banal Militarism](#). Zur Veralltäglichen des Militärischen im Zivilen. Bielefeld: transcript Verlag 2006. S. 206.
- 4 Reimann, Herkules: Sport in der Bundeswehr. Zur Geschichte, Struktur und Funktion des Militärsports in der Bundesrepublik Deutschland. (Diss.). Frankfurt am Main: Westfälische Wilhelms-Universität 2015. S. 293-295.
- 5 [Redaktion der Bundeswehr](#): Auftrag Spitzensport. Der Sportförderer Bundeswehr (2019). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
- 6 Siehe: Klormann, Sybille: Viele Sportsoldaten hängen nur rum. – In: [Zeit Online](#) (2012). (letzter Zugriff: 01.03.2019); [Verqueert](#): „Sportförderung der Bundeswehr. Kriegführen auf der Aschebahn. (2016). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
- 7 Antwort der Bundesregierung: Spitzensportförderung durch die Bundeswehr (2019). Drucksache: 19/7994.
- 8 Virchow: Militär und Sport (wie Anm. 3). S. 206.
- 9 Bundeswehr: Spitzensportförderung durch die Bundeswehr. Basisinformationen (2011).
- 10 Ebd.
- 11 Virchow: Militär und Sport (wie Anm. 3). S. 206-207.
- 12 Deutscher Bundestag: Sachstand. Spitzensportförderung der Bundeswehr (2018). Wissenschaftliche Dienste 2 – 3000 – 024/18.
- 13 Ebd.
- 14 Fischer, Mia: Aktiv, Attraktiv, Anders? The Bundeswehr's deployment of sports soldiers. – In: Butterworth, Michael (Hrsg.): [Sport and Militarism](#). Contemporary Global Perspectives. New York: Routledge 2017. S. 67.
- 15 Ebd., S. 67.
- 16 Antwort der Bundesregierung: Spitzensportförderung durch die Bundeswehr (2019). Drucksache: 19/7994.
- 17 Klormann, Sybille: Viele Sportsoldaten hängen nur rum. – In: [Zeit Online](#) (2012). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
- 18 Simeonie, Evi: Sportförderung in Bruchsal. Vier fürs Vaterland. – In: [FAZ](#) (2016). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
- 19 Antwort der Bundesregierung: Spitzensportförderung durch die Bundeswehr (2019). Drucksache: 19/7994.
- 20 Reinsch, Michael: Athletensprecher Max Hartung. Zapfenstreich für Sportsoldaten. – In: [FAZ](#) (2017). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
- 21 Simeonie: Vier fürs Vaterland (wie Anm. 18).
- 22 [DOSB Athletenkommission](#): Neuausrichtung der Athletenförderung der Bundeswehr. (letzter Zugriff: 01.03.2019).
- 23 [DOSB](#): Nachwuchsleistungssportkonzept 2020. (letzter Zugriff: 01.03.2019).
- 24 [DOSB](#): Duale Karriere im Spitzensport. (letzter Zugriff: 01.03.2019).
- 25 Hottenrott, Kuno; Braumann, Klaus-Michael: Aktuelle Situation im deutschen Spitzensport. Eine notwendige Diskussion. – In: [Sportwissenschaft](#) 45 (06/2015). S. 111-115.
- 26 Ebd.
- 27 [BMVg](#) (Hrsg.): Im Interview mit Gesa Felicitas Krause. Leichtathletik. (letzter Zugriff 01.03.2019).
- 28 Antwort der Bundesregierung: Spitzensportförderung durch die Bundeswehr (2019). Drucksache: 19/7994.
- 29 Seifert, Ruth: Frauen in der Bundeswehr. Interview mit der Militärsoziologin Ruth Seifert. – In: [BPB](#) (Hrsg.): [Dossier Frauen in Deutschland](#) (2009). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
- 30 Voigt, Benedikt: Frauen und Männer im Sport. Eine Frage der Gleichberechtigung. – In: [Der Tagesspiegel](#) (2014). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
- 31 Spiller, Christian: Olympia ist nicht durchgegendert. – In: [Zeit Online](#) (2018). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
- 32 Ebd.
- 33 Bartens, Werner: Sexismus und Medien. Ganz schön sportlich – für eine Frau. – In: [Süddeutsche Zeitung](#) (2017). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
- 34 Ebd.
- 35 Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr: Truppenbild ohne Dame?. Eine sozialwissenschaftliche Begleituntersuchung zum aktuellen Stand der Integration von Frauen in die Bundeswehr (2014).
- 36 [FAZ](#): Zahl sexueller Übergriffe in der Truppe hat sich fast verdoppelt (2017). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
- 37 DOSB – 13. Frauen-Vollversammlung: Beschluss zu Prävention von und Intervention bei sexualisierter Belästigung und Gewalt entwickeln, ausbauen und vernetzen (2018).
- 38 Deutsche Sporthochschule Köln: Safe Sport. Schutz von Kindern und Jugendlichen im organisierten Sport in Deutschland. Analyse von Ursachen, Präventions- und Interventionsmaßnahmen bei sexualisierter Gewalt (2017).
- 39 Siehe: Wiederkehr, Stefan: Jenseits der Geschlechtergrenzen. Intersexuelle und transsexuelle Menschen im Spitzensport (03/2016). – In: [Feministische Studien](#) (Bd. 30, 1). S. 31-43. Und Antwort der Bundesregierung zu Bekämpfung von Homo- und Transphobie im Sport (2019). Drucksache: 19/7663.
- 40 Virchow: Militär und Sport (wie Anm. 3).
- 41 Deutscher Bundestag: Sachstand. Spitzensportförderung der Bundeswehr (2018). Wissenschaftliche Dienste 2 – 3000 – 024/18.
- 42 Redaktion der Bundeswehr: Auftrag Spitzensport (wie Anm. 5).
- 43 Deutscher Bundestag: Sachstand. Spitzensportförderung der Bundeswehr (2018). Wissenschaftliche Dienste 2 – 3000 – 024/18.
- 44 Beu, Andreas: Ausgezeichnet. Sportsoldaten der Bundeswehr 2018. – In: [Streitkräftebasis](#) (2018). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
- 45 [Bundeswehr-entdecken](#): Sportsoldaten. (letzter Zugriff: 01.03.2019).
- 46 [Bundeswehr-entdecken](#): Gesa Felicitas Krause. (letzter Zugriff: 01.03.2019).
- 47 Ebd.
- 48 DFG-VK: Militärfestspiele. [www.militaerfestspiele.de](#) (letzter Zugriff: 01.03.2019).
- 49 Dachenhausen, Tobias: Bis zu 7000 Besucher werden erwartet. – In: [Volksstimme.de](#) (2015). (letzter Zugriff: 01.03.2019).
- 50 Virchow: Militär und Sport (wie Anm. 3). S. 208-209.
- 51 Ebd. S. 215.
- 52 Ebd. S. 215.
- 53 Fischer: Aktiv, Attraktiv, Anders? (wie Anm. 14). S. 71.
- 54 Broschüre des Bundesverteidigungsministeriums: Konstant in der Erfolgsspur. Die Spitzensportförderung der Bundeswehr (2010). S. 9.
- 55 Siehe: Das Magazin der Bundeswehr Y: 01/1018 Frauenpower auf Eis und 01/2019 Sportsoldatin im Biathlon.
- 56 Magazin der Bundeswehr Y: Denise Herrmann ist schnell auf Skiern und am Abzug (02/03 2019).



In der nächsten Ausdruck-Ausgabe folgt Teil II, der sich mit diversen Sportevents, insbesondere Olympia, beschäftigt und die Interessen sowie die Auswirkungen der Bundeswehr-Sportförderung noch einmal kritisch in den Blick nimmt. Siehe auch die bereits unter demselben Titel als IMI-Studie 2019/3 erschienene Langfassung auf der IMI-Homepage.

Keinen Tag der Bundeswehr Gegen die Normalisierung des Militärs

von Jacqueline Andres

Ende Mai 2014 stellte die Bundesministerin der Verteidigung Ursula von der Leyen die sogenannte Attraktivitäts-offensive vor, mit der sie seither versucht, die leeren Ränge bei der Bundeswehr mit Rekrut_innen zu füllen. Ganze 29 Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 100 Mio. Euro sollten bis 2020 dafür sorgen, „die Bundeswehr zu einem der attraktivsten Arbeitgeber in Deutschland zu machen“. Eines der acht Themenfelder umfassenden Agenda „Bundeswehr in Führung – Aktiv. Attraktiv. Anders“ heißt „Verankerung in der Gesellschaft“. Neben dem „Fördern lokaler Ausstellungen von Bundeswehr-Standorten, die Geschichte und Verankerung in der Region dokumentieren“ und der Einführung des Preises „Bundeswehr und Gesellschaft“¹, der „Personen und Institutionen [auszeichnet], die sich auf allen gesellschaftlichen Ebenen in besonderem Maße für die Belange der Bundeswehr oder ihrer Angehörigen einsetzen“², wurde auch der bundesweite, jährliche Tag der Bundeswehr (TdBW) als Teil einer größer angelegten Werbe- und Rekrutierungsstrategie eingeführt. Seit 2015 versucht die Bundeswehr an diesem Tag, die überwiegend kritische Haltung in der Bevölkerung gegenüber den Auslandseinsätzen der Bundeswehr und dem stetig steigenden Rüstungshaushalt zu beeinflussen und das weiterhin bestehende Problem der fehlenden Rekrut_innen anzugehen. Das Motto lautet auch dieses Jahr wieder „Willkommen Neugier“ – Neugier vor dem noch Unbekannten, Ungewohnten, welches danach vertraut wirken soll. Das Militär holt die Gesellschaft in seine Kasernen, um in Volksfestatmosphäre seine Kriegsgeräte zu präsentieren und mittels Technikbegeisterung und Abenteuerlust zu rekrutieren. Auffallend ist, dass an den meisten Standorten explizit ein Kinderprogramm auf die Beine gestellt wird – somit droht das Militär durch das „persönliche Erleben“ von früh auf mit vermeintlichem Spaß und Spiel konnotiert zu werden. Die Bundesregierung betont selbst: „Die Bundesregierung erachtet das öffentliche Auftreten von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Uniform als eine selbstverständliche Normalität und als gelebten Ausdruck des Leitbildes des Staatsbürgers in Uniform.“³ Beim TdBW geht es auch darum, diese angestrebte Normalisierung der Militäruniform und dessen, wofür diese steht, zu erlangen. Umso wichtiger ist es daher, diesen Versuch der Normalisierung zu stören.

TdBW der letzten Jahre

In den letzten Jahren fand der TdBW an jeweils vierzehn bis sechzehn Standorten statt – entweder fuhren die Soldat_innen mit ihren Kriegsgeräten in die Städte wie z.B. mitten auf den Domplatz in Erfurt oder öffneten die Tore ihrer Kasernen und Institute. Die Kosten dieses militärverherrlichenden Spektakels lagen im Jahr 2017 bei rund 24,63 Millionen Euro⁴ – aktuellere Zahlen sind noch nicht veröffentlicht worden. Doch bisher blieben diese inszenierten Militärgrößereignisse „für die ganze Familie“ oft hinter den Erwartungen zurück: Aus der offiziellen Bilanz des Jahres 2015 hieß es, von 400.000 erwarteten Besu-

cher_innen kamen „lediglich“ 250.000.⁵ Im Jahr 2018 lagen die Besucher_innenzahlen bei 220.000.⁶ Wie zuverlässig die Zahlen sind, ist unklar. Im Jahr 2016 enthüllte dieser Normalisierungstag der Bundeswehr sogar ein imageschädigendes Vorgehen: In Stetten am Kalten Markt fotografierten Antimi-

litarist_innen, wie Soldat_innen Kleinkindern Schusswaffen in die Hände gaben. Dies verstößt nicht nur gegen die Militärvorschrift, sondern auch gegen die Moralvorstellung vieler Menschen bundesweit. Noch ist bei solchen Vorkommnissen ein Empörungspotenzial da, welches unbedingt erhalten und erhöht werden muss. Es scheint für viele erschreckenderweise einen Unterschied zu machen, ob ein Kleinkind nun mit einer Schusswaffe spielt oder auf einen Kampfpanzer klettert, auch wenn es sich in beiden Fällen um tödliche Waffen handelt.

An allen Standorten gab es unterschiedliches Programm – wobei Ähnlichkeiten erkennbar sind. Ausgestellt werden mit Drohnen, Kampffjets, Panzern und Transportfahrzeugen unterschiedliche Waffensysteme und Großgeräte. Oftmals werden Diskussionsveranstaltungen organisiert, bei denen die Bundeswehr und die Bundesregierung die Möglichkeit haben, einseitig für Auslandseinsätze und militaristische Politik zu werben. Die Planung des Tages erlaubt es der Bundeswehr zudem, ihre zivil-militärische Zusammenarbeit auszuweiten: „Ob Städte, Gemeinden oder Landkreise, ob Vereine, Verbände oder Reservisten – sie alle organisieren die regionale Ausplanung dieses besonderen Tages Seite an Seite.“⁷ Mit dabei sind auch immer wieder unterschiedliche Forschungseinrichtungen, wie dieses Jahr z.B. das Fraunhofer-Institut für Hochfrequenzphysik und Radartechnik FHR, die u.a. zu drohnengestützter hochauflösender Radarbildgebung arbeiten.⁸ Jedes Jahr ergibt sich die Chance, neue Kooperationspartner_innen zu finden oder bestehende Beziehungen zu vertiefen – und sich bereits in den Wochen und Monaten zuvor Aufmerksamkeit zu verschaffen. In der bayerischen Gemeinde Eching am Ammersee unweit der Landeshauptstadt München wurde bereits Mitte April ein Schulbus der RBA Regionalbus Augsburg GmbH gesichtet, dessen Seitenscheiben mit einem übergroßen Abbild eines Panzers als Werbung für den Tag der Bundeswehr versehen wurden.

Denormalisierung der Militärstandorte und ihres Militarisierungspotenzials

Auch dieses Jahr beteiligen sich einige zivile Einrichtungen an dem Propagandatag der Bundeswehr. Tatsächlich befinden sich viele der eingebundenen Standorte in Garnisonsstädten, die zum Teil mit den Militäreinrichtungen ge- und verwachsen sind. Die Anwesenheit der Bundeswehr reicht über die Zäune ihrer Kasernen hinaus und in die lokalen Gefüge hinein. Zudem hat sich die Bundeswehr mit der Attraktivitäts-offensive explizit den Auftrag gegeben, mehr mit der Bevölkerung „auf Tuchfühlung“ zu gehen.

In der niedersächsischen Gemeinde Faßberg im Landkreis Celle wird am so genannten TdBW ein mit der Luftwaffe durchgeführtes Schulprojekt, in das auch Grundschüler_innen eingebunden waren, vorgestellt. Anlass ist das 70-jährige „Luftbrückenjubiläum“, das zeitgleich mit dem Werbetag begangen wird.⁹ Im Vorfeld führten bereits rund 80 Grundschüler_innen

und Gymnasiast_innen je ein Schulprojekt durch: Über mehrere Wochen interviewten und filmten sie Zeitzeug_innen. Aus dem Filmmaterial haben „das Fachmedienzentrum auf dem Fliegerhorst Faßberg und das Presse- und Informationszentrum der Luftwaffe in Berlin-Gatow einen professionellen Film gemacht“.¹⁰ Es ist mehr als fragwürdig, ob solche Projekte zwischen Grundschule und dem Militär von den Grundschüler_innen tatsächlich schon in ihrer Tragweite verstanden werden können und ob bei der Einbindung von Schüler_innen in die Aktivitäten des Militärspektakels nicht von Instrumentalisierung gesprochen werden muss. Gleichzeitig konstruiert der zuständige Projektoffizier auf verquere Weise eine beschönigende Geschichte des Ortes und der Rolle der Bundeswehr, die in Bezug auf die Luftbrücke „auch weltweit bei humanitären Einsätzen mit Hubschraubern und Transportflugzeugen [ein starkes Team ist]. Das hat in Faßberg jetzt seit 70 Jahren Tradition“.¹¹ Das geplante Schaufliegen der Kampfjets Eurofighter und Tornado scheint hier kein Widerspruch zu der herbeifantasierten Identität als Ort und Kaserne der humanitären Hilfe zu sein.

Ein weiteres Beispiel für abstruses zivil-militärisches Zusammenrücken bietet die Gemeinde Kropp im Kreis Schleswig-Flensburg. Dort tauschten der Bürgermeister Stefan Ploog und Oberst Kristof Conrath der Kai-Uwe-von-Hassel-Kaserne für einen Tag ihre Arbeitsplätze, um für das regionale „Großevent“ TdBW19 zu werben und „das gute Verhältnis zwischen der Gemeinde und der Bundeswehr stärken“.¹² Mit dem Wappen der Gemeinde am Jackett soll Kristof Conrath u.a. den Neubau eines Kindergartens besucht haben und der Stefan Ploog hingegen durfte in Uniform „zwei Soldaten für gute Leistungen einen Bestpreis verleihen“.¹³ Mit gravierender Leichtigkeit durfte das Militär hier als PR-Gag in die Rolle von zivilen, demokratisch gewählten Amtsträgern schlüpfen.

Ein weiteres Beispiel für die Militarisierungseffekte des Propagandatags findet sich in der Brandenburger Kleinstadt Schlieben: „Das örtliche Stadtfest wird zum ersten Mal in seiner über 500-jährigen Geschichte verschoben – auf den Tag der Bundeswehr.“¹⁴ Laut Amtsdirektor Polz, der in der Vergangenheit selbst bei der Bundeswehr war, sei dies der Wunsch der Bewohner_innen „um das Event noch schöner zu machen.“¹⁵ Somit droht das sonst zivil gehaltene Stadtfest zum militärischen Volksfest werden.

KTdBW der letzten Jahre

In den letzten Jahren etablierten antimilitaristische Gruppen bundesweit den Protesttag „Kein Tag der Bundeswehr“ (KTdBW). Zwar blendet die Bundesregierung diesen Widerstand gerne in ihren Berichten aus, doch bislang gelingt es, an fast allen Standorten Protest zu organisieren. Die Protestformen sind zahlreich: Auf dem Segelschiff „Gorch Fock“ in Flensburg hängten Aktivist_innen ein Banner mit der Aufschrift „War starts here“ und eine Piratenflagge auf, die einen Totenkopf mit zerbrochenen Gewehren zeigte.¹⁶ Das junge Netzwerk für politische Aktionen blockierte mit einer Sitzblockade eine „Lehrvorführung im Objektschutz“ in Appen – dabei rollten sie auch ein Banner aus, auf dem zu lesen war, „Ihr übt Krieg, wir üben Frieden“.¹⁷ Weitere Gruppen organisierten Die-Ins in der Kaserne, verteilten Flyer und Luftballons, diskutierten und informierten diejenigen, die sich auf dem Weg zum Militärspektakel befanden. Diese Aktionen erinnern daran, dass die Bundeswehr entgegen ihrer bemühten Eigendarstellung als „familienfreundlicher“ Spielplatz dafür da ist, tödliche



Kletteraktion auf dem Marineübungsschiff Gorch Fock am Tag der Bundeswehr in Flensburg 2015. Quelle: krieg.nir-gendwo.info

Krieg einzuüben und durchzuführen, um die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen der Bundesregierung militärisch durchzusetzen. Auch dieses Jahr läuft die Mobilisierung des Protests bereits auf Hochtouren. Auf der Seite keintagderbundeswehr.dfg-vk.de werden alle Informationen über geplante Aktionen zusammengetragen.

Anmerkungen

- 1 Im Jahr 2018 wurden mit dem Preis des Freiherr-vom-Stein-Gymnasiums Leverkusen, die Stadt Storkow in Brandenburg sowie die Vereine „Wiege der Bundeswehr Andernach“ und „Freundeskreis der Bundeswehr Waldkaserne“ ausgezeichnet. Siehe: Preis „Bundeswehr und Gesellschaft“ – Bundeswehr sagt Danke, bmvg.de, 24.04.2018.
- 2 Bundesministerium der Verteidigung: Pressemitteilung. Die Bundesministerin der Verteidigung stellt Attraktivitätsstrategie vor, augengeradeaus.net, 30.05.2014.
- 3 Stattefundene und geplante Amtshilfe- und Unterstützungsleistungen der Bundeswehr im Inland (Stand: erstes Quartal 2013), Drucksache 17/13438, dip21.bundestag.de, 10.05.2013.
- 4 Linke erkundigen sich nach Kosten für „Tag der Bundeswehr“, bundeswehr-journal.de, 28.07.2018.
- 5 Michael Schulze von Glaßer und Thomas Mickan: Rückblick. Kein „Tag der Bundeswehr“ 2016, IMI-Standpunkt 2016/029, in: AUSDRUCK (August 2016), imi-online.de, 09.08.2016.
- 6 Linke erkundigen sich nach Kosten für „Tag der Bundeswehr“, bundeswehr-journal.de, 28.07.2018.
- 7 Christian Stache: Der „Tag der Bundeswehr“. Kostspieliges Agit-Prop-Happening, IMI-Analyse 2015/021, in: AUSDRUCK (Juni 2015), imi-online.de, 21.05.2015.
- 8 Veranstaltungen / Messen, fhr.fraunhofer.de
- 9 Eingebunden in das Programm ist hier die „Rückkehr der Rosinenbomber“, d.h. rund 30 original Douglas C-47 und DC-3 werden gegen 16 Uhr nach Berlin Tempelhof fliegen.
- 10 Thomas Skiba: Gelungenes Schulprojekt zwischen Luftwaffe und Gemeinde Faßberg, tag-der-bundeswehr.de, 17.05.2019.
- 11 U. B. Kindler: Tag der Bundeswehr und Luftbrückenjubiläum. Volles Programm in Faßberg, tag-der-bundeswehr.de, 21.02.2019.
- 12 Falk Bärwald: Ein Jobtausch wird zum Heimspiel, tag-der-bundeswehr.de, 06.05.2019.
- 13 Ebd.
- 14 „Die Bundeswehr ganz nah am Bürger“ – Schliebener Stadtfest wird auf Tag der Bundeswehr gelegt, tag-der-bundeswehr.de, 21.02.2019.
- 15 Ebd.
- 16 Tag der Bundeswehr: Aktivisten klettern auf „Gorch Fock“, shz.de, 13.06.2015.
- 17 Tag der Bundeswehr in Appen gestört – Friedensaktivist*innen protestieren, junepa.blogspot.eu, 09.06.2018.

Total Defence

Schwedens Mobilmachung von Militär und Gesellschaft

von Jürgen Wagner

Fast zweieinhalb Jahre tüftelte eine parteiübergreifende „Verteidigungskommission“ an einem Weißbuch, mit dem das Konzept der „Umfassenden Verteidigung“ („total defence“) für den militärischen Bereich ausbuchstabiert werden sollte. Das gestern veröffentlichte Papier gilt als Grundlage für die Militärhaushalte der Jahre 2021 bis 2025, die massiv aufgestockt werden sollen. Zusammen mit seinem bereits vor einiger Zeit veröffentlichten „zivilen Pendant“ seien beide als „zwei Teile eines einheitlichen Gesamtkonzepts zu verstehen.“ (Weißbuch 2019: S. 1¹)

Die Folgen sind weitreichend: Hierüber wird nicht nur auf Basis äußerst schwammiger Annahmen einer Dämonisierung Russlands das Wort geredet und die Bevölkerung auf umfassende Maßnahmen sowie die daraus abgeleitete Rüstungsmaßnahmen einschwört. Noch schwerer wiegt, dass nahezu die gesamte schwedische Bevölkerung zur Teilnahme an der „Umfassenden Verteidigung“ verpflichtet wird, deren ziviler Pfeiler wiederum systematisch auf die Zuarbeit zum militärischen Teil ausgerichtet wird. Nicht zuletzt dies dürfte der Grund sein, weshalb das Konzept hierzulande teils als vorbildlich bewertet wird, handelt es sich bei der „Umfassenden Verteidigung“ doch im Wesentlichen um eine Blaupause für die großangelegte zivile und militärische Mobilmachung gegen Russland: „Letztlich erfordert die Umfassende Verteidigung Schwedens eine glaubwürdige Fähigkeit zur Kriegsführung, die sowohl militärischen wie auch zivilen Verteidigungskomponenten beinhaltet.“ (Weißbuch 2019: S. 2)

Militärische Mobilmachung

Am 9. Januar 2017 beauftragte die schwedische Regierung die Verteidigungskommission, bis spätestens zum 14. Mai 2019 ein Verteidigungs-Weißbuch vorzulegen. Punktgenau an diesem Tag wurde dieser Bericht dann auch veröffentlicht, der die künftige schwedische Militärpolitik maßgeblich beeinflussen dürfte. Schließlich waren in seine Erstellung Abgeordnete aller acht im Reichstag vertretenen Parteien ebenso eingebunden, wie Vertreter des Verteidigungs-, Außen- und Finanzministeriums sowie der Streitkräfte.²

Das Weißbuch beginnt mit einer düsteren Lageeinschätzung: Die Sicherheitslage habe sich „verschlechtert“, sie sei durch „Instabilität und Unvorhersehbarkeit“ geprägt (Weißbuch 2019: S. 1). Die Schuld an dieser misslichen Lage wird vor allem einem Land in die Schuhe geschoben: „Russlands fortdauernde Aggression gegen die Ukraine und die illegale Annexion der Krim verletzen das Gewaltverbot, das in der UN-Charta verankert ist. [...] Russlands Handlungen in Georgien 2008, in der Ukraine seit 2014 und in Syrien seit 2015 unterstreichen seine Bereitschaft, sowohl in Europa als auch darüber hinaus militärische Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele einzusetzen.“ (Weißbuch 2019: S. 1)

Wie üblich wird dabei die westliche – nicht unbeträchtliche – Verantwortung an den benannten Krisen geflissentlich aus-

geblendet. Und genauso wenig hält man sich mit der Frage auf, ob die Annahmen, auf denen die späteren Vorschläge aufbauen, einen Plausibilitätstest bestehen würden. So erscheint der an den Tag gelegte Alarmismus mit Blick auf das russische Militärpotenzial doch reichlich übertrieben: „Die militärstrategische Lage hat sich in den letzten Jahren aufgrund politischer Entwicklungen und der gestiegenen russischen militärischen Fähigkeiten verschlechtert. [...] Bislang wurde dem Ausbau der russischen militärischen Fähigkeiten nicht mit entsprechenden Maßnahmen zur Erhöhung der westlichen militärischen Kapazitäten begegnet.“ (Weißbuch 2019: S. 1)

Auf noch wackligem Grund fußt die anschließende Aussage, Russland sei nicht nur in der Lage, sondern auch Willens zu einem Angriff auf Schweden oder einen seiner Nachbarn. „[Ein] bewaffneter Angriff auf Schweden kann ebenso wenig ausgeschlossen werden, wie die Anwendung von oder die Drohung mit Gewalt gegen Schweden.“ Gleiches gelte für die Nachbarländer, weshalb das „Konzept der Umfassenden Verteidigung entwickelt und konzipiert wird, um einem militärischen Angriff auf Schweden zu begegnen.“ (Weißbuch 2019: S. 2)

Nicht zuletzt weil davon auszugehen sei, dass die USA im Versuch sich mit China anzulegen künftig wohl weniger Ressourcen für NATO-Maßnahmen gegen Russland bereitstellen würden³, müsse der Landesverteidigung, also möglichen Auseinandersetzungen mit Russland, künftig oberste Priorität eingeräumt werden. Ähnlich wie in Deutschlands „Konzeption der Bundeswehr“ sollen die Fähigkeiten für militärische Auslandseinsätze zwar durchaus aufrechterhalten werden – aber nur so weit als möglich, der Fokus liegt auf Russland: „Die Verteidigungskommission gelangt zu dem Ergebnis, dass Schweden sein aktives Engagement und seine Teilnahme an internationalen Operationen fortsetzen sollte [...]. Die Verteidigungskommission betont, dass die Teilnahme an internationalen Militäreinsätzen auf der Basis der Ressourcen und Kapazitäten erfolgen muss, die für die schwedischen Streitkräfte zur Verteidigung Schwedens entwickelt werden.“ (Weißbuch 2019: S. 8)

Darauf hin schlägt das Weißbuch eine Reihe von Maßnahmen vor, die beiden wichtigsten sind sicherlich die massive Aufstockung der Streitkräfte und des Militärhaushaltes. Bis 2024 solle der Umfang der schwedischen Armee von aktuell 60.000 auf 90.000 Personen anwachsen (einschließlich der Heimatschutzgarde und Zivilangestellter). Unter Berufung auf Russland und die vermeintliche Notwendigkeit, die Armee aufzustocken, führte das Land bereits im März 2017 nach nur sieben Jahren die Wehrpflicht wieder ein. Schon im Februar 2019 tauchten Berichte auf, es sei geplant, die Zahl der eingezogenen Wehrpflichtigen in den kommenden Jahren deutlich zu erhöhen.⁴ Auch im Weißbuch wird dies nun mit der Begründung angekündigt, der angestrebte Aufwuchs der Armee sei nur so zu bewerkstelligen: „Das bedeutet, dass 8.000 Wehrpflichtige jährlich eingezogen werden, ein Anstieg von den 4.000, die heute hinzukommen.“ (Weißbuch 2019: S. 7)

Trotz der somit absehbar steigenden Personalkosten soll auch noch in neues Gerät investiert werden, weshalb das Weißbuch eine saftige Erhöhung des Militärhaushaltes vorschlägt. Dabei ist das Budget in den letzten Jahren bereits von 42,3 Mrd.

Kronen (2012) auf 50 Mrd. Kronen (2018) angestiegen - in Dollar handelte es sich dabei um eine Erhöhung von 5,06 Mrd. (2012) auf 5,75 Mrd. (2018) oder um 13,6 Prozent.⁵ Schon im Frühjahr 2018 hatte man sich auf nochmalige Steigerungen verständigt: „Dazu beschloss die rotgrüne Regierung, die Verteidigungskosten bis 2020 um jährlich 2,7 Milliarden Kronen (270 Millionen Euro) anzuheben.“⁶ Doch auch dies genügt den Autoren des Weißbuchs bei weitem nicht: Bis 2025 sollen 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht werden. In Zahlen soll der Haushalt deshalb um knapp 70 Prozent auf satte 84 Mrd. Kronen in die Höhe schießen! (Weißbuch 2019: S. 10)

Hinzu würden dann noch jährliche Kosten von 4,2 Mrd. Kronen für die Ausgaben im Zusammenhang mit Maßnahmen des „zivilen“ Pfeilers der „Umfassenden Verteidigung“ kommen, wie sie schon länger ins Auge gefasst worden seien.

Zivile Mobilmachung

Am 20. Dezember 2017 erschien mit „Resilience, The Total Defence Concept and the Development of Civil Defence 2021-2025“ der zivile Teil der „Umfassenden Verteidigung“. Wie dann auch im späteren Weißbuch, heißt es bereits darin, das Umfeld sei geprägt von „Instabilität und Unsicherheit“, wobei ein „bewaffneter Angriff auf Schweden nicht ausgeschlossen werden kann.“ (Resilience 2017: S. 17)

Gleich am Anfang wird unmissverständlich klargestellt, dass es sich bei der „Umfassenden Verteidigung“ um ein wahrhaft holistisches Konzept handelt, in das alle gesellschaftlichen Akteure eingebunden sind: „Sollte die Regierung die höchste Alarmstufe ausrufen, werden alle gesellschaftlichen Teilbereiche zur Umfassenden Verteidigung gezählt, die aus der militärischen und der zivilen Verteidigung besteht. Dementsprechend sind das Parlament, die Regierung, Regierungsbehörden, die Kommunen, private Unternehmen, freiwillige Verteidigungsorganisationen ebenso wie Einzelpersonen alle Teil der Umfassenden Verteidigung.“ (Resilience 2017: S. 1)

Nach dem vermeintlichen Ende des Kalten Krieges, bemängelt der Bericht, seien „große Teile der früheren Umfassenden Verteidigung aufgelöst worden, nicht zuletzt die auf der zivilen Seite.“ (Resilience 2017: S. 2) Dies gelte es rückgängig zu machen, denn: „Schwedens Konzept der Umfassenden Verteidigung basiert auf dem Willen der Bevölkerung, ihr Land zu verteidigen, ihrer Bereitschaft dazu in Friedenszeiten und ihrer Widerstandsfähigkeit und ihrem Widerstand im Krieg.“ (Resilience 2017: S. 4) Jeder Einzelne sei aufgefordert, ausreichend Vorräte anzulegen, um eine Krisensituation überstehen zu können: „Die Kommission ist der Ansicht, dass ein ausreichender Zugang zu Nahrung, Trinkwasser, Energie und Arzneimitteln wesentlich für die Fähigkeit zur Umfassenden Verteidigung im Falle einer schweren Krise oder eines Kriegs ist.“ (Resilience 2017: S. 5)

Mag man Versuchen, rein zivile Vorbereitungsmaßnahmen auf Krisensituationen zu treffen, noch positiv gegenüberstehen, handelt es sich aber bei dem schwedischen Konzept nicht um eine Alternative, sondern um eine Ergänzung der militärischen Komponente, das sich, auch wenn andere denkbare Krisenszenarien (zB Hochwasser) angesprochen werden, recht eindeutig primär gegen Russland richtet. Und es ist dann konsequenterweise das Verteidigungsministerium, dem im Krisenfall auch das Oberkommando über alle zivilen Anstrengungen im Rahmen der „Umfassenden Verteidigung“ zufallen soll: „Die Kommission schlägt weiter vor, dass ein Ministerium die gesamte Verantwortung für die Koordination der Anstren-



„Bevorratungsliste“ zum ankreuzen aus der Broschüre „If Crisis or War Comes“, Quelle: War 2019, S. 10-11.

gungen im Zusammenhang mit der Umfassenden Verteidigung übertragen werden soll. Die Kommission schlägt vor, dass die Koordination der Umfassenden Verteidigung beim Verteidigungsministerium liegen sollte.“ (Resilience 2017: S. 3)

Als Ergänzung zu „Resilience“ veröffentlichte die Regierung im Frühjahr 2018 die Broschüre „If Crisis or War Comes“, die an sämtliche schwedischen Haushalte verteilt wurde.⁸ Sie versteht sich einerseits als praktische Handreichung, welche überlebenswichtigen Güter in jedem Haushalt bevorratet sein sollten, um möglichst unbeschadet über eine Krisen- oder Kriegssituation zu kommen. Per praktischer Checkliste lassen sich dabei in den Kategorien „Nahrung“, „Wasser“, „Wärme“, „Kommunikation“ und „Sonstiges“ einzelne Posten abhaken, um so mit einem guten Gefühl auf den Ernstfall vorbereitet zu sein (War 2018: S. 10f.)

Gerade auf den gesicherten Zugang zum staatlichen Radiosender P4 wird besonders Wert gelegt, um nicht gegnerischen Falschinformationen aufzusitzen - Kapitulation ist schließlich keine Option: „Sollte Schweden von einem anderen Land angegriffen werden, werden wir niemals aufgeben. Alle Nachrichten in diese Richtung, dass der Widerstand endet, sind falsch.“ (War 2018: S. 12)

Gleichzeitig wird allerdings mit einiger Klarheit festgehalten, dass die zivilen Verteidigungskomponenten vor allem auch zur „Verbesserung“ der militärischen Seite beizutragen haben: „Im Falle eines Krieges oder einer Kriegsdrohung muss die zivile Verteidigung Schwedens in der Lage sein, die bewaffneten Kräfte zu unterstützen.“ (War 2018: S. 8)

Und schließlich wird noch klargestellt, dass es im Zweifelsfall nicht die Option gibt, sich nicht vor den Karren der „Umfassenden Verteidigung“ spannen zu lassen: „In Schweden existiert eine Pflicht, zur Umfassenden Verteidigung beizutragen. Das bedeutet, dass jeder, der hier lebt und zwischen 16 und 70 Jahren ist, dazu aufgefordert werden kann, auf verschiedene Arten zu helfen. Jeder ist verpflichtet, etwas beizutragen und jeder wird benötigt. Die Pflicht, zur Umfassenden Verteidigung beizutragen, umfasst drei Möglichkeiten:

- Einberufung in die Streitkräfte;
- Zivile Einberufung in eine Behörde unter Kontrolle der Regierung;
- Allgemeiner Nationaler Dienst, der es beinhaltet, in Organisationen zu dienen, die im Falle eines Krieges oder Kriegsdrohungen funktionieren müssen.“ (War 2018: S. 9)



Ausschnitt aus der Broschüre „If Crisis or War Comes“,
Quelle: War 2019, S. 12-13.

Zwar ist auch in dieser Broschüre die Rede von verschiedenen Katastrophenfällen, dass das Ganze aber primär wenn nicht gar ausschließlich auf Auseinandersetzungen mit Russland abzielt, ist mehr als eindeutig. Ein starker Hauch von Kaltem Krieg durchzieht somit wie ein roter Faden das gesamte Konzept der „Umfassenden Verteidigung“. Spiegel Online etwa schrieb: „Die Regierung in Stockholm verteilt eine Infobroschüre an sämtliche Haushalte im Land: Auf 20 Seiten erfahren die Schweden, wie sie sich im Falle von Krisen und Krieg zu verhalten haben. [...] Es ist das erste Mal seit mehr als 50 Jahren, dass die Regierung eine solche Broschüre an sämtliche Haushalte verteilen lässt. [...] Die aktuelle Veröffentlichung wurde von der Regierungsbehörde Swedish Civil Contingencies Agency erstellt, die zum Verteidigungsministerium gehört; der Auftrag dazu kam von der Regierung. Das Heft wird zu einem Zeitpunkt in Umlauf gebracht, an dem in Schweden intensiv über das Thema Sicherheit diskutiert wird. Hintergrund sind die Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 sowie jüngere Vorfälle, bei denen russische Flugzeuge und U-Boote in schwedisches Gebiet vorgedrungen sein sollen.“⁹

Vorbild Schweden?

Viele der den schwedischen Papieren zugrunde liegenden Annahmen lassen sich trefflich hinterfragen. Wie begründet sich beispielsweise die Aussage, die militärische Bedrohung durch Russland nehme zu, wenn es die NATO ist, die seit Jahren massiv die Rüstungshaushalte aufstockt. Die Ausgaben des Militärbündnisses (in die diejenigen, der „neutralen“ Staaten ja überhaupt nicht mit einfließen) stiegen zuletzt von 917 Mrd. Dollar (2017) auf 988 Mrd. Dollar (2018) an¹⁰, während das ohnehin im Vergleich geringe russische Budget von 66,5 Mrd. Dollar (2017) auf 61,4 Mrd. Dollar (2018) gesenkt wurde.¹¹

Es fällt schwer zu glauben, dass Russland angesichts dieser Zahlen eine ernsthafte militärische Bedrohung darstellt. Doch selbst wenn dies der Fall wäre: Dass eine Möglichkeit existiert, dass Schweden oder eines der Nachbarländer angegriffen wird, macht dies beileibe nicht wahrscheinlich – im Gegenteil, seine Militärpolitik auf dieser Annahme zu begründen entbehrt jeglicher Plausibilität.¹² Tatsächlich tragen die zahllosen Maßnahmen zur Aufrüstung der NATO-Ostflanke, in die Schweden trotz seiner vermeintlichen Neutralität knietief eingebunden ist, zur Gefahr bewaffneter Auseinandersetzungen massiv bei.

Es drängt sich deshalb dabei der Verdacht auf, dass die Bevölkerung mit der „Umfassenden Verteidigung“ in ihrer Alltagserfahrung vor allem auf die Akzeptanz des Neuen Kalten Krieges, die damit einhergehende Dämonisierung Russlands und daraus abgeleitete Rüstungsmaßnahmen eingeschworen werden soll. Außerdem mag sich „Zivile Verteidigung“ zunächst einmal gut anhören, aber nur solange geflissentlich ausgeblendet wird, dass sie in der Praxis nicht zuletzt auch der Zuarbeit zur „militärischen Verteidigung“ dient. Nicht zuletzt dies den Reiz des schwedischen Gesamtverteidigungskonzeptes (unter Führung

des Militärs) ausmachen, das sich insofern doch deutlich von der bereits 2016 verabschiedeten „Konzeption zivile Verteidigung“ unterscheidet, die nicht vom Verteidigungs-, sondern vom Innenministerium angefertigt wurde.¹³

In jedem Fall scheint ein Interesse zu bestehen, auch die deutsche Bevölkerung noch stärker in die Bemühungen gegen Russland einzubinden, als dies bislang der Fall ist. Um dies zu fördern, werden teils beachtliche argumentative Klimmzüge unternommen, so etwa, wenn die FAZ ausgerechnet John Lennons „Imagine“ ausmostet, um Vorzüge und Notwendigkeit eines Gesamtverteidigungskonzeptes schwedischer Prägung zu untermauern: „In Schweden, da sind sich Regierung und Opposition einig, soll sich künftig jeder Bürger und jede Bürgerin an der Verteidigung des Landes beteiligen. [...] ‘Stell dir vor es gibt keine Staaten mehr, (...) nichts, wofür man morden oder sterben müsste’, sang John Lennon in seinem berühmten Lied ‚Imagine‘. Was aber, wenn die Staatsgrenzen nicht so deutlich sind, wenn Krieg nicht Mord und Tod durch Soldaten, sondern Lahmlegung der Zivilgesellschaft bedeutet? Genau das scheint heute realistischer denn je zu sein. [...] Gerade weil die Bedrohungen sich immer mehr gegen die Zivilgesellschaft richten, müssten also selbst Pazifisten das Konzept einer Gesamtverteidigung mit resilienter ziviler Komponente gutheißen. Bürger, die mit Wasser und Thunfisch zur Verteidigung beitragen und ihre Vorräte auch untereinander teilen, während sich die Streitkräfte auf das vorwiegend militärische konzentrieren: dem sollte in Deutschland, wie in Schweden, jede Partei ohne Probleme zustimmen können. John Lennon hätte der Idee gewiss auch etwas abgewinnen können.“¹⁴

Anmerkungen

- 1 Von dem Weißbuch existiert nur eine 10seitige englische Zusammenfassung, aus der im Folgenden zitiert wird. Siehe The Swedish Defence Commission's white book on Sweden's Security Policy and the Development of the Military Defence 2021-2025, [The Swedish Defence Commission secretariat – unofficial summary](#), 14.05.2019.
- 2 Swedish Defence Commission: <https://www.government.se/government-of-sweden/ministry-of-defence/defence-commission/>
- 3 „Entwicklungen in Asien, besonders Chinas rasche Entwicklung und sein bestimmteres Auftreten, wird von zunehmender Bedeutung für die schwedische Außen- und Sicherheitspolitik sein. Die chinesische militärische Aufrüstung und seine wachsende globale Macht haben zur Folge, dass die USA sich mit ihrer Militär- und Sicherheitspolitik auf Asien konzentrieren werden.“ (Weißbuch 2019: S. 2)
- 4 Orange, Richard: Sweden's first new conscripts prepare to repel Russian invaders, [The Telegraph](#), 03.02.2019.
- 5 Die Daten stammen von Sipri: <https://www.sipri.org/databases/milex>
- 6 Rötzer, Florian: Schweden: Militär fordert Verdopplung des Verteidigungsbudgets, [Telepolis](#), 26.02.2018.
- 7 Resilience, The Total Defence Concept and the Development of Civil Defence 2021-2025, [The Swedish Defence Commission secretariat – unofficial summary](#), 20.12.2017.
- 8 „If Crisis or War Comes“, [The Swedish Civil Contingencies Agency](#) 2018.
- 9 Schweden bereitet seine Bürger auf den Ernstfall vor, [Spiegel Online](#), 20.05.2018.
- 10 Defence Expenditure of NATO Countries (2011-2018), [NATO Press Release](#), 14.03.2019.
- 11 Sipri a.a.O.
- 12 Siehe zur Kritik der „Russland-Szenarien“ zB Bryen, Stephen: Did RAND get it right in its war game exercise? [Asia Times](#), 13.03.2019.
- 13 Konzeption zivile Verteidigung, [BMI](#), 24.08.2016.
- 14 Braw, Elisabeth: Wir müssen vorbereitet sein, [FAZ](#), 23.04.2018.

Konzert statt Kakophonie?

Strategische Autonomie: Ein EU-Sicherheitsrat für die EU-Großmächte

von Jürgen Wagner

„Die nackte Wahrheit besteht darin, dass zwar alle Mitglieder auf dem Papier gleich sind, in der Praxis aber einige gleicher als andere sind.“¹

Spätestens mit Verabschiedung einer neuen Globalstrategie im Juni 2016 hat sich die Europäische Union auf die Fahnen geschrieben, so bald wie möglich eine „Strategische Autonomie“ zu erlangen.² Darunter wird die Fähigkeit verstanden, in den wichtigsten außen- und militärpolitischen Bereichen eigenständig ohne Abhängigkeiten von den USA (oder gar von Russland oder China) handlungsfähig zu sein.³ Gemeinhin wird davon ausgegangen, dass eine solche autonome Handlungsfähigkeit im militärischen Bereich drei Ebenen umfasst: Operative Autonomie bedeutet, über alle Planungskapazitäten sowie die entsprechenden Truppen und das Material zu verfügen, um selbstständig Kriege führen (und gewinnen) zu können; industrielle Autonomie soll in die Lage versetzen, Militärinterventionen mit Waffen aus „heimischer“ Produktion durchführen zu können; und politische Autonomie beinhaltet, auf oberster Ebene die „notwendigen“ Entscheidungsstrukturen für schnelle und reibungslose Beschlussfassungen zu etablieren.⁴

Vor diesem Hintergrund wurden in den letzten Jahren eine Reihe von Initiativen angeschoben, mit denen existierende „Defizite“ auf den diversen Ebenen behoben werden sollen. So zielt die „Europäische Interventionsinitiative“ (E2I) ebenso wie die Aufstellung eines EU-Hauptquartiers (MPCC) auf eine „verbesserte“ operative Handlungsfähigkeit. Insbesondere mit der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (PESCO) sowie dem „Europäischen Verteidigungsfonds“ (EVF) will man dagegen primär die industrielle Autonomie durch den Aufbau eines europäischen Rüstungskomplexes „verbessern“.⁵ Und was die politische Dimension anbelangt, so spielt in jüngster Zeit vor allem die Forderung nach einem „Europäischen Sicherheitsrat“ (ESR) eine zunehmend wichtigere Rolle.

Antreiber sind hierbei einmal mehr Deutschland und Frankreich, die sich davon versprechen, gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können: Einmal soll der Sicherheitsrat die Fähigkeit der Europäischen Union „verbessern“, ihr gesamtes globalpolitisches Gewicht zugunsten „ihrer“ (in Wahrheit der deutsch-französischen) Interessen in die Waagschale werfen zu können. Auf der anderen Seite ist es aber allenfalls nur ein Teil der Wahrheit, wenn ein Papier der „Konrad-Adenauer-Stiftung“ (KAS) behauptet, beim EU-Sicherheitsrat gehe es vor allem darum sicherzustellen, dass die EU-Außen- und Militärpolitik künftig nicht mehr als „Kakophonie“, sondern als „Konzert“ wahrgenommen werde.⁶ Denn mindestens ebenso wichtig ist es dem selbsternannten deutsch-französischen Führungsduo, dass sich die Union immer weiter vom Gleichheitsprinzip unter den Staaten entfernt und dadurch sichergestellt ist, dass sie es sind, die künftig die erste Geige im europäischen Konzert fidelein.

Machtpolitischer EU-Sicherheitsrat:

In einem Grundsatzpapier zur „Strategischen Autonomie“, an dem nicht weniger als 29 MitarbeiterInnen der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) beteiligt waren, wird deren Notwendigkeit machtpolitisch

folgendermaßen begründet: „Ein hoher Grad an strategischer Autonomie befähigt dazu, Regelwerke in der internationalen Politik aufrechtzuerhalten, weiterzuentwickeln oder zu schaffen und sich nicht unwillentlich fremden Regelwerken unterwerfen zu müssen. Das Gegenteil strategischer Autonomie wäre ein Status als Empfänger von Regeln und strategischen Entscheidungen, die Dritte – die USA, China oder Russland – mit unmittelbarer Wirkung für Europa treffen.“⁷

Für den politischen Bereich erfordere dies, effektiv, schnell und möglichst reibungslos Entscheidungen herbeiführen zu können, um die europäischen Interessen auf globaler Ebene durchzusetzen. Dies sei besonders deshalb aktuell dringender denn je, da dem Aufstieg von Ländern wie China nur kollektiv etwas entgegengesetzt werden könne, sonst würden den EU-Staaten über kurz oder lang die machtpolitischen Felle davon schwimmen. In diesem Sinn wurde etwa Ende April im „Berlin Policy Journal“ (und kurz darauf vom selben Autor auch gleich noch in der renommierten „Internationalen Politik“) argumentiert und ein EU-Sicherheitsrat gleich noch obendrauf als optimale Lösung angeboten: „In einer neuen strategischen Umgebung, in der rohe Machtpolitik in zunehmendem Maße dominiert, muss Europa selbst mächtiger werden, um die internationale Ordnung entlang seiner Prinzipien und Interessen mitgestalten zu können. Aber die existierenden Institutionen und Plattformen sind dem nicht gewachsen. [...] Aus diesem Grund macht es Sinn über eine neue Institution nachzudenken, die bereits von Macron und Merkel in Aussicht gestellt wurde: einen Europäischen Sicherheitsrat.“⁸

Das größte Problem sei, dass sich die EU in der Praxis derzeit noch als eine „langsam mahlende Konsensmaschine“ erweise, beklagen in diesem Zusammenhang die Regierungsberater der „Stiftung Wissenschaft und Politik“.⁹ Tatsächlich müssen (bislang noch) nahezu sämtliche Entscheidungen im Außen- und Militärbereich der Europäischen Union einstimmig getroffen werden, was den kleinen und mittleren EU-Staaten weitreichende Einflussmöglichkeiten einräumt, ihnen unliebsame Entscheidungen blockieren zu können. In einem anderen SWP-Papier wird deshalb genau dies als größtes Problem identifiziert: „Der Weg zur Entscheidungsfindung in der EU [ist] zu lang. Größter Hemmschuh ist hier das Gebot der Einstimmigkeit unter den Mitgliedstaaten.“¹⁰

Nachdem Deutschland und Frankreich spätestens seit der Unterzeichnung des Aachener-Vertrages im Januar 2019 immer offener darauf pochen, der EU-Außen- und Militärpolitik mehr oder weniger im Alleingang ihren Stempel aufzudrücken, wird dieses Konsensprinzip aus deren Sicht als zunehmendes Ärgernis empfunden. Um hier Abhilfe zu schaffen, werden derzeit vor allem zwei Optionen debattiert: Schon länger drängen vor allem deutsche Vertreter auf die Einführung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Militärpolitik (65% der EU-Bevölkerung und 55% der EU-Mitgliedsstaaten), wodurch die Mitsprachemöglichkeiten der kleineren EU-Staaten massiv beschnitten würden.¹¹

Als Alternative oder als Ergänzung dazu nimmt derzeit mit dem EU-Sicherheitsrat eine weitere Option Fahrt auf, wobei es Deutschland und Frankreich, die diese Idee vorantreiben. Dies ist allerdings auch kein Wunder, schließlich laufen nahezu alle derzeit diskutierten Vorschläge darauf hinaus, eine Art Direktorium ins Leben zu rufen, dem die beiden Staaten permanent vorsitzen würden, während der Großteil der anderen EU-Mitglieder massiv an Einfluss einbüßen würde.

Genese der EU-Sicherheitsratsdebatte

Mindestens seit Anfang der 1980er Jahre kursieren diverse Modelle für einen möglichen Europäischen Sicherheitsrat.¹² Initialzündung der neueren Debatte war allerdings das Brexit-Referendum am 23. Juni 2016, in dem sich eine Mehrheit der britischen Bevölkerung für einen Austritt aus der EU aussprach. Von diesem Zeitpunkt an hatte sich die bisherige Rolle Großbritanniens als Bremsklotz nahezu sämtlicher Initiativen zum Ausbau des Außen- und Militärapparates über Nacht erledigt. Schnell ergriffen Deutschland und Frankreich in einem gemeinsamen Papier der damaligen Außenminister Jean-Marc Ayrault und Frank-Walter Steinmeier die Initiative und beanspruchten am 27. Juni 2016 nicht nur die Führungsrolle beim Ausbau der Union zu einem (militärischen) globalen Akteur, sondern präsentierten auch eine Reihe hierfür für geeignet befundener Initiativen – u.a. einen EU-Sicherheitsrat.¹³ Diese Vorlage wurde von Emmanuel Macrons „Partei“ En Marche aufgegriffen, die u.a. mit der Forderung nach einem solchen EU-Sicherheitsrat in den Wahlkampf 2017 ging.¹⁴ Daran anschließend befürwortete auch Kanzlerin Angela Merkel Anfang Juni 2018 diese Idee¹⁵, die dann auch in der Abschlusserklärung des deutsch-französischen Treffens von Meseberg später im selben Monat prominent erwähnt wurde.¹⁶

Im November 2018 griff Angela Merkel den Vorschlag noch einmal in ihrer Rede vor dem Europäischen Parlament auf und rückte ihn gleich auch noch in den entsprechenden machtpolitischen Kontext: „Wir merken doch schon jetzt, dass wir als Europäer unsere Interessen überall dort viel besser verteidigen können, wo wir gemeinsam auftreten. Nur geschlossen ist Europa stark genug, um auf der globalen Bühne gehört zu werden und seine Werte und Interessen verteidigen zu können. [...] Das heißt nichts anderes, als dass wir Europäer unser Schicksal stärker in unsere eigene Hand nehmen müssen, wenn wir als Gemeinschaft überleben wollen. Das bedeutet, dass Europa langfristig außenpolitisch handlungsfähiger werden muss. Deshalb müssen wir bereit sein, unsere Entscheidungswege zu überdenken und verstärkt dort auf Einstimmigkeit zu verzichten, wo die Verträge dies möglich machen und wo immer es möglich ist. Ich habe vorgeschlagen, dass wir einen europäischen Sicherheitsrat mit wechselnden, rotierenden Besetzungen der Mitgliedstaaten einrichten, in dem wichtige Beschlüsse schneller vorbereitet werden können.“¹⁷

Schließlich legte Macron im März 2019 noch einmal in einem „Brief an die EU-Bürger“ nach: „Wir müssen unsere unentbehrlichen Verpflichtungen in einem Vertrag über Verteidigung und Sicherheit festlegen, im Einklang mit der NATO und unseren europäischen Verbündeten: Erhöhung der Militärausgaben, Anwendungsfähigkeit der Klausel über die gegenseitige Verteidigung, Europäischer Sicherheitsrat unter Einbeziehung Großbritanniens zur Vorbereitung unserer gemeinsamen Entscheidungen.“¹⁸ Dicht (in dieser Sache) auf dem Fuße des französischen Präsidenten folgte dann noch die neue CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer nur wenige Tage später nahezu wortgleich: „Die CDU-Vorsitzende schlägt außerdem vor, in einem ‚Europäischen Sicherheitsrat unter Einbeziehung Großbritanniens über gemeinsame außenpolitische Positionen zu



entscheiden und gemeinsames Handeln in der Sicherheitspolitik zu organisieren.“¹⁹

Soweit, so vage: Zwar finden sich etwa in den Äußerungen Merkmals minimale Hinweise über den Charakter des anvisierten Sicherheitsrates („rotierend“), darüber hinaus blieben aber sowohl die Kanzlerin als auch ihr französischer Kollege Details ebenso schuldig, wie die meisten anderen Politiker, die ihren Hut für die neue Organisation in den Ring geworfen hatten.²⁰ Insofern lohnt ein genauerer Blick auf einige der von Denkfabriken ausgearbeiteten Vorschläge zu Art und Charakter der geplanten Institution.

Kompetenzen: „Positiver“ Gruppendruck

Ungeachtet einiger Differenzen im Detail, ähneln sich die meisten aktuell zirkulierenden Vorschläge zur Ausgestaltung des vorgeschlagenen EU-Sicherheitsrates. Papiere dazu stammen unter anderem aus dem Haus der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ oder der CDU-nahen „Konrad-Adenauer-Stiftung“, wobei die ausführlichste Ausarbeitung vom „Wilfried Martens Centre for European Studies“ kommt, der offiziellen Denkfabrik der „Europäischen Volkspartei“, dem Zusammenschluss konservativer Parteien auf EU-Ebene.

Eine besonders ambitionierte Vision bringt die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ ins Spiel: „An [die ESR-]Mitglieder müssten möglichst viele EU-Staaten das Recht delegieren, in ihrem Namen Beschlüsse zu Fragen der internationalen Politik zu fassen. [...] Zu den politischen Entscheidungen, die in seine Verantwortung fallen könnten, gehören die drei Instrumente der GASP: der Gemeinsame Standpunkt, die Gemeinsame Aktion sowie die Gemeinsame Strategie. Bislang müssen diese überwiegend einstimmig beschlossen werden.“²¹ Allerdings räumt die Denkfabrik auch gleich ein, aufgrund der „nationalstaatlichen Beharrungskräfte“ sei „dieses Modell auf absehbare Zeit nicht zu verwirklichen.“²²

Allein schon weil es illusorisch ist, dass die kleinen und mittleren Staaten dem zustimmen würden, sind sich deshalb alle Papiere darin einig, dass die sensibelsten Entscheidungen der „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) nicht allein vom ESR gefällt werden können – die KAS etwa schreibt: „Entscheidungen wie die über künftige EU-Erweiterungen müssten dem Gesamtkollegium der Staats- und Regierungschefs vorbehalten bleiben. Auch sollten GSVP-Missionen zunächst weiterhin vom Rat mandatiert und die Zusammenarbeit mit der NATO bei Einsätzen von allen Mitgliedstaaten beschlossen werden.“²³

Dennoch soll der ESR weitreichende Kompetenzen erhalten, insbesondere die Fähigkeit, Entscheidungen „vorzubereiten“, wie es bereits von Angela Merkel angedeutet worden war. Hierüber soll es den „restlichen“ EU-Staaten erschwert werden, sich erst einmal im Vorfeld bereits festgelegter Positionen zu widersetzen, wofür das „Martens Centre“ folgendes Kompetenzbündel vorschlägt: „Der ESR würde die Kompetenz haben, Resolutionen über internationale Konflikte zu verabschieden und alle fünf Jahre ohne weiteren Input anderer Nicht-ESR-EU-Länder eine neue Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) aufzulegen. Er würde auch in der Lage sein, dem Rat Vorschläge für Exekutivhandlungen zu unterbreiten [...]“²⁴ Mehr noch: „Sollten die ESR-Mitgliedsstaaten nach Anhörung der relevanten Experten zu einem Konsens gelangt sein, wie die EU auf eine bestimmte Krise oder Herausforderung reagieren sollte, hätte der ESR das Recht, einen Entwurf für eine Ratsentscheidung anzufertigen, um schnellere EU-

Rangliste für Ständige Sitze im Europäischen Sicherheitsrat

Land	Wert	Land	Wert
Frankreich	1,00	Dänemark	0,07
Deutschland	0,97	Finnland	0,07
Italien	0,70	Bulgarien	0,06
Spanien	0,47	Slowakei	0,05
Polen	0,37	Irland	0,04
Niederlande	0,21	Kroatien	0,04
Rumänien	0,17	Litauen	0,03
Griechenland	0,13	Slowenien	0,02
Belgien	0,12	Lettland	0,02
Schweden	0,12	Estland	0,01
Portugal	0,11	Zypern	0,01
Tsch. Republik	0,10	Luxemburg	0,01
Österreich	0,09	Malta	0,00
Ungarn	0,09		

Quelle: Nováky, Niklas: *EU It Yourself: a blueprint for a European Security Council*, [Martens Centre for European Studies](#) 2019, S. 29

Entscheidungen zu ermöglichen. Diese Ratsentscheidungen könnten beispielsweise die Entsendung einer neuen zivilen oder militärischen Operation, die Verhängung von Sanktionen oder die vorübergehende Schließung der diplomatischen EU-Präsenz in einem Land, das schwerer Menschenrechtsverletzungen für schuldig befunden wird, betreffen.“²⁵

Und dann entscheidend: „Angesichts der Tatsache, dass die mächtigsten EU-Staaten auch stets im ESR repräsentiert wären, wäre es für Nicht-ESC-Mitglieder nicht einfach, die Annahme solcher Entwürfe für Ratsentscheidungen zu verhindern, sollte der ESR sie einmal auf die Ratsagenda gesetzt haben. Der Grund dafür besteht darin, dass positiver Gruppendruck [„positive peer-pressure“] Nicht-ESR-Mitglieder wahrscheinlich in Richtung einer Unterstützung der vom ESR vorgeschlagenen Maßnahmen drängen würde, selbst wenn sie sie nicht voll unterstützen sollten.“²⁶

In etwas anderen Worten beschreibt die KAS das mit dem ESR verbundene Ziel, renitente Mitgliedsstaaten außerhalb des Gremiums „auf Linie“ zu bringen, folgendermaßen: „Mit dem ESR wäre daher eine doppelte Hoffnung verbunden: Einerseits würde der ESR die Formulierung klarer und eindeutiger Politiken im EU-Rahmen befördern. Andererseits würden Abweichler durch die erhöhte Sichtbarkeit und den erhöhten Erklärungsaufwand angereizt, sich nur bei sensiblen Entscheidungen, die für sie von zentraler Bedeutung wären, vom Votum des ESR zu distanzieren.“²⁷

Komposition: Ein EU-Direktorium

Aufgrund der potenziell weitreichenden Möglichkeiten, über einen EU-Sicherheitsrat andere Mitgliedsstaaten an die Kandare zu nehmen, ist seine mögliche Zusammensetzung von entscheidender Bedeutung. Insofern verwundert es auch nicht weiter, dass fast alle Vorschläge hierzu den großen EU-Staaten ständige Sitze und Vetomöglichkeiten einräumen wollen. Zumeist stellen sich die „Denkfabrikler“ die Zusammensetzung in etwa so vor, wie hier die „Stiftung Wissenschaft und Politik“: „Dem Europäischen Rat als Zentrum der

GASP würde ein Direktorium übergeordnet, zum Beispiel ein Europäischer Sicherheitsrat (EU-SR). In einer solchen Super-Formation wären die fünf größten EU-Länder Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Polen sowie der Präsident des Europäischen Rats als ständige Mitglieder vertreten. Sie würden von sechs weiteren EU-Ländern nach dem Rotationsprinzip ergänzt, wobei das Vorsitzland im Rat immer einen der »rotierenden« Sitze hielte.²⁸

Eine wenigstens – im Sinne von Kriterien – nachvollziehbare Begründung, wie sich ein solcher Sicherheitsrat zusammensetzen soll, liefert das „Martens Centre“: Zehn Staaten sollen es sein, wobei fünf ständige Sitze an die mächtigsten EU-Staaten vergeben werden sollten, die um drei rotierende und zwei fall-spezifische Mitglieder ergänzt würden. Als „quantifizierbare Kriterien“ für die Auswahl der ständigen Mitglieder nennt das „Martens Centre“ die Bevölkerungsgröße im Vergleich zu der Frankreichs (als dem aus Sicht der Denkfabrik militärisch stärksten EU-Akteur), die kombiniert mit der Höhe der Militärausgaben im Verhältnis zu der Frankreichs einen Wert ergeben soll, der dann darüber entscheidet, ob ein Land in den erlauchten Kreis der ständigen EU-Sicherheitsratsmitglieder aufgenommen wird. Um eine gewisse Durchlässigkeit bei sich ändernden Machtverhältnissen zu gewährleisten, schlägt die Denkfabrik dann noch vor, dass diese Rangliste alle fünf Jahre einer Überprüfung unterzogen wird.²⁹

Ausgerechnet die „Konrad-Adenauer-Stiftung“ schert hier ein wenig aus, indem sie vorschlägt, dass beileibe nicht allen EU-Großmächten ein obligatorischer Platz am ESR-Tisch garantiert werden sollte: „Eines der drei bevölkerungsreichsten EU-Mitgliedstaaten sollte ebenfalls vertreten sein: Deutschland, Frankreich und Italien.“³⁰ Allerdings mildert sie im selben Atemzug die verwegene Vorstellung, die EU-Großmächte – und insbesondere Deutschland – könnten (wie im Übrigen die meisten anderen EU-Mitglieder ja auch) von relevanten Entscheidungen ausgeschlossen werden, entscheidend ab. Dies geschieht, indem finanziell begründete Vetorechte eingeschleust werden, die dann den Großmächten doch wiederum alle Optionen in die Hände spielen würden: „Alternativ wäre denkbar, im Vorhinein ein Quorum zu definieren, in dem, ähnlich dem Rotationsverfahren bei der Besetzung des ESR, das Widerspruchsgewicht der Staaten in Abhängigkeit vom Haushaltsanteil ihrer Verteidigungs- und Entwicklungshilfenausgaben oder von ihrer Beteiligung in GSVP-Missionen (finanziell und personell) Eingang fände (gewichtetes Veto). Denn wer bezahlt, soll nicht überstimmt werden dürfen.“³¹

Bruch des Gleichheitsprinzips

Freundlich formuliert leidet die EU schon heute unter einem Besorgnis erregenden Demokratiedefizit: „Kein Land, das so verfasst wäre wie die EU und die Eurozone, könnte jemals selbst Mitglied in dieser Union werden.“³² Dies trifft vor allem auf die Außen- und Militärpolitik zu, wo die Regierungen der Staaten im Rat (Exekutive), weitgehend unbehelligt von EU-Parlament (Legislative) oder EU-Gerichtshof (Judikative) schalten und walten können, wie es ihnen gerade beliebt. Diese Machtkonzentration wird nun seit einigen Jahren durch eine immer stärkere Verschiebung der Macht- und Einflussmöglichkeiten innerhalb des Rates auf die EU-Großmächte verstärkt. Hierüber wird nicht nur das bestehende Demokratiedefizit weiter akzentuiert, sondern der gesamte Charakter der Europäischen Union nimmt hierüber immer hierarchischere Züge an.³³

Das Interesse der Großmächte an dieser Entwicklung liegt

auf der Hand. Weshalb aber kleine und mittlere Staaten ohne Not zustimmen sollten, die Entscheidungsgewalt über ihre Außen- und Militärpolitik an ein wie auch immer dann konkret zusammengesetztes Gremium wie den ESR abzugeben, steht auf einem ganz anderen Blatt. Und tatsächlich, auch hier sind sich alle Papiere einig, sei es nachvollziehbar, dass ein EU-Direktorium eine Pille sei, die für viele EU-Länder nur schwer zu schlucken wäre. So räumt die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ ein: „Mit der Einrichtung eines Europäischen Sicherheitsrates dürften sich vor allem die kleineren EU-Mitgliedstaaten schwertun. [Daher] dürfte es bei vielen Mitgliedstaaten auf Unverständnis stoßen, wenn Deutschland und Frankreich eine derart prominente Stellung eingeräumt würde. Deshalb besteht die Gefahr, dass zahlreiche Mitgliedstaaten den ESR ablehnen würden.“³⁴

Die Einrichtung eines EU-Sicherheitsrates sei ein klarer „Bruch mit dem Gleichheitsgrundsatz“, so die Regierungsberater in einem anderen Papier. Andererseits lägen die machtpolitischen Vorteile eines solchen Gremiums auf der Hand, es sei deshalb unklar, ob es sich als „Befreiungsschlag oder Spaltpilz“ erweisen werde.³⁵ Ungeachtet des vermeintlich sorgsam Abwägens von Pro und Contra ist das abschließende Urteil, ob es einen EU-Sicherheitsrat braucht, am Ende doch völlig eindeutig: „Um das politische Gewicht des ESR zu erhöhen, wird man jenen Staaten Europas eine Vorzugsstellung einräumen müssen, die aufgrund ihrer Ambitionen und Ressourcen besondere Verantwortung für die außenpolitische Handlungsfähigkeit Europas tragen. Sie könnten entweder durch einen ständigen, nichtrotierenden Sitz oder aber durch eine Vetoposition bei Abstimmungen privilegiert werden.“³⁶

Zu ganz ähnlichen Ergebnissen kommt auch das „Martens Centre“ nach Abwägung derselben Pro und Contra-Argumente: „Zumindest einige der Länder, die beim ESR außen vor bleiben würden, werden nahezu sicher ihre Bedenken äußern. Aber sollte es die EU ernst mit ihren Ambitionen meinen, strategisch autonom zu werden, wenn sie ein effektiverer internationaler Akteur werden will, der auf globaler Ebene auf Augenhöhe mit Riesen wie Russland, China und den USA mithalten kann, dann gibt es keine Alternative zu einer wie auch immer getarteten Stärkung („empowerment“) der großen EU-Mitgliedstaaten in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. „Die nackte Wahrheit besteht darin, dass zwar alle Mitglieder auf dem Papier gleich sind, in der Praxis aber einige gleicher als andere sind. Die EU-Außenpolitik wird es überleben, wenn beispielsweise Belgien nicht bereit ist, eine gemeinsame Position gegenüber Venezuela zu unterstützen. Was sie aber nicht überleben wird ist, wenn es Deutschland oder Frankreich nicht tun.“³⁷

Es bleibt abzuwarten, ob sich Deutschland und Frankreich mit ihren Ideen tatsächlich werden durchsetzen können – in jedem Fall dürften die Reaktionen von Belgien und den vielen anderen „Außenseibern“, die an den Katzentisch der EU verbannt werden sollen, interessant werden.

Anmerkungen

- 1 Nováky, Niklas: EU It Yourself: a blueprint for a European Security Council, [Martens Centre for European Studies](#) 2019, S. 44.
- 2 „Die europäischen Anstrengungen auf dem Gebiet der Sicherheit und der Verteidigung sollten die EU in die Lage versetzen, autonom zu handeln und gleichzeitig zu Maßnahmen der NATO beizutragen und gemeinsam mit ihr Maßnahmen durchzuführen. Eine glaubwürdigere europäische Verteidigung ist auch für eine gesunde transatlantische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von wesentlicher Bedeutung.“ (Gemeinsame Vision, gemein-

- sames Handeln: Ein stärkeres Europa. Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Brüssel, 28.06.2016, S. 16)
- 3 „Strategische Autonomie wird hier als die Fähigkeit definiert, eigene außen- und sicherheitspolitische Prioritäten zu setzen und Entscheidungen zu treffen, sowie die institutionellen, politischen und materiellen Voraussetzungen, um diese in Kooperation mit Dritten oder, falls nötig, eigenständig umzusetzen.“ (Lippert, Barbara u.a.: Strategische Autonomie Europas. Akteure, Handlungsfelder, Zielkonflikte, [SWP-Studie 2](#), Februar 2019.
 - 4 Drent, Margriet: European strategic autonomy: Going it alone? Clingendael Policy Brief, August 2018, S. 4.
 - 5 Siehe Haydt, Claudia/Wagner, Jürgen: Die Militarisierung der EU, Berlin 2018, insb. Kapitel 8 und 9.
 - 6 Wientzek, Olaf/Rieck, Christian E.: Brüssels neue Telefonnummer? Wie ein Europäischer Sicherheitsrat die EU-Außenpolitik stärken könnte, Konrad-Adenauer-Stiftung, Analysen & Argumente, Nr. 311, August 2018, S. 5.
 - 7 Lippert u.a. 2019, S. 5.
 - 8 Speck, Ulrich: Why Europe Needs a Security Council, [Berlin Policy Journal](#), 30.04.2019; ders.: Ein strategischer Baustein, in: Internationale Politik, Mai/Juni 2019. Ganz ähnlich äußerte sich Anfang Mai 2019 auch David McAllister: „Einen europäischen Sicherheitsrat fordert der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Europaparlament, David McAllister. Der Spitzenkandidat der niedersächsischen CDU für die Europawahl verlangt zudem die Möglichkeit von Mehrheitsentscheidungen im EU-Außenministerrat. Bisher muss das Gremium einstimmig entscheiden. [...] ‚Handelspolitisch sind wir auf Augenhöhe mit den USA und China, außenpolitisch verzetteln wir uns aber im Kleinklein.‘“, (McAllister fordert europäischen Sicherheitsrat, [süddeutsche.de](#), 06.05.2019)
 - 9 Lippert u.a. 2019, S. 9.
 - 10 Kaim, Markus/Kempin, Ronja: Ein Europäischer Sicherheitsrat. Mehrwert für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU? [SWP-Aktuell](#) 2018/A 65, November 2018, S. 2. Schon Anfang 2018 kritisierte Wolfgang Ischinger, der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz: „Solange jeder Kleinstaat mit einem Veto eine gemeinsame Außenpolitik verhindern kann, wird die EU bei der Lösung internationaler Krisen [...] nur eine Nebenrolle spielen.“ (Haydt, Claudia/Lösing, Sabine: Der Griff nach der Macht, in: [AUSDRUCK](#) (Dezember 2018), S. 12)
 - 11 Vgl. Haydt/Lösing 2018.
 - 12 Nováky 2019, S. 15ff.
 - 13 „Um diese Anstrengungen voranzutreiben, schlagen Deutschland und Frankreich vor, dass der Europäische Rat einmal jährlich als Europäischer Sicherheitsrat tagt, um über Fragen der inneren und äußeren Sicherheit und Verteidigungsfragen der EU zu beraten. Dieser Europäische Sicherheitsrat sollte durch ein Treffen der Außen-, Verteidigungs- und Innenminister vorbereitet werden.“ (Ayrault, Jean-Marc/Steinmeier, Frank-Walter: Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt, [Auswärtiges Amt](#), Stand 27.06.2016)
 - 14 Frontini, Andrea: The ‘Macron effect’ on European defence: En Marche, at last? [European Policy Centre](#), 1 June 2017.
 - 15 Gutschker, Thomas/Lohse, Eckart: Kanzlerin Merkel im Gespräch: Europa muss handlungsfähig sein – nach außen und innen, [Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung](#), 03.06.2018.
 - 16 Es gelte „neue Möglichkeiten zu prüfen, wie die EU-Entscheidungsfindung in unserer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beschleunigt und effizienter gemacht werden kann. Wir brauchen eine europäische Debatte über neue Formate, zum Beispiel einen EU Sicherheitsrat, und über Möglichkeiten einer engeren Abstimmung innerhalb der EU und in externen Foren.“ (Erklärung von Meseberg. Das Versprechen Europas für Sicherheit und Wohlstand erneuern, [Die Bundesregierung](#), Pressemitteilung 214, 19.06.2018)
 - 17 Rede von Bundeskanzlerin Merkel vor dem Europäischen Parlament, [Straßburg](#), 13.11.2018.
 - 18 „Der Moment des Neubeginns in Europa“, [Spiegel Online](#), 05.03.2019.
 - 19 Kramp-Karrenbauer hat eigene Pläne für Europa, [Spiegel Online](#), 09.03.2019.
 - 20 Ähnlich vage blieb beispielsweise auch Außenminister Heiko Maas, als er sich bereits im Oktober 2018 für einen EU-Sicherheitsrat aussprach: «Wir müssen die EU endlich außenpolitikfähig machen. [...] In einem solchen Format [dem ESR] könnten wir in einem kleineren Kreis wechselnder Mitglieder - stellvertretend für die gesamte EU - rascher und intensiver an der Lösung aktueller Krisen arbeiten.» (Berlin will Europäischen Sicherheitsrat, [süddeutsche.de](#), 08.10.2018)
 - 21 Kaim/Kempin 2018, S. 4.
 - 22 Ebd., S. 4.
 - 23 Wientzek/Rieck 2018, S. 5.
 - 24 Nováky 2019, S. 9.
 - 25 Ebd., S. 34.
 - 26 Ebd., S. 34f.
 - 27 Wientzek/Rieck 2018, S. 5.
 - 28 Lippert u.a. 2019, S. 11.
 - 29 Nováky 2019, S. 28. Dieser Vorschlag klammert Großbritannien explizit aus. Dennoch halten sowohl Merkel und Macron als auch einige der Vorschläge aus den Denkfabriken eine britische Mitgliedschaft im ESR sowohl für denkbar als auch augenscheinlich für wünschenswert. Wie dies aber nach einem Brexit funktionieren soll, bleibt einigermaßen schleierhaft.
 - 30 Wientzek/Rieck 2018, S. 6.
 - 31 Ebd., S. 7.
 - 32 Schuhmann, Harald: Blackbox EU: Wie demokratisch ist Europa? in: [Blätter für deutsche und internationale Politik](#), 5/2019, S. 41-51, S. 50.
 - 33 Vgl. Haydt/Wagner 2018.
 - 34 Kaim/Kempin 2018, S. 5.
 - 35 Lippert u.a. 2019, S. 39.
 - 36 Kaim/Kempin 2018, S. 6.
 - 37 Nováky 2019, S. 44.



Dient augenscheinlich einigen EU-Modellen als Vorbild: UN-Sicherheitsrat. Quelle: Patrick Gruban / Flickr

Künstliche Intelligenz als Cloud Service

Folgen für Gesellschaft, Geheimdienst und Militär

von Arkadi Schelling

Im Mai 2018 gab es einen kleinen Skandal um Überwachungstechnologie. Die amerikanische Bürgerrechtsvereinigung ACLU kritisierte den Cloud Anbieter Amazon Web Services (AWS) für den Betrieb des Internetdienstes *Rekognition*.¹ Mit dem seit Ende 2016 bestehende Softwaredienst des umtriebigen Onlinehandelsriesen können unter anderem Objekte, Gesichter, Basisemotionen und Laufwege in Fotos und Videos erkannt und analysiert werden. Diesen Dienst bewirbt AWS erfolgreich bei Strafverfolgungsbehörden. Interne Dokumente zeigen, dass unter anderem Washingtoner Kreispolizist*innen mit einer App die Bilder von Verdächtigen gegen eine Datenbank von ehemaligen Gefängnisinsassen abgleichen können. Die Videokameras des Gebiets sind ebenfalls mit Amazons System verbunden. Als nächsten Schritt rät der Cloud Anbieter zu vernetzten Bodycams, also an Polizist*innen befestigte Überwachungskameras. Die Bürger*innen vor Ort wurden vor der Einführung 2017 freilich weder gefragt noch informiert. Sogar behördeninterne Stimmen sagten korrekt vorher, dass die ACLU diesen Schritt als eine schlüpfrige Affäre von der Regierung mit Big Data sehen würde.² Die Kritik der Bürgerrechtler*innen verlief entlang mehrerer Linien. Die grundlegende Kritik an automatisierter und anlassloser Massenüberwachung ist klar. Menschen verhalten sich unfreier, wenn sie beobachtet werden. Seit Trump müssten selbst die gutgläubigsten US-Amerikaner*innen ihre Zweifel haben, dass solche Systeme niemals für persönliche Zwecke oder staatliche Repression missbraucht werden. Außerdem betreffen polizeiliche Maßnahmen und Überwachung überproportional viele Menschen, die Minderheiten angehören. Um diesen Punkt zu unterstreichen, veröffentlichte die ACLU einen zweiten Blogpost, in dem sie die Bilder von Kongressabgeordneten gegen eine selbst erstellte Häftlingsfotodatenbank abglich. Im Ergebnis zeigte sich, dass People of Color ein doppelt so hohes Risiko haben fälschlicherweise verdächtigt zu werden. Die Entwickler*innen von *Rekognition* verweisen ihrerseits verschnupft auf die inkorrekte Kalibrierung ihrer Bilderkennungssoftware und vergleichen das Experiment mit einer verbrannten Pizza aufgrund zu heißer Ofentemperatur.³

Künstliche Intelligenz in der Cloud

Ein Kern von *Rekognition* ist sogenannte Künstliche Intelligenz. Das aktuell wichtigste Werkzeug ist Maschinelles Lernen, welches eine Sammlung statistischer Verfahren und Softwaretechniken ist. Dabei wird ein Modell mit bekannten Daten trainiert, um für unbekannte Daten Vorhersagen zu treffen. Alle Daten über Menschen enthalten jedoch gesellschaftlich bedingte Verzerrungen, beispielsweise die überproportional häufigen People of Color auf Häftlingsfotos. Essentiell ist zudem die Optimierung des Modells anhand einer einzigen Kennziffer, die die Entwickler*innen festlegen müssen. Es macht einen Unterschied, ob die Gesichtserkennung im Training eine gesellschaftsagnostische Gesamtgenauigkeit optimiert, oder Genauigkeiten

für Minderheiten mit verrechnet werden. So versteckt sich hinter vermeintlich neutraler Mathematik eine Weltsicht und politische Vision. Die Verwendung von Maschinellern Lernen auf der Grundlage personenbezogener Daten für sozial relevante Entscheidungen ist somit kritisch zu hinterfragen.

Viele KI-basierten automatisierten Entscheidungsfindungen führen außerdem zu Problemen aufgrund fehlender Interpretierbarkeit, Geheimhaltung und dem Entzug gesellschaftlicher Kontrolle. Frank Pasquale beschreibt in seinem Buch *Black-Box Society* solche Blackbox-Algorithmen, die nicht öffentlich sind, obwohl sie die Gesellschaft stark beeinflussen. Ein Beispiel ist die Beförderung der Banken- und Wirtschaftskrise von 2008 durch automatisierten Aktienhandel und Risikoabschätzungen von komplexen Finanzprodukten. Aktuell breit diskutiert werden auch die Google-Suche und Facebook-Timeline, die die Weltsicht und politischen Überzeugungen vieler Menschen prägen. Weitere Beispiele gehen von der Ablehnung eines neuen Handyvertrags aufgrund einer schlechten Schufa-Auskunft bis zur Einflussnahme auf einen Richterspruch durch vorhergesagte Rückfälligkeitswahrscheinlichkeit einer*r Straftäter*in. Manche dieser undurchsichtigen Algorithmen sollen lediglich als nicht-bindende Entscheidungshilfe für einen Menschen verwendet werden. Eine Gefahr besteht dabei in einer Fehlinterpretation der Vorhersage, dessen Begründung aufgrund der Blackbox verschleiert ist. Ebenso ist der psychologische Effekt des Automation Bias bekannt, der besagt, dass Menschen dazu neigen, einer automatisierten Entscheidung übermäßig viel zu vertrauen. Aufgrund dieser Verschleierung und der Vorurteile sowohl in der Datengrundlage als auch der menschlichen Entscheidungsträger*innen haben Blackbox-Algorithmen ein großes Potential für unvorhergesehene Eskalation gesellschaftlicher Ungerechtigkeiten.

Der rasante Aufstieg des Maschinellen Lernens in den letzten zwanzig Jahren kann durch die größeren Rechenleistung und die steigende Vernetzung mit höheren Datenmengen erklärt werden. Ein weiterer Faktor ist der wirtschaftliche Anreiz werbefinanzierter Produkte. Gekoppelt mit Verhaltenspsychologie ist Maschinelles Lernen ein Baustein, um in großem Maßstab die Verweildauer und Klickfreudigkeit von Nutzer*innen zu vergrößern und damit die Werbeeinnahmen zu optimieren. Die psychologische Manipulierbarkeit der User verleitete bereits manche zum Ausruf eines vermeintlichen "Endes der Theorie"⁴, vor allem zeigt sich hier aber das Menschenbild der Konzerne, welches durch den Euphemismus "User Experience" verschleiert wird. Die größere Nachfrage nach komplexer Mathematik und Software, die für diesen finanziellen Erfolg nötig ist, wird auch durch immer einfacher nutzbare Implementierungen ermöglicht. In diesem Licht ist sowohl das Beispiel "AWS Rekognition" als auch der generellere Dienst "Machine Learning as a Service" zu interpretieren, wie er inzwischen von allen großen Cloud Anbietern angeboten wird. Die Technik wird damit deutlich mehr Unternehmen zugänglich gemacht, die vorher aufgrund fehlender Größe oder Expertise nicht mit Machine Learning arbeiteten. So sind selbst die privaten Unternehmen, die an erwähnten Blackbox-Algorithmen Geld verdienen, selbst nur Nutzerinnen von Blackboxen. Verstärkt wird dieser Trend zum Unverständnis durch die Verwendung von Techniken wie Transfer Learning, wo bestehende Modelle

angepasst werden, um eine neue Aufgabe zu lösen. So können beispielsweise höhere Erkennungsraten von Hauterkrankungen erreicht werden, wenn als Grundlage ein allgemeineres Modell zur Objekterkennung auf Fotos verwendet wird, wie sie beispielsweise von Google zur freien Verfügung gestellt wird. Ob es sich um dasselbe Modell handelt, welches für seinen rassistischen Bias bekannt ist, bleibt dabei unerwähnt.⁵

Die Kritik an den einfach verfügbaren neuen Werkzeugen für Massenüberwachung und für psychologische Beeinflussung geht nicht an den Unternehmen vorbei. Während von Amazon und Microsoft vor allem Lippenbekenntnisse kommen,⁶ verweist Google im Guide zur Transfer-Learning-Plattform *TensorflowHub* selbst auf die Problematik unbekannter Trainingsdaten und ihre firmeneigene Forschung und Empfehlungen zu »fairem Maschinellen Lernen«. Während solche selbst gegebenen Richtlinien ein erster Schritt sind, stellt sich doch die Frage, wer hier definiert, was »fair« ist.⁷ Facebook unterstützt mit 6,5 Millionen Euro ein Institut der TU München zur Untersuchung ethischer Fragen bei der Anwendung von KI. Zwar werden keine inhaltlichen Vorgaben gestellt, dennoch wird der Institutsleiter ein Interesse an einer Fortführung des auf fünf Jahre begrenzten Programms haben.

In der einleitenden Geschichte zeigen sich beispielhaft alle diese grundlegenden Probleme bei der Anwendung sogenannter Künstlicher Intelligenz zur Lösung gesellschaftlicher Aufgaben. Im Grundsatz hat sich die technokratische Utopie, gesellschaftliche Aufgaben allein mit neuer Technik zu lösen, im letzten Jahrhundert nicht erfüllt. Im Gegenteil kann die Konzentration von Technik und Wissen die kapitalistische Ausbeutung oder staatliche Kontrolle verstärken. In dem geschilderten Fall werden sozial ausgegrenzten Menschen durch eine stärkere Überwachung keinesfalls weniger, sondern nur noch weiter ausgegrenzt. Sei es durch verstärkte polizeiliche Kontrolle oder ein Ausweichen auf weniger sichtbare Räume. Dass die bloggenden Entwickler*innen von AWS mit profanen Pizza-Vergleichen die sozialen Probleme ihrer Arbeit von sich schieben, erstaunt nicht angesichts der jüngst immer lauter werdenden Vorwürfe von Sexismus und Rassismus im männlich und weiß dominierten Silicon Valley.⁸

Polizei, Geheimdienste und Militär

Ein weiterer Aspekt, der sich in der ACLU Geschichte zeigt, ist die mangelnde Scheu vor einer Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden. Diese automatisierte Überwachung ist ein Teil von *Predictive Policing*.⁹ Dieser Begriff beschreibt Maschinelles Lernen zur Vorhersage von Straftaten, beispielsweise Einbrüchen, aufgrund vieler polizeilicher und anderer Daten. Während Polizist*innen früher Stecknadeln in Stadtpläne steckten, so sollen nun kommerzielle KI-Lösungen helfen die Muster in den Taten krimineller Banden zu finden. Diese Daten sind stark gesellschaftlich geprägt. Teilweise empfehlen diese Blackbox-Algorithmen zukünftige Polizeipräsenz, sodass der Automation Bias bestehende soziale Missstände verstärken kann. Die vom Geschäftsgeheimnis geschützten Algorithmen bleiben sowohl für die Polizist*innen als auch die Gesellschaft undurchsichtig, werden jedoch hochskaliert auf große Teile der Bevölkerung angewendet. Diese neoliberale Übernahme von staatlichen Aufgaben durch Unternehmen ist keine Besonderheit, bietet in diesem Fall aber eine besonders hohe Gefahr für eine Einschränkung freiheitlicher Grundrechte sozial benachteiligter Menschen.

Amazons Selbstbeschreibung auf ihrem Facebook-Profil

lautet: »Earth's most customer-centric company«. Diesen vermeintlich untätigen Anspruch möchte Amazon auch für eine ganz besondere Klasse von Kunden erfüllen: Die US-Geheimdienste. Al Tarasiuk, ein Leiter der Dachorganisation der US-Geheimdienste (IC), nannte Cloud Computing »eine der Kernkomponenten der Strategie des Geheimdienstverbands, um kritische Informationen in einer Zeit von scheinbar unendlichen Daten zu entdecken, auf sie zuzugreifen und sie zu teilen.« Bereits 2013 wurde von der CIA der erstaunliche Schritt gegangen, ihre Server-Infrastruktur nicht mehr selbst zu bauen, sondern an das Unternehmen Amazon abzugeben, das sich mit dem Versprechen auf geringere Preise und schnellere Innovation unter anderem gegen IBM durchsetzte. Ein Jahr später erhielten die restlichen sechzehn Geheimdienste Zugriff auf die AWS-eigene Hardware hinter Firewalls der Geheimdienste. Die Dienste können damit ihre diversen Datenquellen wie überwachte Kommunikation, Kameras und Satelliten in einem einzigen Framework zusammenbringen, speichern, verknüpfen, verarbeiten und seit ein paar Jahren auch mit KI-Methoden Vorhersagen treffen.¹⁰

Doch nicht nur Geheimdienste brauchen Server, Festplatten und Datenanalysen. Beim Militär erscheint das Outsourcen von Aufgaben an Unternehmen nach dem Erstarken von Söldnerarmeen weniger überraschend. Das Ideal einer günstigeren Alternative wird dabei weniger erfüllt als die geringere gesellschaftliche Kontrolle und Verantwortung.

Laut eigener Aussage suchen die Armeen in der Zusammenarbeit mit den Cloud Providern nach größerer »Situational Awareness« und versuchen durch die Zusammenführung vieler Informationen den »Nebel des Krieges« zu lichten. Neu ist an einer solchen Entscheidungsfindung nicht nur der Maßstab, sondern auch die Automatisierung. Eine Werbebroschüre zeigt Tablets mit computerspielhaften topografischen Karten. Ähnlich dem Predictive Policing sollen hier die immer verbreiteteren Sensoren von militärischem Gerät verwendet werden, um eine militärische Gesamtsituation übersichtlich zu visualisieren. Die logistische Optimierung von Nachschub und automatische Empfehlungen von Truppenbewegungen und Angriffen sind ein geplanter Schritt auf dem angedeuteten Weg zu automatisierten General*innen. Offenbar birgt dieser Ansatz ebenso große moralische Probleme in sich wie die aktuell verhandelten autonomen tödlichen Waffen, deren Tötungsentscheidungen typischerweise per Knopfdruck, »in-the-loop«, bestätigt oder zumindest, »on-the-loop«, von einem Menschen überwacht würden. Die einzelnen Tötungsentscheidungen bleiben potentiell bei den menschlichen Soldat*innen, also ein Mensch-Maschine-Verhältnis, was in Analogie als »under-the-loop« beschrieben werden kann und damit das Prinzip autonomer Waffen auf den Kopf stellt. Gepaart mit Drohnen und anderen autonomen Waffen auf dem Kriegsfeld entsteht selbst durch eine nur teilweise Automatisierung der Kriegstaktik ein kaum zu durchsteigendes Geflecht, in dem es schnell unmöglich wird nachzuvollziehen, wer noch Verantwortung für welche Entscheidungen trägt. Der bereits erreichte Erfolg von Computern in Logistik macht ein kollaboratives Szenario von taktischer KI und menschlichen General*innen deutlich greifbarer als die Horrorvorstellungen von Terminatoren und Killerrobotern oder mordenden Drohnenschwärmen, die noch lange an einer Unterscheidung von Verbündeten, Verfeindeten und Zivilist*innen scheitern werden.¹¹

Entsprechend fing im März 2018 das dem US-Verteidigungsministerium unterstellte Transportation Command an, seine Daten in die Amazon GovCloud zu migrieren. Ein Service,

der zusammen mit der Amazon Secret Region aus der Kooperation mit den Geheimdiensten entstand. Kurz nach dieser Logistikabteilung des Militärs folgte das National Ground Intelligence Center nach, welches Informationen über feindliche Bodentruppen sammelt.¹²

Die größte Veränderung in der IT-Struktur des US-Verteidigungsministeriums steht jedoch im April 2019 durch das mit bis zu zehn Milliarden Dollar dotierte Joint Enterprise Defense Infrastructure Programm (JEDI) bevor. Der Digitalbeauftragte des Ministeriums, David Lynch, beschreibt den Weg zur obigen Vision wie folgt: »Wir möchten das Verteidigungsministerium um die kommerzielle Cloud herumbiegen«. Zwar warfen zu Bewerbungsschluss einige Cloud Anbieter ihren Hut in den Ring, doch selbst IBM werden nur geringe Chancen gegen die erfahrene Cloud-Dienstleisterschaft von Amazon eingeräumt. Etwas Konkurrenz bietet die Firma Microsoft, die das Militär mit Betriebssystemen und vernetzten Office-Anwendungen unterstützt und dafür ebenfalls Freigaben für die Verwahrung hochklassifizierter Geheimdokumente in ihrer Cloud erhalten hat. Die Motivation der US-Armee, sich so abhängig von einem einzigen Unternehmen zu machen, bleibt dabei unklar.¹³

Bei Google hingegen machte im April 2018 der öffentliche Protest von 3.100 Mitarbeiter*innen gegen das Militärprojekt Maven von sich Reden, in welchem die Objekterkennung der Firma für Drohnen der Armee benutzt wird. In der Folge entschied sich die Konzernführung gegen eine Verlängerung der Zusammenarbeit und zog im Oktober ebenfalls seine, vermutlich chancenlose, Bewerbung um das JEDI Programm zurück. Ebenfalls Zweifel daran, dass Google sein von »Don't be evil« in »Do the right thing« umgeändertes Firmenmotto ernst meint, weckt ein weiterer Protest aus dem letzten Sommer. Sehr ähnlich zu Maven wandten sich hier Mitarbeitende gegen den Wiedereintritt der Suchmaschine in den chinesischen Markt. Die von unternehmensinternen Kritikern veröffentlichten Details zur vorgegebenen Zensur geht dabei deutlich über Schwarze Listen mit Wörtern wie Menschenrechte und Falun Gong hinaus und enthalten beispielsweise auch eine direkte Anbindung an offizielle chinesische Luftqualitätswerte. Die ethischen Prinzipien des Unternehmens bleiben somit fraglich.¹⁴

Das Autor*innenkollektiv çapulcu mutmaßt, dass Google sich nach dem Ausstieg aus dem Project Maven mit einem Outsourcing-Manöver wieder ins Militärgeschäft bringt.¹⁵

Tatsächlich begann im April 2018 eine Kooperation zwischen Google und Atos. Dieser französische IT-Konzern bietet vor allem Produkte rund um Cybersecurity, Informationssysteme und Rechenzentren an. Die Abteilung dieses französischen Konzerns spezialisiert sich auf Grenzkontrollen, Überwachung und Informationssysteme für Armeen. Zudem ist Atos einer der größten IT-Dienstleister der Bundeswehr und betreut deren zentrale Rechenzentren. Von der Kooperation mit Google erhofft sich Atos offenbar genau die KI-Fähigkeiten, die sich das Pentagon von JEDI erträumt. Ebenfalls von Atos stammt die oben erwähnte Broschüre zur Automatisierung der Kriegstaktik. Implementiert werden viele der Ideen bereits im Bull Battle Management System, welches von der französischen Armee genutzt wird. Da ergänzt es sich ausgezeichnet, dass Googles Tochter DeepMind, deren neuronale Netze bereits Schach und Go gemeistert haben, inzwischen auch im Echtzeitkriegsspiel Starcraft brilliert.¹⁶

Kriegssimulatoren werden schon seit vielen Jahren für die Soldat*innenausbildung immer weiter verfeinert. Die von menschlichen Soldat*innen in ihren Simulatorstunden gene-

rierten Daten sind bereits eine wertvolle Ressource, um Kriegsfähigkeiten wie Schießen und Fahren für KI lernbar zu machen. Nun kann dieselbe Technik, welche Starcraft erlernte, in diesen Simulatoren Kriegstaktik erlernen. Die EFF warnt Militärs vor der leichtfertigen Annahme, dass der Sprung in die echte Welt zu unvorhergesehenem und unerwünschtem Verhalten führen wird.¹⁷ Technisch gesehen stehen die Entwickler*innen der Software zudem vor der Frage, welche einzelne Kennziffer optimiert werden soll. Für die mathematische Formel muss unter anderem entschieden werden, in welcher Gewichtung tote Zivilist*innen zu eigenen und feindlichen Soldat*innen stehen? Welches Gewicht haben dabei militärisches Gerät und Treibstoff? Die eigentlich dahinter stehende Frage heißt »Was ist ein militärischer Sieg?« und wurde bisher allein von Menschen beantwortet und verantwortet.

Anmerkungen

- 1 Sog. *Cloud Services* bieten Dienste eines Rechenzentrums über das Internet an, von Festplattenspeicher über virtuelle Server bis hin zu höheren Softwarefunktionen. Das Marktvolumen wurde 2017 von Synergy auf etwa 150 Mrd. Dollar geschätzt.
- 2 Matt Cagle und Nicole Ozer: Amazon Teams Up With Government to Deploy Dangerous New Facial Recognition Technology, aclu.org, 22.05.2018
- 3 Jacob Snow: Amazon's Face Recognition Falsely Matched 28 Members of Congress With Mugshots, aclu.org, 26.07.2018, Thoughts On Machine Learning Accuracy, aws.amazon.com
- 4 Chris Anderson: The End of Theory. The Data Deluge Makes the Scientific Method Obsolete, wired.com, 23.06.2008
- 5 Tom Simonite: When It Comes to Gorillas, Google Photos Remains Blind, wired.com, 01.11.2018
- 6 Brad Smith: Facial recognition: It's time for action, blogs.microsoft.com, 06.12.2018
- 7 Fairness, ml-fairness.com
- 8 Tamsin McMahon: What's behind the tech industry's toxic masculinity problem? Inside the Valley of the Bros, theglobeandmail.com, 21.11.2017
- 9 Einen Überblick über Predictive Policing in Deutschland gibt heise online:Ulrike Heitmüller: Predictive Policing: Die deutsche Polizei zwischen Cyber-CSI und Minority Report, heise.de, 17.04.2017
- 10 Frank Konkel: The Details About the CIA's Deal With Amazon, theatlantic.com, 17.07.2014
- 11 Connected Defense: Vision for 2020, atos.net
- 12 Frank Konkel: Another Defense Agency to Tap CIA's Commercial Cloud, nextgov.com, 31.05.2018
- 13 Ron Miller: Why the Pentagon's \$10 billion JEDI deal has cloud companies going nuts, techcrunch.com, September 2018
- 14 Ryan Gallagher, Google Dragonfly, theintercept.com
- 15 Çapulcu: Delete! – Der technologisch-militärische Angriff, S. 13, capulcu.blackblogs.org
- 16 Christoph Marischka: *Cloud-Anbieter für Bundeswehr, CIA und Pentagon*, IMI-Standpunkt 2018/036 - in: AUSDRUCK (Dezember 2018), imi-online.de, 05.11.2018; Bull Battle Management System. Share combat information everywhere on the battlefield, atos.net, Juli 2016; Atos and Google Cloud form a global partnership to deliver secure hybrid Cloud, machine learning and collaboration solutions to the enterprise, atos.net, 24.04.2018; AlphaStar: Mastering the Real-Time Strategy Game StarCraft II, deepmind.com
- 17 Peter Eckersley: The Cautious Path to Strategic Advantage: How Militaries Should Plan for AI, Electronic Frontier Foundation, eff.org, August 2018

Die Militarisierung Japans und das magische Jahr 2020

von Victoria Kropp

Japan ist seit dem Zweiten Weltkrieg bekannt für seinen Pazifismus. Pazifistisch eingestellt ist ein Großteil der Bevölkerung und kriegsablehnende Elemente weist die japanische Verfassung seit Ende des Zweiten Weltkrieges auf. So lautet die weitverbreitete Annahme – Betonung auf Annahme. Tatsächlich nehmen militärische Handlungen und Reden seit geraumer Zeit zu.¹ Dass sich die militärische Rhetorik verschärft, ist nicht neu², neu hingegen ist, dass Premierminister Shinzo Abe das Jahr 2020 zu einem magischen Jahr für die Militarisierung Japans gemacht hat.

Interpretation der Anti-Kriegs-Verfassung

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab die alliierte Besatzungsregierung unter US-amerikanischer Federführung Japan eine neue Verfassung. Ziel sollte eine Eindämmung militärischer Aggressionen sein, denn das Land hat im Zweiten Weltkrieg eine aggressive Expansionspolitik betrieben und Kriegsverbrechen (u.a. Massentötungen und Erprobung biologischer/chemischer Waffen an lebenden Menschen) begangen.³ Bei der Verfassung ist in dem Kontext Artikel 9 hervorzuheben, in dem die Verbote militärischer Aktivitäten, eines Aufbaus von kriegsfähigen Streitkräften und Kriegsführung stehen. Allerdings steht das nur auf dem Papier so. In der Praxis haben sich längst mehrere Auslegungen etabliert.

Im Wortlaut heißt es in besagtem Artikel 9⁴:

In aufrichtigem Streben nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung gegründeten internationalen Frieden verzichtet das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und auf die Androhung oder Ausübung von Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten.

Um das Ziel des vorhergehenden Absatzes zu erreichen, werden keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstige Kriegsmittel unterhalten. Ein Recht des Staates zur Kriegsführung wird nicht anerkannt.

Die erste Auslegung betrifft die Selbstverteidigungsstreitkräfte (SDF): Schwarz auf Weiß steht es nicht, dass sie aufgebaut werden können. Allerdings lautet die Interpretation, dass Selbstverteidigung von den Verboten ausgenommen ist. Somit können Soldat*innen ausgebildet und Waffen angeschafft werden – solange sie nicht als Kriegsmittel dienen. Aber was sind Waffen mit Kriegspotenzial und was sind Waffen ohne Kriegspotenzial? Welche Waffe dient lediglich dem Zweck der Selbstverteidigung und kann nicht im Krieg eingesetzt werden?

Eine weitere Auslegung betrifft die Androhung bzw. den Einsatz von Gewalt als Mittel, um internationale Streitigkeiten beizulegen. Längst sind die SDF auch im Ausland aktiv. Offiziell unter dem Deckmantel der „Humanitären Hilfe“. Das heißt, sie nehmen nicht an Kriegshandlungen teil, unterstützen aber die Infrastruktur vor Ort⁵. Der Kabinettsbeschluss vom 1. Juli 2014⁶ erweiterte dann die Aufgaben der SDF: Anstatt deren Einsatz nur als Reaktion auf einen bewaffneten Angriff

gegen Japan zu definieren, sind die Streitkräfte nun auch zur „Verteidigung Japans“ im Ausland verpflichtet, wenn das „Überleben Japans“ bedroht ist. Dazu reicht es aus, wenn ein Angriff gegen ein Land mit „engen Beziehungen“ zu Japan erfolgt, dessen Folgen das „Überleben Japans“ bedrohen

können – sofern keine anderen Mittel zur Verteidigung zur Verfügung stehen (Artikel 3, Absatz 3). Welcher Fall das „Überleben Japans“ im Ausland bedroht, wie die Definition von „engen Beziehungen“ mit Japan aussieht und welche „anderen Mittel zur Verteidigung“ ausgeschöpft sein müssen, wird nicht erklärt. Des Weiteren behält sich Japan vor, dass eine Teilnahme an internationalen Missionen unter dem Slogan „proaktiver Beitrag zum Frieden“ möglich ist (Artikel 2, Absatz B). Der Kabinettsbeschluss nimmt dabei auch Bezug auf Artikel 9 und betont, mit diesem in Einklang zu stehen. Zwar wird damit die Teilnahme an Kampfhandlungen weiterhin ausgeschlossen, allerdings ist auf dieser Grundlage deren Legalisierung auch nur noch ein paar Schritte entfernt.

Mit diesen Interpretationen gilt der Auslegungsspielraum für Neuinterpretationen als ausgeschöpft. Der nächste Schritt wäre eine Verfassungsänderung.

Der Entwurf für eine neue Verfassung

Ein Entwurf wurde 2012 von der Liberaldemokratischen Partei (LDP) bereits vorgelegt.⁷ Für die Militarisierung ist zentral, dass Artikel 9 erweitert wird. Nach der Erweiterung ist der Premierminister der Oberbefehlshaber einer Nationalen Verteidigungsarmee – und nicht mehr von Selbstverteidigungsstreitkräften. In dem Entwurf ist diesmal auch niedergeschrieben, dass die Armee zur Selbstverteidigung eingesetzt wird. Zusätzlich kann die Armee, um Sicherheit und Frieden der internationalen Gemeinschaft zu gewährleisten, an internationalen Missionen teilnehmen. Des Weiteren kann sie eingesetzt werden, um die öffentliche Ordnung zu erhalten und um das Leben bzw. die Freiheit der Bürger zu beschützen. Diese genannten Erweiterungen sind durch die bisherigen Auslegungen schon gängige Praxis. Neu ist, dass sie offiziell in die Verfassung mit aufgenommen werden. Auf dieser Basis wären dann neue Auslegungen möglich, die bisher nicht als gangbar erscheinen. Denn eine Interpretation der Interpretation eines Verfassungsartikels ist schwer durchzusetzen – eine Interpretation eines Verfassungsartikels mit der Interpretation hingegen schon. Ferner steht in der oben zitierten derzeitigen Fassung, dass Japan „für alle Zeit“ auf Krieg und Gewalt verzichtet. Im Entwurf ist an der Stelle nur noch die Rede von „wird nicht angewendet“.

Zur Initiierung einer Verfassungsänderung braucht es die Unterstützung von mindestens einem Viertel der Abgeordneten im Unter- und Oberhaus des Parlaments. Anschließend muss in beiden Häusern mit einer Zweidrittelmehrheit dafür gestimmt werden. Abschließend muss die Änderung in einem Referendum dem Volk vorgelegt werden, wo eine einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen ausreicht.

Im Unter- und Oberhaus gilt die Zweidrittelmehrheit als gesichert. Die nächsten Unterhauswahlen stehen 2021 an und für das Oberhaus im Juli 2019 und 2021. Bei den Unterhauswahlen werden alle Abgeordneten neu gewählt; Oberhauswahlen

finden alle drei Jahre statt, bei denen jeweils die Hälfte neu gewählt wird.

Regelmäßig werden Umfragen von Nachrichtenverlagen durchgeführt, nach denen die Zahl der Ablehner einer Verfassungsänderung größer ist als die der Befürworter⁸.

Schlüsseljahr 2020

Premierminister Abe hat sich als Ziel gesetzt, die Verfassung bis 2020 zu ändern: „(Bis 2020) glaube ich, dass Japan seinen Status vollständig wiederhergestellt haben wird und einen großen Beitrag zu Frieden und Stabilität in der Region und der Welt geleistet hat“, somit könne Japan zu einer „ausgewogenen und stabilen Region“ beitragen. Und weiter: „Jetzt ist es an der Zeit, dass Japan einen großen Schritt auf dem Weg zu neuen Bemühungen um den Aufbau von Nationen macht.“⁹

Angesichts der Ober- und Unterhauswahlen 2021 dürfte eher die Befürchtung, die Zweidrittelmehrheit zu verlieren, der Grund für das Beharren auf das Jahr sein. Zudem sind 2020 die Olympischen Spiele in Tokyo: „2020 ist das Jahr, in dem wir die Olympischen und Paralympischen Spiele in Tokio abhalten. Ich möchte, dass dieses Jahr eine bedeutende Wiedergeburt Japans darstellt.“¹⁰ Damit möchte Abe auch eine Parallele zu den ersten Olympischen Spielen in Japan 1964 ziehen: Damals hatten die Spiele eine große Bedeutung für Japan, da sie als Zeichen gewertet wurden, dass Japan als friedliche und wirtschaftlich erfolgreiche Nation auf die globale Bühne zurückkehrt.¹¹ Genauso wie die Olympischen Spiele 1964 als Neuanfang und Wiederaufstieg gelten, so soll es nach Abe auch mit den Spielen 2020 sein. Zugleich erhofft er sich mit dieser Rhetorik, mehr Befürworter einer Verfassungsänderung unter der Bevölkerung zu gewinnen. Anstatt aber einen kriegsfreien Neuanfang und den Niedergang militärischer Aktivitäten zu feiern, soll nun der Beginn einer vertieften Kriegslaufbahn gefeiert werden.

Anmerkungen

- 1 Siehe auch Kido, Eiichi: Ist die ostasiatische Gemeinschaft eine Utopie? Wird Japan zum Kriegsstaat? In: *AUSDRUCK* (Dezember 2016), S. 22-27; ders.: Japan auf dem Weg zur Wiederbelebung des Militarismus, in: *AUSDRUCK* (Oktober 2014), S. 24-29.
- 2 Smith, Sheila A. (2019): *Japan rearmed. The politics of military power*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.
- 3 Tanaka, Toshiyuki (1996): *Hidden horrors. Japanese war crimes in World War II*. Boulder, Colo: Westview Press (Transitions--Asia and Asian America).
- 4 Verfassung des Kaiserreiches Japan vom 3. November 1946, <http://www.verfassungen.net/jp/verf47-i.htm> (05.05.2019).
- 5 Smith, Sheila A. (2019): *Japan rearmed. The politics of military power*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.
- 6 Cabinet Decision on Development of Seamless Security Legislation to Ensure Japan's Survival and Protect its People, July 1, 2014, http://www.cas.go.jp/jp/gaiyou/jimu/pdf/anpohosei_eng.pdf (05.05.2019).
- 7 Der Entwurf einer nationalen Verfassungskorrektur der Liberaldemokratischen Partei vom 27. April 2014 http://www.jimin.jp/policy/policy_topics/pdf/seisaku-109.pdf (05.05.2019).
- 8 o.V.: Abe Cabinet support rate up, 54% against Constitution revision: poll, in: *Kyodo News*, 14. Januar 2018. o.V.: Poll: 58% oppose constitutional revisions with Abe in charge, in: *The Asahi Shimbun*, 2. Mai 2018. Masaki, Miki&Aramaki, Hiroshi: Changes in the Public Attitudes towards the Constitution. From the 2017 Survey "The Japanese and the Constitution", in: *NHK News*, 1. Oktober 2017.
- 9 o.V.: Japan's pacifist constitution could be changed by 2020 – Abe, in: *The Tokyo Times*, 2014.
- 10 Osaki, Tomohiro: Shinzo Abe calls for Japan's 'rebirth' in 2020 along with constitutional revision, in: *The Japan Times*, 19. Dezember 2017.
- 11 Martin, Alexander: The 1964 Tokyo Olympics: A Turning Point for Japan, in: *The Wall Street Journal*, 5. September 2013.



Pro-Artikel-9-Demonstration in Japan. Quelle: Nesnad / Wikipedia

IMI-Aktuell

Bundeswehreinsatz bei Fusion

Im Rahmen eines vollkommen überzogenen Einsatzkonzepts für das Fusion-Festival, in dem unter anderem Spezialeinheiten, Räumpanzer und Wasserwerfer vorgesehen sind, plant die Polizei auch, die Bundeswehr im Rahmen eines Amtshilfeersuchens einzusetzen. Die Polizei rüstet sich offenbar für eine Auflösung des bislang immer friedlichen, selbstorganisierten Festivals. Wie die [Zeit](#) berichtete, ist sogar die Bundeswehr im Einsatzkonzept vorgesehen: Soldat*innen sollen eine Zufahrt zum Polizeicamp bauen. Wenn es nicht so alarmierend wäre, könnte man über dieses überzogene Aufgebot für ein Kunst- und Technofestival nur lachen. (IMI-Aktuell 2019/290)

PESCO: US-Torpedo

Über die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO) sollen europaweite Rüstungsprojekte vorangetrieben werden, um so u.a. auch den USA auf den Weltmärkten Konkurrenz machen zu können. Das schmeckt Washington überhaupt nicht, wie nun klar und deutlich in einem Brief zum Ausdruck gebracht wurde, über den [Spiegel Online](#) berichtet: „Das Schreiben an Federica Mogherini ist nicht weniger als eine neue US-Kampfansage gegen die EU. Auf vier eng bedruckten Seiten kritisieren die beiden Rüstungs-Staatssekretärinnen Ellen Lord und Andrea Thompson zwei zentrale Projekte der EU – die Abmachungen für mehr Kooperation bei der Verteidigung und den milliarden schweren Fonds zur Entwicklung von EU-Rüstungsprojekten. [...] Konkret moniert Washington, dass US-Firmen von den geförderten Entwicklungsprojekten durch ‚Giftpillen‘ in den entsprechenden Verträgen ausgeschlossen seien. [...] Die Heftigkeit des Briefs hat viele Diplomaten bei der EU überrascht. Zwar kannte man die Vorbehalte gegen den Versuch, sich im Rüstungsbereich unabhängiger zu machen. Nun aber droht Washington mit Strafmaßnahmen, wenn die EU nicht einlenkt.“ (IMI-Aktuell 2019/277)

Militärhaushalt: Rekorderhöhung

Die [Welt](#) berichtet, Deutschland habe bei der NATO eine Rekorderhöhung des Militärhaushaltes angekündigt: „Deutschland hat der Nato den größten Anstieg der Verteidigungsausgaben seit Jahrzehnten gemeldet. Die Bundesregierung rechnet in diesem Jahr mit für das Bündnis relevanten Ausgaben in Höhe von 47,32 Milliarden Euro. [...] Dies entspricht einem Plus von mehr als fünf Milliarden Euro im Vergleich zu 2018 und einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Höhe von 1,35 Prozent. [...] 2020 sollen die Ausgaben nach dem Ende dieser Woche an die Nato-Zentrale übermittelten Zahlen weiter auf 49,67 Milliarden Euro steigen.“ Weitere Details zum Thema finden sich im [IMI-Factsheet](#) „Rüstung“. (IMI-Aktuell 2019/283)

„Streifengewehr“ Polizei Hessen

Wie auf der Website des Fachmagazins [Europäische Sicherheit & Technik](#) berichtet wird, gibt es einen Gewinner der Ausschreibung für ein sogenanntes Streifengewehr der Polizei Hessen. „Die hessische Polizei hat Heckler&Koch mit

der Lieferung von Mitteldistanzwaffen beauftragt. Insgesamt sollen rund 2.000 G38 in einer hessischen Version beschafft werden. Die hessische Polizei führt damit demnächst flächendeckend eine moderne Mitteldistanzwaffe (MDW) im Kaliber 5,56mm x 45 ein. (...) Die Auslieferung der ersten Mitteldistanzwaffen-Sets ist für Ende 2019 geplant.“ Das Sturmgewehr G38 (bzw. HK416) wird aktuell von der französischen und norwegischen Armee als Standartwaffe ausgegeben und von diversen militärischen Spezialkräften aus den USA, Polen, den Niederlanden und Tschechien, sowie vom deutschen KSK und KSM genutzt. Die hessische Polizei will eines dieser halbautomatischen Gewehre in jedem Streifenwagen im Bundesland deponieren und zudem die Waffenkammern füllen. Damit ist Hessen das erste Bundesland, in dem Sturmgewehre – wenn auch in der halbautomatischen Version – zur Standartbewaffnung der Polizei gehören. (IMI-Aktuell 2019/279)

Gratisbahn für Militärs (II)

Schrittweise wird die Schiene mobil gemacht: Erst kam es Anfang des Jahres zu einem Rahmenvertrag zwischen Bahn und Bundeswehr, mit dem der Truppe eine bevorzugte Nutzung des Schienennetzes für Truppentransporte ermöglicht werden soll (siehe [IMI-Analyse](#) 2019/01). Und nun nehmen auch Pläne zur gratis „Privatnutzung“ der Eisenbahn durch Soldaten, die zunächst von der CSU ausgekocht wurden, konkrete Gestalt an, berichtet der [Deutschlandfunk](#): „Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums bestätigte dem Deutschlandfunk, dass Gespräche liefen und das Ziel kostenfreier Bahnfahrten verfolgt werde. Es müssten unter anderem noch technische Fragen besprochen werden. Zurzeit zahlen Soldaten in Uniform bei privaten Fahrten in Zügen der Deutschen Bahn den normalen Fahrpreis.“ (IMI-Aktuell 2019/259)

Schiene: Gewerkschaftsproteste

[Telepolis](#) berichtet über einen Beschluss der Eisenbahner-Gewerkschaft Rheinland-Pfalz, der sich gegen die Nutzung des Schienennetzes für Truppentransporte richtet (siehe auch [IMI-Analyse](#) 2019/01, auf die im Artikel auch verwiesen wird): „Während der Beschluss der Berliner SPD für Aufregung in ganz Deutschland sorgte, machte ein antimilitaristischer Beschluss der Eisenbahner-Gewerkschaft Rheinland-Pfalz kaum Schlagzeilen. Lediglich die Tageszeitung Neues Deutschland berichtete, dass sich die Gewerkschaft mit klarer Mehrheit gegen Truppentransporte auf der Schiene ausgesprochen hat. ‚Dieser Beschluss enthält eine Aufforderung an die gewerkschaftlichen Gremien, sich gegen die im Rahmenfrachtvertrag zwischen der Deutschen Bahn und der Bundeswehr vereinbarten Kriegsvorbereitungen (...) durch die Deutsche Bahn zu positionieren‘.“ (IMI-Aktuell 2019/204)

Meist täglich veröffentlicht die IMI Kurznachrichten rund um die Themen Militarismus und Antimilitarismus. Hier handelt es sich um eine kleine Auswahl der letzten beiden Monate:
<http://www.imi-online.de/publikationen/imi-aktuell>

KEINEN TAG DER BUNDESWEHR!



15. JUNI 2019

KEIN WERBEN FÜRS STERBEN!

INFOS ZU AKTIONEN UND PROTESTEN IN DEINER GEGEND:
KEINTAGDERBUNDESWEHR.DFG-VK.DE



Informationsstelle
Militarisierung e.V.

Herausgeber des AUSDRUCKs ist die
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die
Auffassung der Informationsstelle wider.
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,
www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de,
Tel. 07071/49154

AUSDRUCK